Donnerstag, 10. Mai 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 109 - 19. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Urabstimmung: Die für einen Streik notwendige 75-Prozent-Mehrheit der Mitglieder des IG-Metall-Bezirks Hessen sei erreicht hieß es gestern abend in Gewerkschaftskreisen.

Amnestie: Der Stuttgarter CDU-Parteitag hat die Pläne der Bonner Koalition zu einem Amnestiegesetz für Steuersünder bei Parteispenden mit deutlicher Mehrheit gebilligt. 178 Delegierte stimmten dagegen und unterstützten damit einen Antrag unter Führung der Jungen Union. (S. 4)

Entspannungsangebot: Die NATO wird auf ihrer Frühjahrstagung in Washington ihr „Brüsseler Signal" mit dem Angebot einer umfassenden Zusammenarbeit mit dem Osten bekräftigen, aktualisieren und weiterentwickeln. Diesen Eindruck gewann Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Washington. (S. 8)

Frankreich: Mit 55 Prozent hat sich eine klare Mehrheit der Franzosen in einer repräsentativen Umfrage dafür ausgesprochen, daß Präsident Mitterrand sich 1988 nicht wieder zur Wahl stellt.

Milliardengeschäft: China und die Bundesrepublik haben gestern ein Abkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie geschlossen, das der deutschen Industrie langfristig Milliardenaufträge einbringen könnte.

Abwanderung: Mathematikprofessor Dr. Gerd Faltings (29), Dekan an der Bergischen Universität und Gesamthochschule Wuppertal, will in die USA übersiedeln. Faltings gilt als „deutsches Rechengenie" und ist in Fachkreisen weltbekannt. Dem Wissenschaftler liegen Angebote der Universitäten Harvard, Berkeley und Princeton vor.

US-Vorwahlen: Im Rennen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten hat Senator Hart etwas aufgeholt. Er siegte in Ohio und Indiana, der Favorit Mondale hingegen gewann North Carolina und Maryland für sich.

Medien: Die öffentlich-rechtlichen und kommerziellen britischen TV-Gesellschaften dürfen Ende der 80er Jahre gemeinsam das Satellitenfernsehen einführen. Geplant sind drei Kanäle – zwei für Mischprogramme und einer ausschließlich für Filme.

Arbeiter-Protest: Zu Unruhen unter sowjetischen Arbeitern kam es im ukrainischen Charkow. Nach in Bonn vorliegenden Informationen protestierten sie gegen schlechte Arbeitsbedingungen.

Heute: Bulgariens Außenminister Mladenow in Bonn. – Der Internationale Gerichtshof verkündet Spruch über Klage Nicaraguas gegen USA.

ZITAT DES TAGES



» Die Absage der Sowjetunion ist zweifellos eine schwerwiegende Beeinträchtigung dieser Olympiade. Aber die Idee selbst kann dadurch nicht zerstört werden «

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in einem WELT-Interview (S. 10)
FOTO: H. SANDEN/DPA

WIRTSCHAFT

Produzierendes Gewerbe: Die Personalzusatzkosten stiegen 1983 um 0,4 auf einen Höchststand von 78,3 Prozent der Löhne und Gehälter, teilte das Institut der Deutschen Wirtschaft mit.

Steuerreform: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent zur Finanzierung der Steuerreform würde mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Anreize der Steuersenkungen aufzehren, errechnete das Institut RWI.

Rücktritt: Der Wirtschaftsberater Präsident Reagans, Feldstein, gibt seinen Posten im Juli auf. Er hatte häufig von der Regierung abweichende Ansichten vertreten.

Börse: Unsicherheit führte an den Aktienmärkten zu deutlicher Kaufzurückhaltung. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 151,1 (152,0). Dollarmittelkurs 2,7769 (2,7812) Mark. Goldpreis pro Feinunze 372,60 (371,50) Dollar.

KULTUR

Lindenberg: Die für diesen Sommer geplante Tournee des Rocksängers durch die „DDR" ist geplatzt. Als Begründung für die Absage erklärte der Jugendverband FDJ unter anderem, daß das aktuelle inhaltliche Angebot Lindenbergs ungeeignet für die „DDR" erscheine. Der Sänger war im vergangenen Oktober erstmals in Ost-Berlin aufgetreten. (S. 21)

Kulturforum: Voraussichtlich Mitte 1985 soll im Berliner Tiergartenviertel mit dem Bau des Kulturforums am Kempnerplatz begonnen werden. Das jetzt vom Senat beschlossene Konzept beruht auf Entwürfen des renommierten Wiener Architekten Hans Hollein. Das Forum soll zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 im wesentlichen fertiggestellt sein.

SPORT

Olympia: Das für den 10. August geplante Fußballspiel zwischen Mönchengladbach und Magdeburg findet nicht statt. Begründung aus Magdeburg: Einige Spieler würden für das Olympia-Team der „DDR" gebraucht.

Fußball: Mit einem 3:2 (2:0) Sieg gegen Schalke 04 erreichte Bayern München das Finale um den DFB-Pokal am 31. Mai gegen Mönchengladbach. – UEFA-Pokal, Final-Hinspiel: Anderlecht - Tottenham 1:1 (0:0). (S. 9)

AUS ALLER WELT

Hochkonjunktur für Diebe: Mehr als eine Million Autos sind im vergangenen Jahr in Europa gestohlen worden; 250 000 von ihnen verschwanden spurlos. Experten machen vor allem unzureichend gesicherte Tür- und Lenkradschlösser für die hohe Zahl von Diebstählen verantwortlich.

Sterbehilfe: Die Polizei in Traunstein hat den Videofilm sichergestellt, den der Arzt Julius Hackethal von einer unheilbar krebskranken Patientin gedreht hatte, bevor er ihr Zyankali zur Selbsttötung gab. Gegen Hackethal wird wegen Verdachts auf Totschlag ermittelt. (S. 22)

Wetter: Heiter bis wolkig, 8 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Moskau verlangte von USA: Kein Asyl für Ost-Sportler

Der wahre Grund für die Absage aus dem Kreml / Reagan sagte Nein

Kie. / DW. Washington / Bonn

Die Entscheidung der Sowjetunion, ihre Athleten von den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles fernzuhalten, ist im Westen überwiegend als politisch motiviert gewertet worden. Bei den Sowjets spielte offensichtlich die Befürchtung eine zentrale Rolle, Teilnehmer aus der UdSSR könnten in den USA um Asyl bitten und damit die Blicke der Weltöffentlichkeit auf die innenpolitischen Zustände der Vormacht des kommunistischen Lagers lenken. In Regierungskreisen in Bonn hieß es, Moskau habe von den USA verlangt, Asylwünsche zu verweigern. Von der amerikanischen Regierung sei ein solches Ansinnen strikt zurückgewiesen worden. Bei den Olympischen Spielen 1976 in Montreal hatte Kanada von vornherein erklärt, daß es keinem der akkreditierten Sportler Asyl gewähren werde.

Das zur Begründung der Absage angeführte „Argument", die Sicherheit der sowjetischen Sportler sei nicht gewährleistet, wurde allgemein als vorgeschoben bezeichnet. Wie es heißt, hatten die Veranstalter der Spiele von Los Angeles und die zuständigen Beamten des State Department alles nur mögliche getan, um Bedenken der Sowjets zu zerstreuen. „Wir liefen bis zur letzten Meile", formulierte es John Hughes, der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums. Die US-Botschaft in Moskau schickte bis zuletzt zuversichtliche Berichte an ihre Zentrale. Umso größer war die Überraschung

SEITE 2:
Olympisches Störfeuer
SEITEN 3, 9, 10:
Weitere Beiträge

über das „Njet" aus Moskau. Im Nachhinein glaubt man in Washington allerdings, die politischen Motivationen der Sowjets einordnen zu können.

William Simon, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der USA, sieht keinen direkten Bezug zum Boykott von 1980, sondern nennt die Moskauer Entscheidung einen „außenpolitischen Schritt". Damit will Simon zu erkennen geben, daß die Sowjets ihre derzeitige „no cooperation"-Politik mit der Reagan-Administration fortzusetzen wünschen, nachdem sie bereits die Abrüstungsverhandlungen im Bereich der Atomwaffen abgebrochen haben, die amerikanische Initiative zum Bann chemischer Waffen ablehnten und sich bislang weigern, ein schon paraphiertes Einverständnis über die Verbesserung des „heißen Drahts" zwischen Washington und Moskau zu unterzeichnen.

Sowjetspezialisten in der Administration neigen zu ähnlichen Interpretationen. Einwände Moskaus, man habe keine Garantie für die Sicherheit der Athleten in Los Angeles erhalten können, werden in den USA allgemein als lächerlich bezeichnet. Tatsächlich hatte der Sonderetat für Sicherheit allein für das sowjetische Team nicht weniger als eine Million Dollar Ausgaben vorgesehen, wovon 500 000 Dollar nur zur Sicherheit des sowjetischen Vergnügungsdampfers „Grusia" bereit standen. Der Dampfer sollte als schwimmendes Hotel für sowjetische Offizielle und Fans dienen.

● Fortsetzung Seite 10

Kohl auf dem CDU-Parteitag: Kreml darf uns nicht gegen USA ausspielen

Der Kanzler erneuert die Einladung an Honecker / Innenpolitische Zuversicht

W. H.-E. Stuttgart

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken, solange die Sowjetunion nicht bereit ist, ihre Aufrüstung einzustellen und konkrete Schritte zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu vereinbaren. Diese Position beschrieb Bundeskanzler Kohl gestern in seiner Grundsatzrede zur Eröffnung des Bundesparteitags der CDU in Stuttgart. Er fügte hinzu: „Darin sind sich alle unsere Freunde und Partner im Bündnis einig".

Kohl versicherte, der Doppelbeschluß der NATO werde ausgeführt, solange Moskau nicht bereit sei, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Der Bundeskanzler sagte: „Unsere Freiheit, unsere Sicherheit ist bedroht, unsere internationale Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, wenn wir uns von militärischen und politischen Drohungen unseres mächtigen Nachbarn im Osten erpressen lassen".

Kohl richtete ein Wort an die sowjetische Führung". Er sagte: „Wir werden keine Politik verfolgen, die einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegeneinander ausspielt. Wir verlangen aber auch, daß die Sowjetunion damit aufhört, die Interessen des freien Europa gegen die der USA ausspielen zu wollen".

Der Kanzler versicherte, zwischen den Regierungen in Washington und Bonn bestehe heute wieder ein tiefes Vertrauensverhältnis. Unter der Führung Ronald Reagans habe das Bündnis die „weitestgehenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge der Geschichte auf allen Rüstungsebenen erarbeitet und der Sowjetunion angeboten". Moskau untergrabe die eigene Glaubwürdigkeit, wenn es gegenüber den Europäern und den Amerikanern Bereitschaft zum Dialog und zur Abrüstung erkläre, gleichzeitig jedoch aufrüste. Trotz

SEITE 4:
Weitere Beiträge

der Versuche Moskaus, „eine Politik der Nadelstiche wieder aufzunehmen", wünsche die Bundesregierung zuverlässige und stetige Beziehungen zur sowjetischen Führung".

Der Bundeskanzler erneuerte die Einladung an Honecker: „Wir erwarten seinen Besuch. Wir wollen ihn nutzen, um der Menschen willen". Die Bundesregierung vergesse keinen Augenblick, daß es sich bei dem Regime in der „DDR" um eine kommunistische Diktatur handele, die die Menschenrechte verletze. Kohl sprach von „zerbrechlichen" Beziehungen, er sagte aber auch, es bleibe das Ziel, die Härte der Teilung Deutschlands abzubauen und die Teilung im Rahmen einer stabilen europäischen Friedensordnung zu überwinden. Freiheit könne nicht der Preis für Einheit sein. Gegen jede Versuchung, das Heil in einem neutralistischen Sonderweg zu suchen, sei man immun.

Innenpolitisch verkündete Helmut Kohl eine Botschaft der Zuversicht und des Optimismus. „Wir wollen nicht nur Erblastverwalter sein. Mit jedem Schritt aus der Krise gewinnen wir neuen Raum für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes". Die CDU sei die entscheidende Kraft der „Koalitionn der Mitte".

Der Bundeskanzler hob hervor, daß die reiche Erfahrung von Franz Josef Strauß und „dessen wertvolle Beiträge zur gemeinsamen Unionspolitik" sehr wichtig seien. Die FDP unter Führung von Genscher und Mischnick bezeichnete er als verläßlichen und fairen Partner.

Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft habe eine unübersehbare Trendwende herbeigeführt: „Der Aufschwung ist da". Der Kanzler sprach von nahezu stabilen Preisen und fügte hinzu: „Dieser Stabilitätsgewinn hat den Bürgern im Jahr 1983 Kaufkraft in Höhe von 20 Milliarden DM gesichert". Auch das sei ein Stück konkreter Sozialpolitik. Der Arbeitsmarkt sei in Bewegung gekommen, die Jugendarbeitslosigkeit um 14 Prozent zurückgegangen. Die sozialen Sicherungssysteme seien wieder „tragfähig und zuverlässig". An die Tarifpartner richtete Kohl die Mahnung, die Weichen so zu stellen, daß der konjunkturelle Aufschwung in einen anhaltenden Wachstumsprozeß einmünden könne.

Erster Vertrag über „Tarifrente"

Vorruhestands-Regelung nach neuem Gesetz für die Nahrungsmittelindustrie

GÜNTHER BADING, Bonn

Den ersten Tarifvertrag über die Verkürzung der Lebensarbeitszeit nach dem neuen Vorruhestands-Gesetz haben die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß (ANG) gestern abgeschlossen. Arbeitnehmer ab 58 Jahre erhalten danach eine „Tarifrente" von 75 Prozent des bisherigen monatlichen Bruttoeinkommens. Im Gesetz ist nur eine 65-Prozent-Regelung vorgesehen, die Tarifpartner seien mit dieser Regelung bis zum „wirtschaftlich gerade noch Vertretbaren" gegangen, erklärte Arbeitgeber-Sprecher Arend Oetker.

Voraussetzung für die Gewährung der Tarifrente ist zehnjährige Betriebszugehörigkeit, freiwillige Entscheidung des Arbeitnehmers für den Vorruhestand und die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle. In Einzelfällen kann nach dem Tarifvertrag der Eintritt in den Vorruhestand aus betrieblichen Gründen auch zeitlich hinausgeschoben werden. Damit solle verhindert werden, daß vor allem kleinere Betriebe durch das Ausscheiden von schwer zu ersetzenden Spezialisten in Schwierigkeiten geraten, erläuterte ein Gewerkschaftssprecher.

Als „Preis" für die zusätzlichen Kosten, die den Arbeitgebern durch die Tarifrente entstehen – Oetker verwies darauf, daß bei Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle nur 34 Prozent der „Tarifrente" von der Bundesanstalt für Arbeit getragen werden – wurde die Laufzeit der Arbeitszeit-Verträge verlängert. Bis 1988 sollen 40 Wochenstunden weiterhin Regelarbeitszeit bleiben. Eine weitere Anrechnung, etwa auf die noch auszuhandelnden Lohn- und Gehaltserhöhungen, wurde ausgeschlossen. Der NGG-Vorsitzende Döding sagte, rund 35 000 der rund 450 000 Beschäftigten seiner Branche könnten die neue Regelung in Anspruch nehmen.

Der Vorstand der IG Metall entscheidet heute über einen Antrag des Tarifbezirks Nordwürttemberg/Nordbaden, ab Montag für die 35-Stunden-Woche zu streiken. Die Urabstimmung in Hessen war gestern abend zuende gegangen.

Seite 2: Mit Augenmaß

Kreml-Politiker sagt Chinabesuch ab

Vizepremier Archipow sollte Normalisierung der Beziehungen fördern / Peking irritiert

DW. Peking

Der erste Peking-Besuch eines stellvertretenden sowjetischen Regierungschefs seit dem ideologischen Bruch zwischen den beiden kommunistischen Großmächten vor mehr als 20 Jahren ist in letzter Minute abgesagt worden.

Der Sprecher des Außenministeriums der Volksrepublik China, Qi Huaiyuan, teilte gestern mit, daß Vizepremier Iwan Archipow seine eigentlich am heutigen Donnerstag beginnende Chinareise „um einige Zeit" verschoben hat. Die letzte Begegnung von Spitzenpolitikern beider Länder erfolgte 1969, als der damalige sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin auf den Pekinger Flugplatz mit seinem chinesischen Amtskollegen Zhou Enlai konferierte.

In politischen Kreisen Pekings und Moskaus war erwartet worden, daß Archipow mit einer hochrangigen Delegation kommen wollte, um während seines zehntägigen Besuchs vor allem Wirtschaftsfragen zu behandeln und damit einer Normalisierung der Beziehungen einen neuen Impuls zu verleihen. In nichtpolitischen Bereichen gab es in den letzten eineinhalb Jahren bei der Normalisierung erhebliche Fortschritte. Während des Chinabesuchs des US-Präsidenten hatten die chinesischen Medien sämtliche Passagen seiner Reden ausgelassen, in denen Reagan Vorwürfe gegen die Sowjetunion erhob.

Chinesische Funktionäre und westliche Beobachter in Peking zeigten sich deutlich irritiert über die Besuchsabsage und forschten vergeblich nach Gründen dafür. Skeptisch wurde in Peking die Begründung der Sowjets aufgenommen, die Besuchsvorbereitungen seien noch nicht abgeschlossen. Es müsse tiefere Gründe geben, weil sonst die Sowjets wohl nicht das Risiko eingegangen wären, Peking mit der kurzfristigen Absage zu brüskieren, meinte ein westlicher Diplomat.

Jetzt könnte es zu einer längeren Unterbrechung des Dialogs auf hoher Regierungsebene kommen. Die Konsultationen zwischen den Vizeaußenministern beider Staaten sollen ohnehin erst im Herbst in Peking fortgesetzt werden.

DER KOMMENTAR

Optimismus

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Nach 19 Monaten Kärrnerarbeit der Regierung Kohl kann die „Wende" einen neuen Schub ihrer Antriebskräfte vertragen. Darum hatte sich Kanzler Kohl vorgenommen, mit seiner Grundsatzrede auf dem Stuttgarter CDU-Parteitag die zweite Stufe der Rakete „Zuversicht und Optimismus" zu zünden. Leider brachte ihn die Akustik in der riesigen Halle um das verdiente Erfolgserlebnis. Da seine Botschaft an vielen Tischen nicht zu verstehen war, konnte der Funke nicht überspringen. Folglich hielt sich der Enthusiasmus in Grenzen.

Gleichwohl ist es interessant, von Kohl selbst zu vernehmen, wie er die fortschreitenden Wirkungen der „Wende" deutet. Nach seinem Urteil beschränken sie sich keineswegs darauf, daß die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft den Aufschwung in Trab versetzt hat. Der Kanzler erkennt tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft.

Zum Beispiel: Gewerkschaften mitsamt der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich hin oder her, es vollzieht sich bereits die „Auflösung phantasieloser Einheitsregeln", da sich überall in der Wirtschaft flexiblere und personenbezogene Regelungen der Arbeitszeit durchzusetzen beginnen. So gesehen ist die IG Metall ein Fußkranker des tatsächlichen Fortschritts.

Oder: Zwar hat das Zerstörungswerk, das „Ideologien der Linken" jahrelang an Ehe und Familie angerichtet haben, dazu geführt, daß wir heute – so Kohl – mit die höchste Scheidungsrate haben und das geburtenärmste Land der Welt sind; doch auch hier bewirkt die „Wende" Wunder. Kohl: „Das Experiment der bindungsarmen Beziehungen ist gescheitert, Ehe und Familie kommen zu neuer Geltung." Gerade die junge Generation begreife wieder, daß Liebe und Treue keine altmodischen Begriffe sind.

Was Kohl sagen wollte, ist wohl dieses: Unter seiner Kanzlerschaft konsolidieren sich nicht nur die Staatsfinanzen und die Wirtschaft, es konsolidiert sich auch die Gesellschaft, indem sie wieder zu sich selbst zurückfindet. Die unentwegten Gesellschaftsveränderer in unserem Land werden aufmerksam.

Steigende US-Zinsen immer mehr „weltweites Ärgernis"

Finanzkreise: Gefahr für die internationale Konjunktur

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die seit Ende Februar beschleunigt steigenden amerikanischen Zinsen sind zu einem weltweiten Ärgernis geworden. Sie haben den Dollarkurs hochgetrieben – in der Bundesrepublik Deutschland um rund 23 Pfennig oder neun Prozent innerhalb der letzten zehn Wochen – und in internationalen Finanzkreisen sieht man die Gefahr wachsen, daß das hohe US-Zinsniveau den Konjunkturaufschwung in den USA abwürgt, was auch die Weltkonjunktur dämpfen könnte.

In den USA selbst ist die Zinspolitik wieder zu einem Politikum geworden, nachdem die meisten amerikanischen Banken am Dienstag die Prime Rate, den Basiszins für Kredite an erste Adressen, um einen halben Prozentpunkt auf 12½ Prozent heraufgesetzt hatten, womit sie der Zinsentwicklung am Markt folgten. Damit haben die Zinsen in den USA das nächste Niveau seit anderthalb Jahren erreicht. An den Märkten wird bereits auf eine neuerliche Diskonterhöhung von neun auf 9,5 Prozent spekuliert. Das Weiße Haus machte am Dienstag abend in einer ungewöhnlich scharfen Stellungname die als zu restriktiv kritisierte Geldpolitik der Notenbank für die Zinssteigerung verantwortlich, eine Kritik, die auch vor dem Hintergrund der Novemberwahlen in den USA gesehen werden muß.

Die US-Notenbank lehnte zwar eine Stellungnahme zu den neuen Angriffen des Weißen Hauses ab. Aber sie hat in der letzten Zeit häufig genug darauf hingewiesen, daß die Regierung selbst zu den Hauptzinstreibern gehöre, weil das Budgetdefizit zu hoch sei. Die US-Notenbankiers befürchten wegen des kräftigen Wirtschaftswachstum und der Kumulierung lebhafter Kreditnachfrage der Wirtschaft eine konjunkturelle Überhitzung und ein Wiederaufleben der Inflation. Sie haben daher schon Ende März die monetären Zügel etwas angezogen, nachdem die Marktzinsen bereits vorher gestiegen waren.

In die gleiche Kerbe wie die US-Notenbank hat auch der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem jetzt veröffentlichten Wirtschaftsausblick gehauen. Mit den von den massiven Haushaltsdefiziten geschürten Zinssteigerungen untergrüben die USA den weltweiten Aufschwung, und sie erschwerten den überschuldeten Entwicklungsländern zudem die Bedienung der Kredite.

Internationale Finanz- und Notenbankkreise beobachten die Zinseskalation in den USA mit Sorge, weil nicht auszuschließen ist, daß sie auch auf die übrige Welt ausstrahlt. Der Bundesrepublik ist es allerdings in einem bemerkenswerten Maße gelungen, sich von dem US-Zinsanstieg „abzukoppeln", worauf Bundesbankpräsident Pöhl jetzt ausdrücklich hinwies. Dafür mußte sie allerdings einen kräftigen Dollarkursanstieg auf 2,7850 DM in Kauf nehmen. Jetzt wird darüber spekuliert, daß die Bundesbank die Leitzinsen erhöhen könnte, wozu nicht zuletzt Bemerkungen des bayerischen Landeszentralbankchefs Mitter beigetragen haben.

Seite 11: Abgekoppelt bleiben

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mit Augenmaß

Von Günther Bading

Der erste Tarifvertrag über eine Vorruhestandsregelung nach dem Muster des neuen Gesetzes zur Regelung solcher „Tarifrenten" ist unter Dach und Fach. Was die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) am 10. April unterzeichnete, ist nur eine Vorstufe zu jenem Rahmen, den das Blümsche Gesetz gezogen hat. Und im Baugewerbe haben Verhandlungen über eine Tarifrente erst begonnen.

Es wäre eigentlich gar nichts Besonderes an diesem Vertragsabschluß, denn er ist der Zielpunkt eines konsequent vom Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, verfolgten Weges zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Ein normaler Vorgang – fiele der Vertragabschluß nicht zusammen mit der Urabstimmung über Arbeitskämpfe zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverzicht in Hessen und mit der heutigen Entscheidung des IG Metall-Vorstands, wann dort und in Baden-Württemberg zum Streik aufgerufen werden soll.

Im Prinzip hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall der mächtigen Metallergewerkschaft dasselbe Angebot gemacht. Wenn das Metall-Eingangsangebot 70 statt der von der NGG vereinbarten 75 Prozent des letzten Monatsbruttos als Tarifrente vorsieht, so stünde dies einem Vertrag nicht entgegen. Das Angebot der Metall-Arbeitgeber war längst nicht „ausgereizt". Gleich wären in beiden Fällen auch die „Gegenleistung" der Gewerkschaft. Die NGG hat die Arbeitszeit-Rahmenverträge – im Klartext: 40 Stunden pro Woche – bis 1988 verlängert. Genau dies verlangte auch Gesamtmetall.

Den Weg der kleineren Gewerkschaft hat die mächtige, von ihren Funktionären auf die 35-Stunden-Woche eingeschworene IG Metall sich verbal verbaut. Und es wird sicherlich erst einmal zum Streik kommen. Welcher Spitzenfunktionär möchte sich schon vorwerfen lassen, er habe nicht genügend um die „Jahrhundert-Forderung" der 35-Stunden-Woche gekämpft? Dödings Tarifabschluß mit Augenmaß wäre sicher kein Königsweg für die IG Metall, wenn er auch, mit zusätzlichen Leistungen, die diese starke Gewerkschaft den Arbeitgebern abtrotzen könnte, alles andere als ein Canossa-Gang wäre. Jedenfalls aber wird es einen Kompromiß auch für Metall geben müssen.

Informieren allemal

Von Thomas Kielinger

Als US-Botschafter Charles Bohlen eines Oktobertages 1962 mit einem Koffer voller Luftaufnahmen von sowjetischen Raketen in Kuba vor den französischen Staatspräsidenten trat, fragte ihn Charles de Gaulle spitz: „Wollen Sie mich konsultieren oder informieren?" Der verdatterte Diplomat, nicht wissend, in welche Falle er mit einer schnellen Antwort tappen könnte, murmelte, er habe Bilder, und die solle de Gaulle sich doch wenigstens erst einmal ansehen. „Danke", sagte der General. „Das brauche ich nicht. Wir glauben Ihnen auch so. Au revoir."

De Gaulle war kein Berufsdiplomat, aber er war ein politischer Kopf und wußte, daß es Lebensfragen gibt, in denen eine Großmacht nicht um Rat oder gar Zustimmung fragen, sondern motu proprio entscheiden muß. Seit seinem Tode sind die politischen Köpfe nicht zahlreicher geworden. Bundesaußenminister Genscher zog dieser Tage aus, die Reagan-Administration das Konsultieren zu lehren. Sie solle doch über die neuen Abwehrraketen im Weltraum mit dem Osten reden, und mit den NATO-Partnern obendrein, ließ er bereits vor seinen Gesprächen mit Shultz und Reagan wissen. Und nun verbreitet er, man habe sich „auf regelmäßige Konsultationen zu diesem Thema geeinigt."

Demgegenüber bestätigte die amerikanische Seite, daß die Europäer natürlich über die Entwicklung der Abwehrwaffen im Weltraum informiert würden. Ansonsten freilich sagte ein Sprecher des Weißen Hauses trocken, aber höchst offiziell und zum Zitieren: „Wir machen mit der Planung weiter und haben nicht die Absicht, Konzessionen zu machen." Womit die Relationen wieder hergestellt wären. Mittlerweile weiß ohnehin jeder, daß nicht einmal Moskau behauptet, Abrüstungsgespräche scheiterten an einer Zugeknöpftheit Reagans. Andererseits wird die zukünftige Verteidigung der freien Welt gegen sowjetische Raketendrohungen nicht daran scheitern, daß die FDP einer gewissen Klientel ostwestliche Geschäftigkeit zu signalisieren wünscht.

Von eigenen Gnaden

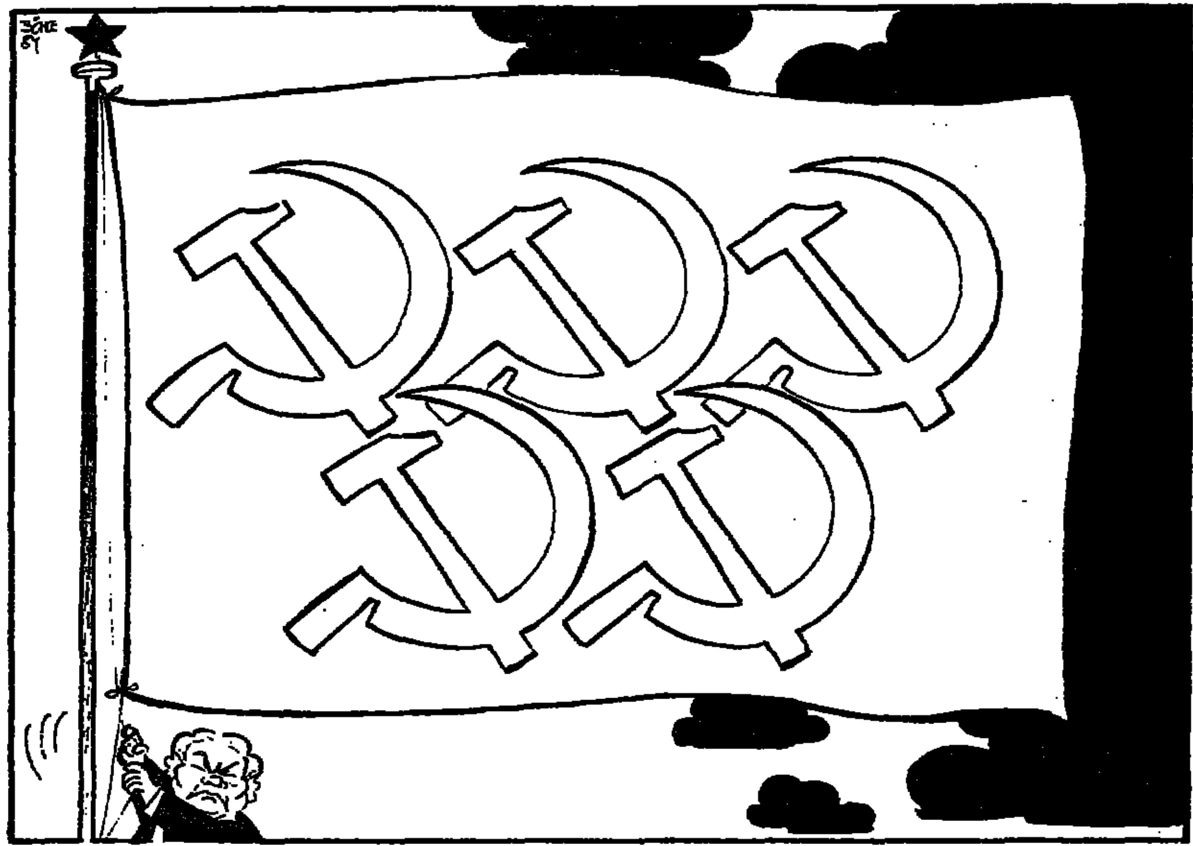
Von Rolf Görtz

Die Trennung des Baskenlandes von Spanien, die Gründung eines eigenen Staates – „neben Kastilien, Katalonien und vielleicht auch Galizien" – beschrieb der baskische Landesministerpräsident Garaikoetxea schon vor einem Jahr als das Fernziel seiner nationalistischen Baskenpartei PNV. Und „Zustände wie in Ulster" prophezeite er, falls Madrid den „Autonomie-Prozeß", wie er ihn versteht, stoppen sollte.

Nun, ein Bürgerkrieg braucht Jahre, bis er voll entbrennt. Schossen bisher nur die Terroristen der linksextremen ETA, so wird jetzt immer mehr zurückgeschossen. Von den Terroristen des Antiterrorismus, GAL. Unter dem jahrelangen Druck der mit Todesdrohungen verbundenen Revolutionssteuern verließen Zehntausende von Basken ihre Heimat. Mit ihnen geht ihr Kapital. Das wachsende Elend soll die Revolution beschleunigen. Das ist nicht das Konzept der PNV, wohl aber die Langzeitstrategie der roten Revolutionäre und ihres internationalen Hintergrundes. Umso beunruhigender ist es, wie Garaikoetxea auf der Welle der Gesetzesverletzungen zur Herausforderung der Staatsautorität mitreitet.

Nach seiner Wiederwahl zum Landesministerpräsidenten setzte er, ohne die dazu notwendige Ernennung des Königs abzuwarten, seine eigene Vereidigung an. Der Lendakari (Führer der Basken) krönte sich sozusagen selber. In einem verzweifelten Versuch, ihr Gesicht zu wahren – und das des Königs als Symbol des Staates –, schob die Madrider Regierung in letzter Minute das königliche Ernennungsdekret in das bereits ohne das Dekret angedruckte Staatsbulletin nach.

Regierungschef González wird in der nächsten Woche mit dem Lendakari „hart, wenn es sein muß", reden, um die Einheit Spaniens zu erhalten. González' Bemühen um eine europäische Konferenz über Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zeigt, wie ernst er die Lage einschätzt. Hier steht mehr auf dem Spiel als der bloße Separatismus einer nationalistischen Bewegung; das muß nicht nur die Spanier interessieren. Ein selbständiges Baskenland mit Revolution könnte zu einem europäischen Sicherheitsrisiko werden. Das [illegible] der Unterschied zu Ulster.



Moskau zeigt Flagge

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Olympisches Störfeuer

Von Herbert Kremp

Der sowjetische Machtstaat veranstaltet bei seiner Frühjahrsoffensive in Afghanistan gerade wieder ein jüngstes Gericht. Es fließt viel Blut. Daher ist es ganz gut, es ist jedenfalls konsequent, daß die Sowjets an den Olympischen Spielen nicht teilnehmen werden. Sie haben eingesehen, daß sie dort keine gute Figur gemacht hätten.

Die Sowjets beklagen sich darüber, daß in den Vereinigten Staaten gegen sie demonstriert wird. Wer will das in einem freien Land unterbinden – und wie? Etwa mit einer Lex Los Angeles, einem verschärften Demonstrationsstrafrecht? In den westlichen Ländern gibt es Demonstrationen der verschiedensten Art. Zum Beispiel die der Friedensbewegungen, die sich vornehmlich gegen die USA richten. Darüber sind die Sowjets sehr erfreut; diese Demonstrationen unterstützen sie. Sie wissen also durchaus, was Freiheit ist und wie man sie nutzen kann. Wer so weit fortgeschritten ist, muß gewärtigen, daß Demonstrationen auch einmal eine andere Richtung einschlagen können. Man muß das nicht gleich für „primitiven Antikommunismus" halten.

Die Beschwerden und Beschwernisse, die Moskau zur Absage veranlaßten, sind freilich nichts als Vorwände. Der Gedanke, sich für den amerikanischen Boykott der Olympiade von 1980 zu rächen, spielte wahrscheinlich eine Rolle, aber nicht die entscheidende. In Wirklichkeit hatten die Sowjets Angst nach Los Angeles zu gehen. Sie mußten befürchten, daß ihnen Athleten davonlaufen. Vor den vereinigten Kameras der Welt. Wer außer ihren Funktionären hätte sie auch daran gehindert? Los Angeles ist eine Stadt in einem freien Land.

Deshalb empfinden die Sowjets selber ihre Absage keineswegs als eine Katastrophe, sondern eher als eine Erleichterung. Die Flucht von Sportlern hätte sie tiefer getroffen als jede Demonstration. Ihre seit Monaten vorgetragene Forderung, die „Sicherheit" der Athleten zu gewährleisten, betraf keineswegs deren leibliches Wohl oder den Schutz vor terroristischen Übergriffen. Sie lief vielmehr auf das Ansinnen hinaus, eventuelle Flüchten zu verhindern und geflüchtete Sportler sofort wieder dem Eigentümer zu überstellen. In der freien Welt macht man so etwas mit Hunden, aber nicht mit Menschen. Die USA sind nicht bereit ihr Asylrecht auszusetzen, nur weil sowjetische Funktionäre befürchten, sie könnten ihre Leute nicht zusammenhalten.

So sind die Olympischen Spiele also wieder einmal vom Strudel der Weltpolitik herumgewirbelt worden, in dem sie sich schon lange befinden. Dies ist bedauerlich, wie manches Unvermeidliche. Man muß es mit Stoizismus tragen. Wer sich daran erinnern kann, wird auch die Olympischen Spiele von 1936 in Berlin als ein hochpolitisches Ereignis einschätzen. Sie waren Hitlers großes internationales Festival, und die SS trug weiße Handschuhe. 1972 wurden die tänzerischen Spiele von München, die das Deutschland der heiteren Reformen ausweisen sollten, durch den Überfall der PLO-Terroristen auf die israelische Mannschaft und durch das Massaker von Fürstenfeldbruck zerstört. 1980 veranlaßte der sowjetische Einfall in Afghanistan rund dreißig Länder – neben den USA u. a. die Bundesrepublik Deutschland, China, Japan, Kanada, Italien –, auf die Teilnahme in Moskau zu verzichten.

Es wäre schön, wenn es Gegenteiliges zu berichten und zu erinnern gäbe. Und man wird es jetzt sicher nicht an Versuchen fehlen lassen, die Sowjetunion doch noch zum Gang nach Los Angeles zu bewegen. Einen weltpolitischen Beitrag will Außenminister Genscher leisten. Kurz vor seiner Abreise aus den USA sagte er, er wolle bei seiner anstehenden Moskau-Visite die Sowjets ermutigen, ihre Haltung zu ändern. Ein Wirbel diplomatischer Aktivitäten kündigt sich an. Zwischen Demarchen und Bittprozessionen wird schwer zu unterscheiden sein. Die Sowjets selber schließen ein Einlenken nicht aus. Sie wünschen allerdings, wie ihr Amerika-Spezialist Arbatow andeutete, von ihrem Flucht- und Demonstrations-Trauma befreit zu werden. Sie fordern von den USA, in der Bannmeile der Spiele sowjetische Verhältnisse zu schaffen. Das ist nicht akzeptabel.



Sie machten Moskau Angst: Die „Ban the Soviets Coalition" in Los Angeles mit ihrem Vorsitzenden David Balsiger (rechts) FOTO: AP

Der Druck, den die Sowjets in den nächsten Tagen gegen die USA entfalten werden, hat freilich noch einen anderen Grund. Der sowjetische Boykott spielte bei der Außenminister-Konferenz der Warschauer Paktstaaten in Budapest am 19. und 20. April eine große und kontroverse Rolle. Von Bulgarien und der Tschechoslowakei abgesehen, begehrten die Länder gegen den Plan der Absage auf. Sie brauchen die Spiele, weil der staatsgelenkte und parteigeförderte Sport der einzige Totempfahl ist, um den man die Völker einigen kann. Wer nichts zu sagen hat, soll wenigstens jubeln können, wenn eine Medaille anfällt.

Wie nicht anders zu erwarten, setzte sich die Sowjetunion in Budapest durch. Sie möchte dem amerikanischen Präsidenten Reagan keine Wahlkampfhilfe leisten; überdies ließ sie durchblicken, daß sie die Mannschaften der „Bruderländer" für gefährdet halte. Damit sind die Diskussion und das Zähneknirschen aber nicht beendet. Besonders in der „DDR", wo die Deutschen auf nichts stolzer sind als auf ihre hervorragenden Athleten, wird es der Führung schwer fallen, den Verzicht zu interpretieren. Die Gegen-Spiele in Sofia sind für die sportlichen Verbündeten der Sowjets kein Ersatz. Sie wären nicht mehr als die „Asian Games", jene Kopie der alten Olympischen Spiele: Bunt, aber nicht bedeutend.

IM GESPRÄCH Rolf Lange

Pawelczyks Nachfolger

Von Herbert Schütte

Die „Bergedorfer Mafia" der Hamburger SPD ist müde und verbraucht: Der frühere Parteichef Oswald Paulig ist auf's politische Altenteil, der Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt auf Vortragsreisen gegangen; der ehemalige Bergedorfer Kreisvorsitzende Jörg König setzte seiner Karriere an der Leitplanke einer Stadtautobahn ein Ende. Um so mehr hat die „Wandsbeker Riege" der hanseatischen Genossen ihren Einfluß ausgedehnt. Der jüngste Zuwachs im Machtzentrum des Rathauses heißt Rolf Lange. Der 42jährige Politologe soll im nächsten Monat das Amt des Innensenators übernehmen. Als Nachfolger des Mannes, der Lange stets gefördert hat und der künftig in Bonn als Bevollmächtigter des Senats politisches Terrain für die Interessen des Stadtstaates zurückgewinnen soll: Alfons Pawelczyk.



Der Senator von Wandsbek: Lange FOTO: CHRISTA KUJATH

Lange gehört zu den rar gewordenen SPD-Politikern, die nicht über Hochschule mit Anschluß an einen Posten in einem Gewerkschafts- oder öffentlichen Unternehmen auf dem hochdotierten Sessel eines Staatsamtes landeten. Der in Hamburg-Barmbek Geborene – in diesem Stadtteil sind auch Helmut Schmidt und Hans Apel aufgewachsen – besuchte nach der Mittleren Reife die Seemannsschule auf Finkenwerder, fuhr auf einem Küstenmotorschiff, absolvierte eine Lehre als Groß- und Außenhandelskaufmann, arbeitete als Briefträger, Anstreicher und Schichtarbeiter in einer Druckerei, bevor er mit dem nachgeholten Abitur in der Tasche in seiner Heimatstadt das Studium aufnahm. Vor fünf Jahren machte er seinen Dr. phil. mit einer Dissertation über „Kommunale Selbstverwaltung in Hamburg".

Im Jahr darauf bekam Lange Gelegenheit, dieses Thema in der Praxis auszuprobieren: Er wurde zum Bezirksamtsleiter von Wandsbek bestellt. Nach vierjähriger Tätigkeit in der Bezirksversammlung stand er nun an der Spitze einer Verwaltung von Großstadt-Zuschnitt: Mit 380 000 Einwohnern ist Wandsbek der größte Hamburger Bezirk.

Rolf Lange war zwar eng in die Partei eingebunden, die in Wandsbek von Alfons Pawelczyk geführt wird, doch er machte sich als „Bezirks-Bürgermeister" von parteipolitischen Scheuklappen frei: Die örtliche Wirtschaft fand in ihm einen aufgeschlossenen Gesprächspartner, die Fraktionen der Bezirksversammlung lernten ihn als einen fairen Verwaltungschef kennen. Sein Weggang nach vier Jahren Amtszeit wird in Wandsbek allgemein bedauert.

In der Innenbehörde erwartet den Selfmademan ein härteres Pflaster: Pawelzcyk hat die Behörde an der kurzen Leine geführt, Polizei und Feuerwehr bekam der Kurs der kurzen und klaren Entscheidungen gut. In der „Hamburger Linie" bei Hausbesetzungen ist Lange ein Pawelczyk-Mann: Wenn morgens besetzt wird, ist abends geräumt. Doch das ist in Hamburg kein Thema. Stärker wird den neuen Innensenator der Kampf gegen die Kriminalität fordern. Denn hier sind die Zuwachsraten in der Metropole geradezu beängstigend.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Moskaus Olympia-Absage wird von vielen Zeitungen kommentiert:

The Daily Telegraph

Eine Welle von Übertritten in Los Angeles wäre aber nicht nur für das KGB sehr peinlich, sondern auch für den neuen sowjetischen Führer Tschernenko, der ohnehin schon wegen der Ost-West-Beziehungen in einer hinreichend schlechten Stimmung ist. **(London)**

Basler Zeitung

Sicher ist, daß „LA '84" trotzdem abgehalten wird, die Organisatoren finanziell über die Runden kommen werden, und sicher ist auch, daß sich die Amerikaner an der Absenz der sowjetischen Athleten nicht groß stören werden.

LIBERATION

Gegenüber den in Höchstform befindlichen Amerikanern und den super-vorbereiteten Ostdeutschen hatten die Sowjets alle Aussicht, auf den dritten Platz abzusinken ... - Unter diesen Bedingungen kann die dritte Stufe auf der Siegertreppe einem gleichzeitigen Mißerfolg von mehreren Fünf-Jahres-Plänen gleichkommen. **(Paris)**

LE MATIN

Seit Dezember, seit dem Eintreffen der ersten amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa, sagt Moskau zu allem nein ... Auch haben die sowjetischen Führer in letzter Zeit keinen Hehl daraus gemacht, daß sie dem „antisowjetischsten amerikanischen Präsidenten, den sie je erlebt haben", keinerlei Wahlgeschenke machen wollen. **(Paris)**

Frankfurter Allgemeine

Die Absage des Olympischen Komitees der Sowjetunion an die Spiele in Los Angeles ist ein politischer Affront. Er gewinnt an Schärfe noch dadurch, daß in Moskau die neue Führung unter Tschernenko in der großen Ost-West-Politik zunächst die Attitüde des Abwartens vorgezeigt hatte.

BERLINER MORGENPOST

Die sowjetischen Sportfunktionäre haben natürlich eine Heidenangst davor, daß ihre Spitzensportler, einmal in Kalifornien, für immer aus dem sozialistischen Lager aussteigen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Ist die sowjetische Entscheidung wirklich endgültig, obwohl die Anmeldefrist erst im Juni abläuft? Oder ist sie eine letzte Drohung, um antisowjetische Proteste in Los Angeles zu unterbinden? Das wäre in der Tat ein dreister Versuch im Land der Meinungsfreiheit. **(Essen)**

SÜDKURIER

Wer anderes erhofft hatte, vermutete wohl Klugheit, wo Revanchedenken vorherrschte. **(Konstanz)**

Die Zweifel des Justizministers an den deutschen Richtern

Amnestie: Der Bundestag muß den Vorreiter machen / Von Enno v. Loewenstern

Mit Erleichterung wurde allgemein registriert, daß die letzte Hürde zum Inkrafttreten des vom Bundestag verabschiedeten Amnestiegesetzes genommen wurde: auch der Bundesrat stimmte zu. Damit wurde das Ziel Wirklichkeit, Straffreiheit für alle Straftaten zu erreichen, die „zur Einwirkung auf die politische Meinungsbildung" begangen wurden (so beschreibt der Gesetzentwurf der Bundesregierung elegant die heftig umstrittenen Handlungen, die wohl erheblich dazu beigetragen haben, den Weg der neuen Koalition an die Macht zu ebnen). Es handelt sich nach amtlicher Auskunft um einige tausend Täter, denen Geldstrafen oder Freiheitsstrafen erlassen wurden, soweit es sich nicht um schwere Straftaten handelte und soweit sie nicht aus Eigennutz begangen wurden.

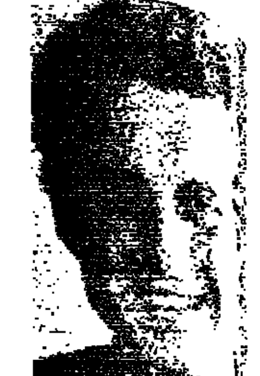
War diese Amnestie wirklich nötig? Viele prominente Freunde der neuen Regierung hatten sie von Anbeginn leidenschaftlich gedrängt, den mit der Strafrechtspflege in Konflikt geratenen Leuten „durch einen gesetzgeberischen Akt einzuräumen, daß ihrem Vorgehen nicht eine kriminelle, sondern in aller Regel achtenswerte Gesinnung zugrundelag". Freilich bleibt die Frage umstritten, ab es achtenswert sein kann, in gesetzwidriger Weise auf die politische Meinungsbildung einwirken zu wollen.

Die Opposition jedenfalls warf der Regierung vor, „daß bei dem Amnestiegesetz in unerträglicher Weise mit zweierlei Maß gemessen" werde. Die Sprecher der Regierungskoalition räumten ein, „daß möglicherweise die Öffentlichkeit mehrheitlich diese Amnestie ablehne", man sah jedoch darin kein Problem: es sei „Pflicht des Parlaments, sich als Vorreiter der Öffentlichkeit zu fühlen", wie einer der prominenten Rechtspolitiker der Kanzlerpartei ungerührt mitteilte. Die Opposition hatte vor allem die Frage aufgeworfen, ob nicht die Richter im Einzelfall entscheiden sollten, wann mangelndes Unrechtsbewußtsein von Angeklagten zur Einstellung des Verfahrens oder zum Freispruch führen müßte. Aber da war sie beim Bundesjustizminister schlecht angekommen, der aus seinen Zweifeln an der Urteilsfähigkeit der deutschen Richter keinen Hehl machte.

„Der Ausgang vieler Verfahren hängt offenkundig vom ideologischen Standpunkt des Richters ab", sagte der Minister zum „Spiegel". „Ich weiß auch, daß es unter den Richtern solche gibt, die mit ihren Vorstellungen noch ein bißchen hinter der Zeit herhinken." Allerdings räumte er ein: „Der gegenwärtige Rechtszustand ist unzureichend, und deshalb ist der einzelne Richter auch überfordert." Im Gegenteil, man dürfe mit der Amnestie nicht zu lange zögern: „Daß dies eine Aufgabe ist, bei der es auf schnelle Ergebnisse ankommt, weiß ich."

Es spielte schließlich auch keine Rolle mehr in der öffentlichen Diskussion, daß einflußreiche Leute aus Kreisen der Koalitionsparteien und deren Freunde sich an den Handlungen beteiligt hatten – und offensichtlich weiter beteiligen wollten –, die den Gegenstand des Gesetzes bilden. Selbstbegünstigung? Man war der Meinung, daß das Gesetz bis zur nächsten Wahl vergessen oder jedenfalls akzeptiert sein werde und daß die Parteien, die es durchboxten, davon keinen Nachteil haben würden. Zwar beklagte eine in Frankfurt erscheinende Zeitung, eher der Opposition nahestehend, „die großen und mangels eines realen Hintergrundes ein wenig hohl verhallenden Worte für die Amnestie". Aber es ist eine Tatsache, daß die Regierung keinen erkennbaren Schaden durch das Amnestiegesetz genommen hat.

Sie ist zwei Jahre später, 1972, sogar das Risiko einer vorgezogenen Bundestagswahl eingegangen und hat sie klar gewonnen. Die Amnestie von 1970 für die Gewalttäter auf den Straßen, die einer solche Gewalttätigkeiten erleichternden Strafrechts-„Reform" folgte, wurde von der Klientel der Regierungsparteien – unter der sich viele dieser Gewalttäter und ihres Umfeldes befanden – mit Begeisterung und von der anderen Seite mit Resignation akzeptiert. Muß das dieselbe SPD, für die damals der Justizminister Jahn, der Rechtspolitiker de With und viele andere einen Freibrief für die eigenen Leute als der Sittlichkeit letzten Schluß empfahlen, heute daran hindern, einen Freibrief für die eigenen Leute als finstere Machenschaft hinzustellen? Nicht unbedingt, so ist das nun mal in der Politik. Müssen Union und FDP – diese letztere sozusagen als Garant der Kontinuität auch auf auf dem Gebiet der selbstwohltätigen Amnestie – deswegen genau so wenig Schaden bei der nächsten Wahl nehmen wie die Koalitionäre damals? Nicht unbedingt, so ist das nun mal in der Politik. Die anderen hatten nämlich die Straße für sich und eine geschickte Vorbereitung dazu. Und so kann aus der Wiederholung der Farce durchaus ein Trauerspiel werden.



Die politische Spaltung der Olympischen Spiele – Niedergang einer Idee, Tiefschlag für den Sport

Olympia – seit 1945 Schritt für Schritt dem Abgrund näher

Von KLAUS BLUME

Man muß es den Sowjets lassen: Der Zeitpunkt der Olympia-Absage war sorgfältig gewählt, der dramaturgische Effekt von kaum mehr überbietbarem Zynismus: Es war am Tage, als die olympische Flamme den Amerikanern vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York übergeben und in Osteuropa der 39. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges begangen wurde. Man könnte demnach zur olympischen Tagesordnung übergehen, gemäß Artikel 9 der IOC-Regeln: „Das Internationale Olympische Komitee ist zuständig für die regelmäßige Abhaltung der Spiele." Denn das zeigt seit 1945 die Entwicklung der olympischen Bewegung: Die Durchführung der Spiele war für das IOC allemal wichtiger als die Bedingungen, unter denen sie stattfanden.

Die UdSSR boykottiert Los Angeles, und wer die sportpolitische Geographie einigermaßen beherrscht, der weiß, daß mindestens 30 weitere Nationale Olympische Komitees dem Kreml-Beispiel folgen werden – ohne Folgen für Olympia?

Nelson Paillou, der französische NOK-Präsident, bezeichnet den Schritt Moskaus als „tödlichen Schlag", weil nach dem Palästinenser-Attentat in München 1972 und dem amerikanischen Boykott in Moskau 1980 der sowjetische Gegen-Boykott von der olympischen Bewegung kaum verkraftet werden könne. Hans Hansen (Kiel), als Vize-Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) Sprecher der deutschen Olympiamannschaft für Los Angeles: „Für mich ist das der Anfang vom Ende der olympischen Idee und der Spiele. Die Welt ist damit um eine Hoffnung ärmer. Ich gehe davon aus, daß große Teile des Ostblocks der Sowjetunion folgen werden. Dieser Boykott ist im Grunde nicht vergleichbar mit dem von Moskau. Sicherlich ist er auch eine Folge der gesamtpolitischen Lage und der politischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den USA und eine Art Revanche für 1980."

Das ist die Bankrott-Erklärung der olympischen Idee, die einer ihrer eifrigsten Verfechter, der deutsche NOK-Präsident Willi Daume, längst schon ad absurdum geführt hat: „Es geht um politischen Mißbrauch, um Beweise für die Überlegenheit des einen Gesellschaftssystems bzw. der eigenen Ideologie, es geht um Propaganda. Es geht um die Aufrüstung des menschlichen Körpers durch extreme Arten von Training. Alles das gleicht sehr ernsthaft den militärischen Begriffen von Rüstung und Aufrüstung." Aber auch ohne diesen Hinweis – die olympische Idee ist spätestens seit 1945 zur Farce geworden, denn die Geschichte der Olympischen Spiele ist zugleich auch eine Geschichte des stets sich wiederholenden Olympia-Boykotts.

Schon 1953 tauchten Zweifel auf, ob Melbourne die Spiele überhaupt durchführen kann. Die oppositionelle Labour-Partei Australiens wollte wegen der angeblich zu hohen Baukosten boykottieren.

Am 23. Oktober 1956 kam es in Ungarn zum Aufstand gegen das kommunistische Regime, am 4. November marschierten sowjetische Truppen in Ungarn ein, um den Volksaufstand niederzuschlagen. Am 30. Oktober überschritten israelische Truppen die Grenze zu Ägypten und besetzten die Sinai-Halbinsel. Im Juli hatte Ägypten den von England kontrollierten Suezkanal verstaatlicht. Aus Solidarität mit den Ungarn boykottierten Spanien, Holland und die Schweiz die Olympischen Spiele 1956. Dem Boykott Ägyptens schlossen sich damals Libanon und Irak an. Die in Ungarn einmarschierte UdSSR stellte hingegen ihre Teilnahme nie in Zweifel.

1968, bei den Spielen in Mexiko-City nahm der damalige IOC-Präsident, der Amerikaner Avery Brundage, gemäß seiner These, „daß kriegerische Auseinandersetzungen zu ignorieren sind, es sei denn, sie gefährden die Sicherheit der Olympiateilnehmer oder die der Spiele selbst" keinerlei Rücksicht auf den Krieg in Vietnam und auf den Einmarsch von fünf Warschauer Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei. In Mexiko erhielten die tschechoslowakischen Sportler lediglich die IOC-Genehmigung, nicht gemeinsam mit den Athleten aus der UdSSR und der „DDR" speisen zu müssen.

1972 in München drangen acht palästinänsische Terroristen ins olympische Dorf ein, erschossen zwei Israeli und nahmen neun als Geiseln. Bei einem Feuergefecht mit Scharfschützen der Polizei sprengten die Palästinenser die Transporthubschrauber, in denen die Geiseln saßen, in die Luft. Alle starben, ebenso fünf der Attentäter und ein Polizist.

1976 in Montreal wurde Taiwan in die Knie gezwungen, und 22 afrikanische Länder mit 441 Athleten reisten wegen der Südafrika-Problematik wieder ab. Willi Daume damals: „Die Chance, daß die Olympischen Spiele überleben werden, beträgt nur noch zwanzig Prozent."

Und dann kam 1980. Wegen des Einmarschs der Sowjetunion in Afghanistan boykottierten 30 NOK,s demonstrativ, weitere 33 Länder meldeten erst gar nicht, weil das Gastgeberland UdSSR mit jenem kriegerischen Akt die olympische Charta mit Füßen getreten habe. Der Boykott von 1980 hatte Folgen – die am 8. Mai 1984 erfolgte Retourkutsche der Sowjetunion mit dem fadenscheinigen Hintergrund, in Los Angeles könne die Sicherheit sowjetischer Sportler nicht gewährtleistet werden.

Wer da glaubt, der Boykott sei eine Preisgabe der sowjetischen Vorherrschaft im Welt-Sport, der irrt. Gerade in den olympischen Kernsportarten Leichtathletik, Schwimmen und Kunstturnen haben die Sowjets mächtig an Boden verloren, hauptsächlich gegenüber der „DDR". Auch dort, wo man ehedem führend war, klappt nichts mehr. Erst am Dienstagabend verlor in Charkow die sowjetische Volleyball-Nationalmannschaft der Herren, immerhin Weltmeister und Olympiasieger, ausgerechnet gegen das Team der USA mit 2:3.

Im Ostblock hat es vor der Boykott-Bekanntgabe aus Moskau vehemente Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen NOK's und auch Regierungen gegeben. Besonders die „DDR" ist nun von dem Boykott betroffen. Denn nirgendwo auf der Welt ist in den letzten Jahren trotz zunehmender Devisen-Knappheit im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bereichen so viel Geld in den Sport investiert worden wie in der „DDR". Die Sportwissenschaft der „DDR" verfügt über einen sehr hohen Standard, längst über einen höheren als in der Sowjetunion. Auskunft des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR" über die am Wochenende geplanten Olympia-Qualifiaktionen der „DDR"-Leichtathleten: „Es läuft alles nach den Terminplänen des Leichtathletik-Verbandes." Aber auch dann, wenn die jugoslawische Zeitung „Borba" glaubt, daß nicht alle osteuropäischen Verbände dem Beispiel Moskaus folgen werden – die „DDR" wird wohl in Kürze ihren Startverzicht erklären.

Was wird folgen? Der Osten propagiert Gegenspiele in Sofia, der Internationale Basketball-Verband hat seinen während der Olympischen Spiele in Los Angeles geplanten Welt-Kongreß nach München verlegt. Der englische Zehnkämpfer Daley Thompson befürchtet, in Los Angeles würden zum letzten Mal olympische Medaillen vergeben. Höchstwahrscheinlich, denn die Realität, die ist nun mal so.



Schlechte Nachrichten: Don Miller, NOK-Direktor der USA

FOTO: AP

Olympisch – friedlich

Ist die Olympische Idee am Ende? Die alle vier Jahre wiederkehrende Veranstaltung unter dem Etikett „Olympische Spiele" wohl noch nicht, sicher aber deren geistige Grundausrüstung. Der verstorbene Soziologe Helmut Schelsky definierte sie so: „Nicht der olympische Wettkampf oder gar der olympische Sieg ist die Grundidee der Olympischen Spiele, sondern der Olympische Friede, der erst den Sieg und die Niederlage vereint und versöhnt: Weil sie beide zum Frieden, dieser höchsten politischen Leistung des Menschen, beigetragen haben, kann sich der Sieger uneingeschränkt freuen, braucht sich der Verlierer nicht zu schämen. Dies ist die Bedeutung des oft erwähnten, aber unterschätzten oder banalisierten Spruches, daß es auf die Teilnahme, nicht auf den Sieg ankomme. Teilnahme woran? Eben nicht nur an den Wettkämpfen, sondern an der sie tragenden zeitweiligen Friedensstiftung im internationalen sportlichen Wettbewerb. Wer die Olympischen Spiele, einen der wenigen sinnfälligen und viele Menschen ergreifenden Akte grundsätzlicher Friedensbereitschaft jenseits von Machtpolitik, politischer Selbstbehauptung, Aggression und wirtschaftlicher Ausbeutung, zumindest der Sportler selbst, dazu benutzt, seine rassen-, volks- oder staatspolitischen Ziele durchzusetzen auf Kosten dieser alle Menschen vereinfachenden Gemeinsamkeit der Bezeugung, daß der Friede das höchste menschliche Gut ist, dementiert seine eigene olympische Teilnahme und verleumdet die Idee der Olympischen Spiele."

Die Kommerzialisierung der Spiele, die Amateurfrage – das alles sind im Grunde innerhalb der olympischen Idee nur Nebenschienen, die leider zu populären Hauptsträngen geworden sind. Unter der Maxime der olympischen Forderung nach „Frieden auf Zeit" hätte die UdSSR bereits 1980 aus der olympischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden müssen. Und die Tatsache, daß ein Land, das ein anderes noch immer besetzt hält, die Spiele boykottiert, stellt die olympische Idee auf den Kopf.

Das IOC ist machtlos. „Die olympische Bewegung verfügt über keine eigenen Bataillone" hat Willi Daume einmal gesagt. Bleibt also nur das Prinzip Hoffnung. (K. Bl.)

Der Traum Ost-Berlins von der Nr. 1 ist geplatzt

Von H. R. KARUTZ

Achtundvierzig Stunden vor dem Eisheiligen St. Mamertus fröstelten gestern die Ostberliner im Moskauer Olympia-Winter. In Cafés, in der U-Bahn, an den Taktstraßen der VEB's und selbst in den Büros der Ministerien beherrschte ein Thema die Kollegengespräche: „Bleiben wir auch zu Hause?" Kein anderer Sachverhalt als das Weltniveau des zum politischen Gütezeichen des „DDR"-Sozialismus erhobenen Sports eint in diesem Falle Volk und Führung. Der erwartete kalifornische Medaillensegen für die Equipe der „DDR" hätte auch beim „normalen" Bürger die Brust vor Stolz schwellen lassen.

Rückkehrer nach West-Berlin, die gestern beim „small talk" in der anderen Stadthälfte die Stimmung testeten, berichteten einhellig: „Die Leute diskutieren ziemlich heiß über die Frage, ob nun auch die DDR absagt." In der U-Bahn unter dem Ostberliner Pflaster habe ein Fahrgast zu seinem Nachbarn gesagt: „Wenn die Russen nicht gehen, dann werden die auch boykottieren." Mit „die" meinte er, in Richtung Erdoberfläche weisend, die staatliche Sportführung Ost-Berlins. Der Tenor vieler Gespräche und Debatten in Ost-Berlin sei gewesen, berichteten Besucher: „Schönster Mist, was können Sportler für die Politik . . ."

Die Spannung über die künftige olympische Reise-Route der „DDR" ist begreiflich. Denn aus zwei Gründen lag Ost-Berlin besonders viel an diesen Spielen der XXIII. Olympiade. Erstmals bot sich die Chance, die seit Jahren goldbekränzten „DDR"-Cracks auch in der Höhle des kapitalistischen Löwen, auf Tartanbahn und Ruderkanal, siegen zu sehen.

Schon bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften im August 1983 in Helsinki rangierte die mitteldeutsche Equipe nach Medaillen vor den Amerikanern und – natürlich – vor den sowjetischen Bruder-Kämpfern um Bronze, Gold und Silber.

Da sich auch regimekritische „DDR"-Bürger mit erheblicher „Staatsferne" die Siege einer Sprint-Königin Marlies Göhr oder eines Kugelstoß-Siegfrieds wie Udo Bayer sentimental zu eigen machen, wäre eine Erfolgsflug im Vorfeld der 35-Jahr-Feiern im Herbst höchst willkommen gewesen.

Im „Nationalen Olympischen Komitee" an der Behrenstraße nahe der Komischen Oper standen die Telefone unter Nr. 21 24 98 gestern morgen nicht still: West-Korrespondenten fragten nach offiziellen Reaktionen. „Kein Kommentar", lautete die stereotype Feststellung. Auf die Frage, ob eine KOK-Sondersitzung anberaumt werde, bekamen sie ebenfalls lediglich zu hören: „Dazu können wir auch nichts sagen."

Zwar unter Schmerzen, aber auf einen Moskauer Wink hin ohne größeres Zögern würde die olympische Sportführung in Ost-Berlin unter Manfred Ewald (SED) die Tickets für Los Angeles zugunsten einer ungeliebten Luftreise nach Sofia umbuchen. Bulgarische Spiele als pseudo-olympische Pflicht statt der amerikanischen Kür . . .

Übersiedler aus der „DDR", die am Dienstagabend an der ZDF-Diskussion „Deutschland – was ist das?" teilnahmen, wunderten sich weniger über die Nachricht. Eine Frau aus Halle sagte ins Mikrofon: „Für einen ehemaligen DDR-Bürger ist es nicht überraschend, daß es zu dieser Ablehnung gekommen ist. Das mußte einfach so kommen. Da die USA damals nicht zu den Spielen nach Moskau gefahren ist, war es für uns eigentlich sicher, daß die Sowjetunion nie zu den Spielen nach Amerika fährt."

Noch am Morgen des Tages, an dem Moskau für sich und seine Verbündeten die Flamme ausblies, schien der olympische Frieden gesichert: Auf der ehemaligen Stalinallee in Ost-Berlin saß Erich Honecker bei der Premiere der „Friedensfahrt" Berlin-Prag-Warschau auf der Ehrentribüne und applaudierte den Pedalrittern begeistert. Diese Szenen funkte das Ost-Fernsehen, bevor sich um 19 Uhr 52 die griesgrämige Miene des Sprechers der „Aktuellen Kamera" noch mehr verfinsterte. Knapp, kühl und erst an fünfter Stelle wurde die Tass-Meldung über den Olympia-Boykott verlesen.

Wie wenig die „DDR"-Führung in der Euphorie über ihre glänzend arbeitenden Medaillen-Schmieden wirklich ernsthaft einen Sowjet-Boykott vermutet hatte, läßt sich aus dem Pflicht-Brief von Manfred Ewald an den Präsidenten des US-Organisationskomitees ablesen. Mitte April schrieb er dem Deutsch-Amerikaner Peter Ueberroth: Die Spiele seien „ein weltweites Symbol der Völkerverständigung", und er wies auf die „DDR"-Sportler hin, die sich – offenbar ohne Boykott-Furcht – „gegenwärtig mit großem Trainingsfleiß und Einsatz auf ihren Olympiastart vorbereiten".

In Gedanken saß die halbe „DDR" schon unter der Sonne Kaliforniens.

„Unter diesen Bedingungen unmöglich"

Die von der amtlichen Moskauer Nachrichtenagentur Tass am Dienstag verbreitete Erklärung des Nationalen Olympischen Komitees der UdSSR hat nach einer dpa-Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Das Nationale Olympische Komitee (NOK) der UdSSR hat ausführlich die Lage um die Spiele der 23. Olympiade in der Stadt Los Angeles analysiert und die Frage der Teilnahme der sowjetischen Sportdelegation an ihnen erörtert.

Bekanntlich hat das NOK der UdSSR in seiner Erklärung vom 10. April 1984 seine ernste Besorgnis im Zusammenhang mit groben Verletzungen von Regeln der olympischen Charta durch die Organisatoren der Spiele und der von reaktionären Kreisen der USA mit stillschweigendem Einverständnis offizieller Behörden entfalteten antisowjetischen Kampagne ausgedrückt und sich an das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit der Bitte gewandt, die entstehende Lage zu erörtern. Am 24. April dieses Jahres hat das IOC auf seiner Sitzung die Rechtmäßigkeit und begründete Position des NOK der UdSSR anerkannt.

Allerdings mischen sich die Behörden der USA unter Mißachtung der Meinung des IOC weiter grob in Angelegenheiten ein, die sich ausschließlich in der Kompetenz des Organisationskomitees in Los Angeles (LAOOC) befinden. Es ist bekannt, daß die amerikanische Administration von den ersten Tagen der Vorbereitung zur gegenwärtigen Olympiade an einen Kurs eingeschlagen hat, die Spiele für ihre politischen Ziele zu nutzen. Im Lande werden eine chauvinistische Stimmung entfacht und eine antisowjetische Hysterie aufgepeitscht.

Verschiedene Arten von extremistischen Organisationen und Gruppierungen, die sich offen das Ziel setzen, für die Ankunft der Delegation der UdSSR und das Auftreten sowjetischer Sportler 'unerträgliche Bedingungen' zu schaffen, haben mit stillschweigendem Einverständnis der amerikanischen Behörden ihre Aktivitäten heftig gesteigert. Es werden der UdSSR gegenüber feindselige Demonstrationen vorbereitet und unverhüllte Drohungen gegen das NOK der UdSSR, sowjetische Athleten und offizielle Vertreter gemacht. Die Anführer antisowjetischer, antisozialistischer Organisationen werden von offiziellen Vertretern der US-Regierung empfangen und ihre Aktivität von den Massenmedien breit publiziert. Zur Rechtfertigung dieser Kampagne nehmen die US-Behörden und die olympischen Organisatoren ständig Bezug auf verschiedene Gesetzgebungsakte.

In letzter Zeit hat Washington seine Bereitschaft versichert, die Regeln der olympischen Charta zu befolgen. Die praktischen Taten der amerikanischen Seite zeigen jedoch, daß sie nicht beabsichtigt, die Sicherheit aller Sportler zu gewährleisten, ihre Rechte und Menschenwürde zu achten und normale Bedingungen für die Durchführung der Spiele zu schaffen.

Die unverfrorene Haltung der amerikanischen Behörden gegenüber der olympischen Charta, die grobe Verletzung der Ideale und Traditionen der olympischen Bewegung sind direkt darauf gerichtet, sie zu unterhöhlen. Unter diesen Voraussetzungen ist das Nationale Olympische Komitee gezwungen, zu erklären, daß die Teilnahme der sowjetischen Sportler an den Spielen der 23. Olympiade in Los Angeles unmöglich ist. Anders zu handeln, käme der Billigung der anti-olympischen Aktionen der US-Behörden und der Organisatoren der Spiele gleich.

Mit der Annahme dieser Entscheidung möchten wir keinesfalls einen Schatten auf die amerikanische Öffentlichkeit werfen und die guten Gefühle, die die Sportler unserer Länder verbinden, trüben.

Das Nationale Olympische Komitee der UdSSR, die Sportorganisationen unseres Landes werden auch künftig die Anstrengungen des Internationalen Olympischen Komitees, des Verbandes der Nationalen Olympischen Komitees, der Internationalen Sportföderationen, des Internationalen Verbandes der Sportjournalisten unterstützen, die auf die Stärkung der internationalen olympischen Bewegung zielen, für die Erhaltung ihrer Reinheit und Einheit kämpfen."

Die WELT berichtet vom 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in Stuttgart

178 Delegierte stimmten gegen die geplante Amnestie

MANFRED SCHELL, Stuttgart

In geheimer Abstimmung hat sich eine überraschend hohe Anzahl von CDU-Parteitagsdelegierten gestern Abend in Stuttgart gegen das Amnestiegesetz für Steuersünder bei Parteispenden ausgesprochen. Immerhin unterstützten 178 Delegierte einen entsprechenden Antrag, den die Junge Union eingebracht hatte. 478 Delegierte stimmten gegen diesen Antrag. Außerdem gab es 38 Enthaltungen und 3 ungültige Stimmen. „Ich werde im Deutschen Bundestag für das Amnestiegesetz sprechen und stimmen". Mit dieser Ankündigung hatte Bundeskanzler Helmut Kohl gestern Abend auf dem CDU-Bundesparteitag eine kontroverse Debatte zu diesem auch in der Union umstrittenen Thema eröffnet.

Der Kanzler fand mit seinem Ja zur Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden vor allem Unterstützung durch Bundesfinanzminister Stoltenberg, den Fraktionsvorsitzenden Dregger und durch Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann. Entschiedenen Widerspruch gab es von den Repräsentanten der Jungen Union und des RCDS, die in einem Antrag die Ablehnung des Amnestiegesetzes forderten. Kohl erklärte, es dürfe nicht dazu kommen, daß unbescholtene Bürger an den „Pranger" gestellt werden und er weigere sich zuzulassen, daß „Mitbürger kriminalisiert werden, die bereit waren, den demokratischen Parteien zu helfen". Er, Kohl, habe bei seiner Haltung ein „gutes Gewissen". Die Spender hätten sich nicht bereichert und dies unterscheide sie von Steuer-Straftätern. Hiergegen sei immer wieder Widerstand von der SPD gekommen, der Kohl „Heuchelei" vorwarf. Der CSU-Vorsitzende Strauß hatte schon zuvor erklärt, mit der Amnestie, die er befürworte, solle ein Schlußstrich unter eine „juristische Grauzone" gezogen werden. An die Staatsanwaltschaft richtete er die Frage, warum sie sich nicht um die Akten, die SPD und auch die FDP in früheren Jahren betreffen, kümmere.

In der sachlich geführten Debatte forderte der JU-Vorsitzende Böhr die Ablehnung der Amnestie. Er verwies darauf, daß man eine solchen Schritt auch nicht gegenüber Hausbesetzern oder den kleinen Weinpanschern an der Mosel getan habe. Eine Amnestie würde negative Auswirkungen auf das Rechtsempfinden der Bürger haben und eine „ganze Fülle von Vorurteilen" gegen die Parteien bestätigen. Wallmann, der Böhr antwortete und dabei für die Amnestieregelung plädierte, wies den Vergleich mit Hausbesetzern zurück. Dies sei für ihn „kein akzeptables Beispiel".

Ablehnend äußerten sich hingegen der Bundestagsabgeordnete Göhner und Sprecher des RCDS.

Bundesfinanzminister Stoltenberg nannte es ein „schweres und unentschuldbares Versäumnis" der SPD, bis 1982 keine neuen Rechtsgrundlagen für Parteispenden geschaffen zu haben. In diesem Wissen habe die SPD auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, zuletzt 1980, Millionenspenden gesammelt und steuervergünstigt im Wahlkampf eingesetzt. Was die SPD jetzt betreibe, sei ein „schlimmes Beispiel von doppelter Moral", erklärte Stoltenberg.

CDU-Schatzmeister Kiep schilderte, er habe der Staatsanwaltschaft das Angebot gemacht, ihn und die CDU in einen Anklagezustand zu versetzen, damit man auf dem Wege eines Musterprozesses alle strittigen Fragen klären könne, ehe man eine Lawine von Untersuchungsverfahren gegen unbescholtene Bürger einleite. Dioeser Vorschlag sei im April 1983 abgelehnt worden. Stattdessen sei die Staatsanwaltschaft den „Weg des großangelegten Massenverfahrens gegangen".

Kohl ist fest entschlossen, die Amnestie durchzusetzen

MANFRED SCHELL, Stuttgart

Die geplante Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden bewegt die Gemüter auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart mehr, als es nach außen hin den Anschein haben mag. Bundeskanzler Helmut Kohl ist fest entschlossen, dieses umstrittene Gesetz, über das auch so manche seiner Parteifreunde die Nase rümpfen, im Bundestag durchzusetzen. Er hat es zu seiner persönlichen Sache gemacht, eingedenk aller Risiken, die damit verbunden sind. „Speiübel", so sagte Kohl vor Beginn des Parteitages in der internen Beratung des Parteivorstandes, werde es ihm, wenn er die Haltung der SPD in diesem Zusammenhang sehe.

Die Risiken, die der Bundeskanzler einkalkulieren muß, liegen nicht bei der Union. Hier ist trotz vereinzelter kritischer Stimmen die Mehrheit gesichert. Die Junge Union war sich zunächst unschlüssig, ob sie einen eigenen Antrag einbringen will; später legte sie ihn vor. Die Sozialausschüsse sind von Norbert Blüm vergattert worden, bei abweichenden Meinungen keinesfalls im Namen der CDA zu sprechen.

FDP-Votum ungewiß

Viel unterschwellige Kritik war an der Parteibasis vor allem an der „Überrumpelung" durch die Parteioberen geübt worden. Aber sie wird nicht öffentlich artikuliert, weil dies angesichts des Engagements von Kohl sehr leicht als direkte Kritik an dessen Person gedeutet werden könnte. Und das wollen die meisten nicht. Kohl ist unumstritten, sowohl als Kanzler wie auch als CDU-Bundesvorsitzender.

Die Unsicherheiten liegen auf anderen Feldern. Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat den Gesetzentwurf mit beschlossen. Seine Partei hatte ebenfalls ein elementares Interesse daran. Aber nicht abzusehen ist, wie das endgültige Votum der FDP aussehen wird, wenn der Druck von den Mitgliedern und den Landesvorsitzenden weiterhin anhält oder aber der Parteitag in Münster Anfang Juni die Ablehnung der Amnestie fordern sollte.

Für die CSU hat Franz Josef Strauß vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt, daß seine Partei die Amnestie und den eingeschlagenen Weg für richtig hält. Strauß hatte freilich eine „harte Auseinandersetzung" vorhergesagt und davor gewarnt, sich als Zwei-Klassen-Politiker zu begreifen: Nach dem Motto, die einen seien anrüchige Politiker und die anderen könnten so tun, als gehe sie das alles nichts an. Bislang steht die CSU zu ihrem Wort. Es gibt keine abweichende Stimme aus ihren Reihen. Aber Kohl weiß natürlich, daß Strauß der FDP „an die Gurgel" gehen würde, wie es gestern ein prominenter Delegierter formulierte, wenn diese aus dem Amnestie-Beschluß ausbrechen sollte. Für Strauß wäre dann die Situation erreicht, in der er die Koalitionsfrage stellen könnte.

Ein drittes Risiko, das überhaupt nicht abzuschätzen ist, wird das Verhalten des Bundespräsidenten sein, der seine Unterschrift unter das Gesetz verweigern kann. Gleich, ob es noch Karl Carstens oder dem neuen Staatsoberhaupt, Richard von Weizsäcker, vorgelegt werden sollte, von vornherein ist die Zustimmung nicht gewiß. Carstens hätte Gründe zur Kritik am jetzigen Verfahren. Er hatte schließlich mit der Einsetzung einer Sachverständigenkommission den Parteien Luft in der unpopulären Diskussion über die Parteispenden verschafft. Nun fühlen sich die Mitglieder dieser Kommission dupiert,und sie sprechen dies öffentlich aus. Die Kommission ist von einem Amnestie-Verzicht ausgegangen. Das war für sie, wie Professor Hans-Peter Schneider sagte, gewissermaßen die Geschäftsgrundlage.

Kohl hat sich im CDU-Bundesvorstand dazu, wie stabil die FDP in dieser Frage ist, nicht geäußert. Er sagte nur einen Satz, der in diese Richtung geht. Es sei nicht Sache der Union, sich den Kopf zu zerbrechen, ob andere in der Lage sind, dies „durchzustehen". Norbert Blüm erklärte im CDA-Vorstand, es müsse klar sein, daß es um die Spender gehe und „nicht um die, die krumme Sachen gemacht haben". Kohl will offensiv in die Diskussion gehen. Er sei gern bereit, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich im Zusammenhang mit Flick um Parteispenden kümmere, zehn Stunden Zeit zu opfern und dort zur Gesamtproblematik Stellung zu nehmen.

Alternative zur Amnestie

Er könne die Leute nicht alleine lassen, die in schwierigen Zeiten und in gutem Glauben der Union geholfen hätten. So habe die Wirtschaft in der schwierigen Zeit 1973/74 der CDU in staatsmännischem Sinne geholfen. Die Alternative zu der Amnestie, so Kohl, wäre ein drei- bis vierjähriger quälender Prozeß gewesen. Diese Absicht hätten die Linken verfolgt. Ein solches Verfahren, das darauf hinauslaufe, die Wirtschaft zu schädigen, sie und Parteien moralisch in die Ecke zu stellen, lehne er ab. Kohl betonte, er sei von der Rechtsstaatlichkeit des eingeschlagenen Verfahrens überzeugt.

Die Vertreter des RCDS wiederholten im Parteivorstand ihre Kritik: Das Rechtsbewußtsein der jungen Generation werde beschädigt. Kurt Biedenkopf monierte die Art und Weise des Verfahrens. Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann sagte, er stehe zu der Entscheidung, auch wenn sie „keine Freude" mache. CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep erklärte, er sei bis heute von der Staatsanwaltschaft nicht zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen gehört worden. Das Parlament wird sich erstmals am 24. Mai mit dem Gesetzentwurf befassen.

Zitate aus der Rede des CDU-Vorsitzenden

DW. Stuttgart

Die WELT dokumentiert Zitate aus der Grundsatzrede des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl:

„Es geht wieder aufwärts mit Deutschland."

„Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft hat eine unübersehbare Trendwende herbeigeführt."

„Mit dem Geld des Bürgers wird wieder solide gewirtschaftet."

„Wer Ja sagt zur Einheit der Nation, muß auf die Menschen in der DDR zugehen, muß zu ihnen gehen, muß die Chance des Miteinander nutzen."

„Die deutsche Nation ist Wirklichkeit im Bewußtsein der Deutschen. Wir finden uns mit der Teilung nicht ab, die Geschichte spricht kein letztes Wort, sie schafft keinen endgültigen Zustand. Wir bleiben unseren Landsleuten in der DDR verpflichtet."



Helmut Kohl

„Diese Zuversicht, dieser Optimismus sind mehr als eine Stimmungslage; sie sind Ausdruck unserer Lebenseinstellung und unseres christlichen Menschenbildes."

„Christliche Zuversicht steht gegen die aus Glaubensverlust entstandene Lebensangst unserer Zeit."

„Wir sind dabei, die großen Reserven an geistiger, moralischer und materieller Kraft unseres Landes neu zu mobilisieren."

„Wir wollen die Selbständigkeit des Bürgers. Wir wollen Vielfalt und Wettbewerb herausfordern. Wir setzen auf Leistungswillen und Lebensmut."

„Zwischen Demokratie und Diktatur gibt es keinen Mittelweg. Wir wissen, wo wir stehen: auf der Seite der Freiheit."

„Wie keine andere Institution hatten Ehe und Familie in den letzten anderthalb Jahrzehnten unter den Ideologien der Linken zu leiden."

„Familiensinn kann nur in der Familie selbst wachsen."

„Kinder brauchen die Autorität und das Vorbild der Eltern."

„Der Staat der Daseinsvorsorge hat zu viele Aufgaben an sich gezogen, denen er sich immer weniger gewachsen zeigt."

„Der wichtigste Rohstoff unseres Landes sind Intelligenz und Talent des Menschen."

„Diese große und eindrucksvolle Hilfsbereitschaft ist doch der Beweis dafür, daß wir keine Ellenbogengesellschaft sind."

„Für uns gilt: Im Zweifel für die Vielfalt und gegen die Schablone."

„Wer Kinder großzieht, soll weniger Steuern zahlen als jene, die ihren Beitrag zum Generationenvertrag nur finanziell leisten."

„Wir sind auch deshalb gegen Gleichmacherei, weil ohne Anreiz zur Leistung am Ende nur noch Mangel zur Verteilung übrigbleibt."

„Für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft ist es entscheidend, daß wir aus Zuversicht und berechtigtem Selbstvertrauen neue Kraft schöpfen."

„Ethische Maßstäbe bei der Einführung neuer Techniken kann jedoch nur entwickeln und durchsetzen, wer selbst an der Spitze des Fortschritts steht. Nur er kann vorausschauend mitgestalten."

„Wir haben Macht, aber wir sind keine Machthaber."

„Der Wähler hat stets das letzte Wort; ein Schlußwort spricht er nie."

Strauß: Streiks wären jetzt unverantwortlich

MANFRED SCHELL, Stuttgart

Als unverantwortlich hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß Streiks in der jetzigen Wirtschaftslage unseres Landes bezeichnet. Vor den Delegierten des CDU-Bundesparteitages sagte Strauß gestern in Stuttgart, mit Streiks würden „Steine auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung geworfen". Er frage sich, was in den „Köpfen derer vor sich geht, die Streiks vom Zaun brechen, die überflüssiger sind als ein Kropf und schädlicher als ein Hochwasser". Das Gebot der Stunde sei vielmehr, Arbeitsplätze zu bewahren, zu sichern und zu vermehren.

Strauß, der mit freundlichem Beifall begrüßt wurde, erklärte, der wirtschaftliche Aufschwung sei nun da. Der Aufschwung laufe, ob er sich aber selber trage, werde man erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilen können. Erschwert werde dieses Ziel jedenfalls durch Arbeitskämpfe. An die Adresse der Gewerkschaften gerichtet sagte der CSU-Vorsitzende, es sei ein großer Irrtum anzunehmen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich würde automatisch mehr Arbeitsplätze schaffen. Unbestritten sei andererseits, daß weitere Kostenbelastungen für die Wirtschaft, vor allem für den Mittelstand, „Gift" seien.

Die Wende auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sei gelungen, betonte Strauß, der ausdrücklich die Leistungen von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg würdigte. Einiger „Schutt" aus der Vergangenheit müsse auf anderen Gebieten noch aufgeräumt werden. Das Ziel, eine geistige Erneuerung herbeizuführen, dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Dazu gehöre vorrangig, „wieder geschichtliches Bewußtsein und Verantwortung zu vermitteln", insbesondere auch im Hinblick auf den anderen Teil Deutschlands. Die deutsche Geschichte habe schließlich nicht mit Hitler begonnen, sie sei auch nicht mit ihm untergegangen.

Es gelte auch, so forderte Strauß, der „Entstaatlichung" der Politik entgegenzuwirken. Politik könne sich nicht so darstellen, daß – wie an einer Wäscheleine – auf der einen Seite die Bürgerinitiativen und auf der anderen Gerichtsurteile aufgereiht seien. Die Politik habe ihren Beitrag zur geistigen Führung zu leisten. Wer davor zurückweiche, sei ein „Feigling". Zu dieser geistigen Erneuerung gehöre auch, der „Entmoralisierung des Verbrechens" entgegenzuwirken.

Kritisch merkte der CSU-Vorsitzende zu Aussagen des FDP-Vorsitzenden Genscher an, der sich vor dem „Popanz" verbeugt und erklärt habe, mit der FDP werde es keine konservative Gegenrevolution geben. Darum gehe es überhaupt nicht, sondern um die „Rückkehr zu liberal-konservativen Maßstäben". Außerdem müsse einmal eine grundsätzliche Definition des Begriffs „liberal" herbeigeführt werden, betonte Strauß.

Dregger mahnt „DDR" zur Liberalisierung

ms. Stuttgart

Unmißverständliche Worte richtete der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in seinem Rechenschaftsbericht an die Adresse der „DDR"-Führung. Er forderte Ost-Berlin auf, nicht nur technisch und ökonomisch eine Spitzenstellung im Ostblock einzunehmen, „sondern auch in der inneren Liberalisierung". Bonn habe kein Interesse daran, daß Mitteldeutschland von Deutschen entblößt werde.

Dregger fügte hinzu: „Aber wenn es der Volksrepublik Ungarn möglich ist, jedem Bürger einmal im Jahr eine West-Reise zu erlauben, dann sollte das auch der DDR möglich sein, ohne daß das gleich in eine Massenflucht ausartet. Je mehr der Druck auf unsere Landsleute drüben gelockert wird, um so selbstverständlicher werden sie bei freiem Reiserecht in ihre angestammte Heimat zurückkehren."

Dregger ging auch auf den bevorstehenden Besuch des SED-Chefs Honecker in der Bundesrepublik Deutschland ein. Es sei gut so, daß Honecker seine alte Heimat besuchen wolle; auch er sei deutscher Staatsbürger. Dregger: „Aber bitte, Herr Generalsekretär, kommen Sie nicht mit leeren Händen. Wir erwarten mehr von Ihnen als die Korrektur der in letzter Zeit entstandenen Mißhelligkeiten. Wir erwarten substantielle Verbesserungen für das Zusammenleben der Deutschen in Deutschland." Sonst wäre seine Begegnung mit Helmut Kohl sinnlos.

Kohl würdigt die Männer des 20. Juli

XING-HU KUO, Stuttgart

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zu Beginn des CDU-Bundesparteitages der CDU in Stuttgart die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 gewürdigt. Wenige Wochen vor dem 40. Jahrestag des mißglückten Versuchs des Widerstandsbewegung, durch ein Attentat auf Hitler den Krieg zu beenden, erklärte der Bundeskanzler, die Opfer des deutschen Widerstandes seien „nicht umsonst gewesen".

Kohl erinnerte die Delegierten in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle daran, daß die „mutige Tat" des 20. Juli eine der Voraussetzungen gewesen sei, daß eine „Brücke zwischen den Feinden von gestern und den Deutschen" habe geschlagen werden können.

Der Widerstand des 20. Juli habe ferner die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht, die „ein Staat des Rechts, der freiheitlichen Verfassung und des Friedenswillens" sei. Unser Staat werde von der Zustimmung der Bevölkerung getragen.

Als einen der ethisch wichtigsten Aspekte des deutschen Widerstandes, der sich keineswegs nur auf die Tat der Männer und Frauen des 20. Juli beschränkt, sondern aus „vielen Gruppen, die aus vielen moralischen Quellen schöpften" bestanden habe, nannte der Bundeskanzler den „Versuch, Politik und Moral wieder zusammenzuführen". Denn Politik und Moral, so Kohl seien „nicht voneinander zu trennen". Im Widerstand war jene „moralische Größe" zu finden. Diese „große Leistung" des deutschen Widerstandes wirke aber auch „heute und in die Zukunft".

Nicht nur für die CDU, sondern auch für alle Menschen guten Willens bestehe die historische Verpflichtung, das Vermächtnis der Männer und Frauen des Widerstandes zu wahren und in ihrem Sinne zu wirken, betonte Kohl.

Der Bundeskanzler hob insbesondere die „menschliche Größe" der Widerstandskämpfer, die im Angesichts des Todes mehr an ihre Angehörigen und Freunde dachten als an sich selber hervor: „Uns bleibt die Trauer um die Toten des deutschen Widerstandes, Anteilnahme und herzliche Sympathie für deren Familien, Achtung vor dieser Haltung und der Tat, die bis heute so groß bleibt, wie sie damals einsam war."

Niemand könne heutzutage ermessen, wie groß der Schmerz und das Leiden der Verschwörer des 20. Juli waren, die in Kenntnis der „tödlichen Gefahr" und der Folgen auch für ihre Angehörigen dennoch versuchten, die „Katastrophe" abzuwenden, sagte Kohl.

Herzliche Worte richtete der Bundeskanzler an die Witwe des hingerichteten Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der der Verschwörung des 20. Juli 1944 angehörte, sowie an Ulrich Goerdeler, den Sohn des Widerstandskämpfers und Leipziger Oberbürgermeisters Karl Goerdeler. Kohl überreichte ihnen Blumen.

Für Benda hat Steuergeheimnis Verfassungsrang

HEINZ HECK, Bonn

Das Steuergeheimnis hat Verfassungsrang. Diese Auffassung vertrat der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Ernst Benda, gestern in einem Vortrag auf dem Deutschen Steuerberaterkongreß in Bonn zum Thema „Steuergeheimnis: Kann der Bürger noch darauf vertrauen?" Benda befaßte sich vor allem mit der Frage, welche Auswirkungen das Verfassungsgerichtsurteil zur Volkszählung vom 15. Dezember 1983 und zum dort beschriebenen „Recht auf informationelle Selbstbestimmung" auf das Steuergeheimnis habe. Die gesteigerte Notwendigkeit eines verfassungsrechtlich verbürgten Schutzes der Privatsphäre ergebe sich aus der technischen Entwicklung sowie aus dem „eigentümlichen Nebeneinander der zunehmenden Anonymität der allgemeinen Lebensverhältnisse und der wachsenden Fähigkeit, den einzelnen in seiner Lebensgestaltung zu beobachten, zu analysieren und zu registrieren".

Nach Ansicht Bendas dürfe man nach der Volkszählungsentscheidung nicht mehr unterscheiden zwischen Daten, die einen letzten Bereich menschlichen Eigenlebens betreffen, und anderen, weniger sensiblen Daten. Vielmehr gebe es unter den heutigen Bedingungen „keine völlig unsensiblen und belanglosen Daten mehr". Alles, was in dem Urteil zur Statistik gesagt sei, gilt nach Meinung Bendas auch für das Steuergeheimnis.

Umweltschutz durch Marine

AP, Bonn

Die Bundesmarine will ihre Anstrengungen für den Umweltschutz auf der Nord- und Ostsee verstärken. Wie Marineinspektor Asgar Bethge gestern in einem in Bonn veröffentlichten Brief an den FDP-Bundestagsabgeordneten Torsten Wolfgramm mitteilte, könne die Marine – möglicherweise in Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften der Nordsee-Anliegerstaaten – weitere Aufgaben übernehmen. Bethge erklärte, daß bis 1985 die Umrüstung von zwei Propellermaschinen des Typs DO-28 beendet sein werde, deren Elektronik Ölspuren auf dem Wasser feststellen könne. Zur Kontrolle eigneten sich 19 langsam fliegende See-Überwachungs- und U-Boot-Jagdflugzeuge, und Minenjagdboote könnten auf der Suche nach Giftfässern Hilfe leisten. Außerdem sei in Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsministerium eine Radarüberwachung der Deutschen Bucht vorgesehen und in Kürze werde die Bundesmarine ein spezielles Ölauffangschiff übernehmen.

Grenzkontrollen in EG nötig

dpa, Koblenz

Die Sicherheit der Grenzkontrollen darf auch auf dem Weg zu einem vereinten Europa nicht unterschätzt werden. Der Direktor der für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Grenzschutzdirektion Koblenz, Horst Eisel, bekräftigte diese Ansicht mit dem Hinweis auf die international organisierte Kriminalität. Für die Bundesrepublik sei daher ein Kompromiß zwischen den Sicherheitsinteressen und einer größtmöglichen Freizügigkeit der Bürger nötig. Eisel bedauerte, daß mit Blick auf die bevorstehende Europawahl mit Begriffen „gearbeitet werde, die keiner Überprüfung standhalten". Ein Fortfall der bestehenden nationalen Grenzen wäre auch beim Zustandekommen der „Vereinigten Staaten von Europa" nicht zu erwarten. Jede Grenze bleibe als optimale polizeitaktische Linie bestehen und behalte ihre lebenswichtige Funktion für die Bürger des jeweiligen Landes. International organisierte kriminelle Gruppierungen, die mit allen Mitteln der modernen Technik ausgerüstet seien, müßten schon an „vorderster Front" dingfest gemacht werden. Dies bedeute ein Maximum an Freiheit für die Bürger im Inland, da ohne Grenzkontrollen die Polizeidichte erhöht und Polizeibefugnisse erweitert werden müßten.

US-Finanzhilfe für Zypern bei Einigung

dpa, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat Zypern Finanzhilfe von bis zu 250 Millionen Dollar geboten, wenn die türkischen und griechischen Volksgruppen auf der Insel selbst zu einer Einigung kommen. Für das laufende Jahr gab Washington dem Inselstaat 18 Millionen Dollar Wirtschafts- und Sicherheitshilfe und stellte neun Millionen Dollar für die UN-Truppen auf der Insel bereit. Reagan sagte, statt die Türkei zu bestrafen, sollte man die „Parteien auf Zypern selbst ermutigen". Bisher hatte der Kongreß versucht, die Türkei durch Kürzungen der für sie bestimmten Finanzhilfe zu einem Einlenken in Zypern zu zwingen.

Die jetzt von Reagan angebotene Summe, der noch der Kongreß zustimmen müßte, soll gezahlt werden, wenn die griechischen und türkischen Zyprioten Fortschritte zu einer Einigung erzielen. Im November 1983 hatte die türkische Minderheit im Norden der Insel eine unabhängige Republik ausgerufen.

CSU-Chef nennt Kritik der SPD „Heuchelei"

DW./AP, Bonn

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat sich für die von der Bundesregierung geplante Parteispendenamnestie ausgesprochen und die Kritik der Opposition als „Heuchelei" bezeichnet. In einem Interview in der heutigen Ausgabe der „Bild"-Zeitung sagte Strauß, an der Solidarität der CSU, um das Gesetz im Bundestag durchzubringen, werde „es nicht fehlen". Strauß zeigte sich überzeugt, daß das Amnestiegesetz vom Parlament beschlossen werden wird. Er verlasse sich dabei in diesem Punkt auf die Autorität von Bundeskanzler Kohl und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, sagte der bayerische Ministerpräsident.

Seit Jahren habe er auf eine saubere Klärung der Spendenpraxis gedrungen. Strauß: „Die Rechtslage war nicht einwandfrei." Niemand solle ihm erzählen, daß die Finanz- und Justizminister „nichts davon gewußt haben". Die Kritik der SPD an dem geplanten Gesetz nannte Strauß „blanke Heuchelei".

Spannungen im Warschauer Pakt

Die „DDR", Ungarn und Rumänien betonen Eigeninteressen / Ein Kanzler-Hinweis

MANFRED SCHELL, Stuttgart

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in den außenpolitischen Teil seiner Parteitagsrede einen Satz eingeflochten, der – auf den ersten Blick betrachtet – unwesentlich erscheinen mag: „Ich habe sowohl Generalsekretär Andropow als auch Generalsekretär Tschernenko gesagt: Wir werden keine Politik verfolgen, die einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegeneinander ausspielt." Diese Aussage des Bundeskanzlers war offenkundig zur Beruhigung der sowjetischen Führung gedacht.

In Bonn liegen Informationen vor, die zu der Einschätzung geführt haben, daß die „DDR", Ungarn und Rumänien nicht an einer Vereisung der Ost-West-Beziehungen interessiert sind und diese Regierungen, in Detailfragen, auf eine gewisse Distanz zu Moskau gegangen sind. Dahinter stecken handfeste ökonomische und technologische Interessen, aber auch Absichten, auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit dem Westen zusammenzuarbeiten. Es ist aufgefallen, daß die „DDR" und Ungarn als einzige Ostblockstaaten Delegationen zur Vorbesprechung für die internationale Umweltschutzkonferenz in München entsandt haben.

Bei dem Treffen der Außenminister des Warschauer Pakts Ende April, so besagen Informationen, hätten die „DDR", Ungarn und Rumänien versucht, Moskau zu einer flexibleren Haltung hinsichtlich der Wiederaufnahme der Genfer Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu bewegen. Tatsächlich war das Kommuniqué über diese Außenministerkonferenz frei von aggressiven Tönen. Moskau hat bisher als Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den USA gefordert, die NATO müsse die Situation wiederherstellen, die vor der Realisierung ihres Nachrüstungsbeschlusses bestanden habe. Die drei Regierungen in Ost-Berlin, Budapest und Bukarest wünschen offenkundig, daß schon eine entsprechende Bereitschaftserklärung der NATO eine Fortsetzung der Verhandlungen in Genf ermöglichen sollte.

In Bonn liegen auch zuverlässige Informationen über den Verlauf der Vorgespräche für den nächsten RGW-Gipfel des Ostblocks im Juli vor. Auch dabei, so heißt es, hätten die „DDR", Ungarn und Rumänien versucht, eine Entwicklung zu verhindern, die darauf abziele, die Beziehungen zum Westen einzuschränken. Unübersehbar sei, daß Moskau die Zügel anziehen wolle. So habe es bei dieser Gelegenheit Proteste gegen das „Preisdiktat" Moskaus bei Rohstoffen gegeben.

Im April hat es in Prag eine vertrauliche Sitzung von Delegationen aus der Tschechoslowakei und der „DDR" gegeben, bei der es ebenfalls über die Frage der Westbeziehung ging. Dabei hat die „DDR"-Seite unmißverständlich ihr Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen und zwar aus ökonomischen und technologischen Gründen bekundet. In Bonn ist auch aufmerksam registriert worden, daß von der Tschechoslowakei aus eine Pressekampagne gegen die „Westbeziehungen" gestartet – und dabei vor allem Ungarn mit Kritik bedacht worden war.

Berliner FDP: Absage an das Amnestiegesetz

F.D. Berlin

Der Berliner FDP-Landesausschuß hat sich gestern auf einer Sitzung mit großer Mehrheit gegen den Gesetzentwurf zur Straffreiheit für Steuervergehen im Zusammenhang mit Parteispenden ausgesprochen. Der Berliner Landesvorsitzende Rasch forderte die FDP-Bundestagsfraktion auf, ihre Unterstützung für diesen Entwurf zurückzuziehen und nicht „weiter zu verfolgen". Gleichzeitig will der FDP-Landesvorstand auf dem bevorstehenden FDP-Bundesparteitag einen Antrag einbringen, der den Gesetzentwurf verurteilt.

Begründung: „Der Versuch, Steuervergehen im Zusammenhang mit Parteispenden unter Amnestie zu stellen, hat schon zu einer weiten Entfremdung zwischen den politischen Parteien – auch und besonders der FDP – geführt. Politische Parteien, die sich mit guten Argumenten dagegen wehren, beispielsweise bei Vergehen im Zusammenhang mit den Häuserbesetzungen, Amnestie zu gewähren, können nicht in eigener Sache Strafverfolgungen abwehren."

„DDR": Bonn auf Konfrontationskurs

dpa, Ost-Berlin

Die „DDR" hat der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, sich „in den verschärften Konfrontationskurs der USA" einzuordnen. Auf einer Veranstaltung in Ost-Berlin zum 39. Jahrestag der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg erklärte SED-Politbüromitglied Alfred Neumann, „Erscheinungen von Anti-Sowjetismus und Nationalismus" in der Bundesrepublik lösten Besorgnis aus. Angesichts der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa stelle sich „nachdrücklicher denn je" die Frage nach den Garantien, die die Bundesrepublik biete, daß von ihrem Gebiet nicht ein neuer Krieg ausgehe.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ben Wisch und Korruption

„Wahrheiten über ein Land, das gegen Israel 'Heiligen Krieg' führt"; WELT vom 27. April

Sehr geehrter Herr Springer,

ich danke Ihnen für die Veröffentlichung Ihrer Antwort auf das Schreiben von H. J. Wischnewski.

Ich wußte schon immer, daß es noch mutige Menschen gibt, die auf Wahrheit mehr Wert legen als auf Öl. Sie sind einer davon. Wischnewski will im „Interesse Deutschlands" Ihnen das Recht, die Wahrheit zu schreiben, abstreiten. Der Richter „Geschichte" wird uns zeigen, wer den Interessen Deutschlands besser gedient hat. Ich bin zuversichtlich.

H. J. Wischnewskis Einsatz für ein korruptes, feudales Land zeigt mir, wie erstaunlich tief seine moralischen Werte liegen. Und das von einem Präsidiumsmitglied einer fortschrittlichen Partei? Vielleicht fortschrittlich im saudiarabischen Sinne.

Herr Springer, Sie werden die Meinung Wischnewskis nicht ändern können, denn er gebraucht ein anderes Argument: Das Öl muß von der anderen Seite fließen. Bitte lassen Sie sich von solchen Menschen nicht aufhalten, denn es ist schade, die teure Munition für soviel Mäßigkeit zu verschwenden.

Mit freundlichem Gruß
Dr. G. Lanzer,
Düsseldorf 1

*

Sehr geehrte Redaktion,

von einer längeren Reise zurückgekehrt, lese ich mit Erstaunen, wie eifrig der prominente SPD-Politiker Wischnewski die saudischen Prinzen verteidigt (Ausgabe vom 27. April). Es ist merkwürdig: Bei uns will die SPD die Partei der sozialen und humanitären Reformen, der sozialen Gerechtigkeit und des allgemeinen Fortschritts sein; sie solidarisiert sich mit den Gewerkschaften, wenn diese kürzere Arbeitszeiten fordern, zum Beispiel die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Doch ein Mitglied des SPD-Präsidiums findet nichts dabei, daß Saudi-Arabien von einem Feudal-Regime reaktionär regiert wird?

Ich verstehe nicht, wie man so mit zweierlei Maß messen kann.

Mit freundlichen Grüßen
R. Krause,
Berlin

Solidarität auf Befehl?

„Solidarität ist der beste Verbündete der IG Metall": WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

tritt die Pflicht zur (gedankenlosen) Solidarität wieder an die Stelle des blinden Gehorsams? Wenn Arbeitnehmer sagen, sie seien zwar eigentlich auch gegen den Streik, aber sie müßten sich ja solidarisch mit ihrer Gewerkschaft verhalten, dann erinnert dies in fataler Weise an die Diskussionen über blinden Gehorsam oder die Pflicht zur Befehlsverweigerung. Zahlreiche Urteilsbegründungen nach dem Krieg sollten uns eigentlich bewußt gemacht haben, daß wir auch dann die persönliche Verantwortung für unsere Entscheidungen und Handlungen tragen, wenn wir sie „auf Befehl" oder „in Solidarität" ausführen.

Aus der Mitverantwortung für einen möglichen wirtschaftlichen und politischen Scherbenhaufen soll sich niemand unter Berufung auf einen „Solidaritätsnotstand" herausstehlen.

Wenn im übrigen die IG Metall der Auffassung ist, daß in den zu ihrem Geltungsbereich gehörenden Industrien wieder genug zu verteilen ist, so daß dafür gestreikt werden muß (Karola Sommerey in Höfers „Frühschoppen" am 23. 4. 1984), so muß ich verlangen, daß z. B. für die Eisen-, Stahl- und Werft-Industrie ab sofort sämtliche Subventionen gestrichen werden. Ich kann es nicht billigen, daß meine Steuergroschen zur Unterstützung von Industrien verwendet werden, die es sich leisten können, für mehr Geld weniger zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Haefeker,
Hamburg 36

*

Sehr geehrte Herren,

der ideologisch harte Kern der Gewerkschaften hat zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, daß in seiner Vorstellungswelt die marktwirtschaftliche Ordnung ein systemwidriges Element ist. Allein unter dieser Betrachtungsweise kann die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche ihre Erklärung finden. Maßstäbe wirtschaftlicher Vernunft jedenfalls können es nicht gewesen sein, die zu dieser Forderung geführt haben.

Die mit der geforderten Arbeitszeitverkürzung zusätzlich anfallenden Lohn- und Arbeitsplatzkosten werden, soweit sie nicht durch höhere Effektivität aufgefangen werden können, im Preis verdient werden müssen. Verstärkter Inflationsdruck, sowie wachsender Leistungs- und Rationalisierungsdruck sind dann unvermeidlich. Wo aber das hiernach Erforderliche am Markt bzw. in den Betrieben nicht durchgesetzt werden kann, wird der Abbau von Arbeitsplätzen oder gar die Aufgabe von Betrieben die Folge sein.

Die 35-Stunden-Woche, gleichgültig, ob mit oder ohne vollen Lohnausgleich, kann einen sinnvollen Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme nicht leisten. Wer unter den gegebenen Umständen eine solche Arbeitszeitverkürzung fordert, der betreibt Tarifpolitik gegen den Arbeitnehmer und letztlich auch gegen den Arbeitslosen. Er wird sich fragen lassen müssen, was seine wirklichen Ziele sind. Franz Steinkühler von der IG Metall hat es ganz offen gesagt: Es geht um die Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Und er ist nicht der einzige Gewerkschaftsführer, der das will. Diese Herren wollen eine andere Gesellschaftsordnung, oder, wie es der ehemalige Bundesfinanzminister Prof. Schiller einmal ausdrückte: eine „andere Republik". Und am Ende dieses Weges könnte dann die Forderung stehen: „Alle Macht den Räten!"

Mit vorzüglicher Hochachtung
Bodo Ehmer,
Gabsheim

*

In den derzeitigen Verhandlungen und Debatten zwischen den Arbeitgeber- und Gewerkschafts-Vertretern wird leider kaum einmal die Frage an die Gewerkschaftsvertreter gerichtet, warum diese in ihren vielen eigenen Unternehmungen und Verwaltungen nicht zuallererst als Vorreiter und beispielgebend die 35-Stunden-Woche einzuführen sich entschließen bzw. schon längst entschlossen haben. Denn diese vielen Verwaltungen und Unternehmungen sind ja durchaus keine unbedeutenden Arbeitgeber, die nach meiner Schätzung schon alleine einige zehntausend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könnten.

Gute Beispiele finden bekanntlich immer Nachahmer, und was man von anderen verlangt, sollte man selbst tunlichst erstmal vorexzerzieren, wenn man glaubwürdig sein und bleiben will. Eine bessere Propaganda für die 35-Stunden-Woche gäbe es ja doch gar nicht.

Aber ich vermute, daß die Gewerkschaften selbst nicht die Courage dazu haben und sie das Risiko, das damit verbunden ist, scheuen. Möglicherweise fehlt es den Gewerkschaften selbst auch an den geeigneten und fähigen Managern, die sich bei ihren eigenen Genossen durchzusetzen vermögen. Und schließlich würde eine solche Maßnahme die Gewerkschaften auch eine ganz schöne Stange Geld kosten, womit die Gewerkschaften wohlweißlich aber sparsam umgehen werden wollen und auch müssen. Denn im Falle eines möglichen längeren Sreiks und einer längeren Aussperrung kommen mit Sicherheit ganz erhebliche finanzielle Belastungen auf die Gewerkschaften zu.

Freundliche Grüße!
Hermann Hillbrecht,
Hattorf/Harz

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Funktionäre des DGB und seiner Einzelgewerkschaften lassen jegliches Demokratieverständnis fehlen, indem sie sich diktatorisch über die Meinung der Mehrzahl ihrer Mitglieder hinwegsetzen und ihnen damit die Mündigkeit nehmen! Es ist erstaunlich und zugleich beängstigend, daß die Gewerkschaftler sich diese Bevormundung bieten lassen. Sie sind aufgerufen, sich zu wehren, zu streiken gegen ihre Funktionäre und für mehr Mitbestimmung in der eigenen Organisation!

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Holtland

Wort des Tages

» Das vollständige Leben, die vollkommene Erfüllung, enthält sowohl das Alter, als die Zeit der Jugend und der Reife. Das Alter hat seine Vorzüge, die, obzwar andere, kaum kleiner sind als die der Jugend. Der alte Mensch hat mehr Zeit als der junge. Das Alter ist bereit, Aufgaben zu übernehmen, vor denen die Jugend zurückschreckt, weil ihre Erfüllung zu lange Zeit brauchen würde. Im Alter verbessert sich der Geschmack. Alter birgt die Genugtuung seiner eigenen Erfüllung in sich. «

W. Somerset Maugham; engl. Autor (1874–1965)

BUNTE

DIE GOLDENEN 90er JAHRE.


Diether Stolze

Verliert die Bundesrepublik ihren Stammplatz in der vordersten Reihe der Industrienationen? Die Antwort auf die wohl wichtigste Frage unserer Zeit gibt Diether Stolze in BUNTE.

Der ehemalige Mitherausgeber der „Zeit", Regierungssprecher im ersten Kabinett Kohl und vertraute Berater des Bundeskanzlers hat die wirtschaftlichen Entwicklungen in aller Welt analysiert und ist zu einem beruhigenden Ergebnis gekommen: Stolze hat nicht nur in Amerika und England, sondern auch in Deutschland einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend entdeckt, der uns alle in die goldenen 90er Jahre führen könnte.

Ermutigende Gründe dafür liefert er ab sofort in der neuen BUNTE-Serie „Die goldenen 90er Jahre". Lesen Sie die BUNTE.

Die Universitäten sollen sich mehr Selbständigkeit erkämpfen

Aufforderung aus Herdecke an staatliche Hochschulen: Studenten selbst auswählen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Vor Wettbewerb und Leistungskontrollen scheinen sich viele deutsche Studenten mehr als vor dem Beelzebub zu fürchten. Dieser Eindruck wurde jetzt wieder in Hannover bekräftigt, als die dort versammelten mehr als 160 Rektoren und Präsidenten der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland mit Politikern über „Differenzierung und Wettbewerb" im universitären Bereich diskutieren wollten. Sie wurden schon am Eingang der Tierärztlichen Hochschule mit Spruchbändern empfangen, auf den Sätze wie „Solidarität gegen Differenzierung und Elitebildung" standen. Und wenn der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, es im Saal wagte darauf hinzuweisen, daß „nicht wir die Menschen in mehr oder minder Begabte einteilen, sondern der liebe Gott", dann waren ihm Pfiffe und Zwischenrufe wie „Sozialdarwinismus" aus den Reihen der zuhörenden Studenten sicher.

‚Ideologische Reizwirkung'

Der Stein, den Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher mit seinen pointierten Stellungnahmen zu mehr Wettbewerb und Eliteförderung im Bereich der Hochschul-Forschung und Lehre ins Wasser der öffentlichen Meinung geworfen hatte, hat mit seinen Kreisen jedenfalls die Verantwortlichen an den staatlichen Universitäten inzwischen erreicht. Ohne die öffentliche Diskussion darüber wäre dies wohl nicht das Thema der diesjährigen WRK-Versammlung geworden.

Von der „ideologischen Reizwirkung" sprach Berchem, die sich hier entfalten könne, weshalb man die Thematik in „aller Nüchternheit abklopfen" müsse. Differenzierung dürfe nicht Selbstzweck sein, und mit Sicherheit könne man keine Abhilfe für die festgestellten Wettbewerbs-Defizite, die im Bereich der Lehre am größten seien, in vermehrter staatlicher Einflußnahme suchen. Auch am Ende der zweitägigen Rektoren-Tagung stelle sich jedenfalls nicht der Befund so negativ dar, daß man die „Flucht in neue private Institutionen" antreten müsse, auch wenn die staatlichen Universitäten „den Wettbewerbs-Anstoß von dort akzeptieren". Hinzukommen müsse allerdings die Einlösung des Versprechens aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl, nämlich die „überfällige Reform des Stiftungs- und Steuerrechts".

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, ihr niedersächsischer Kollege Johann-Tönjes Cassens (CDU) und die Universitäts-Leiter Hinrich Seidel (Hannover) sowie Horst Sund (Konstanz) saßen mit Berchem auf dem Podium der Abschluß-Diskussion – und mitten unter ihnen auch Konrad Schily, Vorstandsvorsitzender des Universitätsvereins Witten/Herdecke, der einzigen bisher arbeitenden deutschen privaten Hochschule. Als Hecht im Karpfenteich mochte er sich noch nicht fühlen, eher als „Stichling". Er muß den anwesenden, auf Staatskosten lernenden Studenten wie eine Erscheinung aus einer anderen Welt erschienen sein. Wenn sein Gesichtsausdruck nicht täuschte, muß es ihm umgekehrt während der Diskussion ähnlich ergangen sein.

Er sagte jedenfalls in eindrucksvoller Klarheit, daß sich die von ihm repräsentierte Privat-Uni vorkomme „wie ein Garten in der Kolchose". Freiheit an den Hochschulen sei „im Moment nur über Privatheit zu erreichen". Solange die staatlichen Universitäten nicht dafür kämpften, sich ihre Studenten auch selbst auszusuchen, würden sie nie die von ihnen geforderte Autonomie von staatlicher Gängelung erreichen. Immer wieder gab es sorgenvolle Unruhe unter den studentischen Zuhörern, daß solche Wahrheiten auf fruchtbaren Boden fallen könnten. Sie steigerte sich noch, als Schily darauf hinwies, daß man für die erstrebte „Freiheit auch in die Verantwortung gehen" müsse. Es sei zum Beispiel die Frage, ob mit diesem Prinzip das Berufsbeamtentum der Hochschul-Professoren vereinbar sei. Er habe aber, sagte Schily, keine Sorge, daß bei einer entsprechenden Universitäts-Reform „die Professoren sehr schnell lernen würden, wie man zu Studenten kommt".

Zusage aus Bonn

Allzu groß war hier gar nicht die Distanz zu den Repräsentanten der staatlichen Hochschulen. Denn die Forderungen nach größerer Haushaltsautonomie, nach mehr Möglichkeiten, sich seine Studenten selbst auszuwählen hatten die Diskussionen der zweitägigen Rektoren-Tagung wie ein roter Faden durchzogen. Bundesbildungsministerin Wilms sagte jedenfalls zu, daß die Bundesregierung diesen Überlegungen offen gegenüberstehe. Bei der Auswahl von Studenten habe es einen „ersten Einstieg" durch den größeren Spielraum der Universitäten bei der Medizin-Stundenten-Zulassung gegeben, die 1986 in Kraft treten wird. Zu den Eckpunkten der von ihr angestrebten Novellierung des Hochschul-Rahmengesetzes werde es außerdem gehören, den Hochschulen auch mehr Spielraum bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wie bei der Bewirtschaftung der vom Staat zugewiesenen Haushaltsmittel zu geben – also generell die Suche nach mehr „Staatsfreiheit" für die Universitäten zur Förderung eines qualitätssteigernden Wettbewerbs.

Masuren werden von den Polen diskriminiert

JOACHIM G. GÖRLICH, **Bonn**

Im polnischen Parlament ist es zwischen dem aus Oberschlesien stammenden parteilosen Sejm-Abgeordneten, dem bekannten Publizisten Edmund Osmanczyk, und seinem kommunistischen Kollegen Bogdan Gawronski zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Minderheitenpolitik der polnischen Regierung gegenüber den Masuren gekommen, berichtet die KP-Wochenzeitung „Polityka". Danach hat Osmanczyk, der bis 1945 deutscher Staatsbürger war, seiner Regierung vorgeworfen, daß nach dem Kriegsende rund 100 000 Masuren, die sich „von ihr abgestoßen fühlten", als „Deutsche ausgesiedelt wurden".

Die Zahl der Masuren in ihrer angestammten Ostpreußen-Heimat sei auf heute 6000 zusammengeschmolzen, sagte Osmanczyk. Er forderte gleichzeitig eine Amnestie für all diejenigen Polen, die aus ihrem Land in letzter Zeit in den Westen geflohen sind.

Zur Jahreswende hat sich die „Polityka" schon einmal positiv mit den in den Masuren verbliebenen Protestanten befaßt. Sie wies darauf hin, daß in Lötzen noch 154 Familien (700 Personen) und in Rhein 300 Masuren leben. Eine größere Gemeinde gebe es noch in Ortelsburg. Die anderen Gemeinden in Ostpreußen sind in einem Radius von 30 Kilometern verstreut.

Die Wochenzeitung hob ferner hervor, daß in Masuren noch immer polnische Protestanten mit den Deutschen identifiziert und von den zugewanderten Polen beschimpft werden. Besetzungen von evangelischen Kirchen hätten noch vor zwei Jahren Schlagzeilen gemacht. Hakenkreuzschmierereien an Haustüren und Grabmälern evangelischer Masuren sowie Brandstiftung an masurischen Gehöften seien an der Tagesordnung gewesen, weil es denen nach Meinung polnischer Nachbarn „zu gut geht".

Personalien

VERANSTALTUNG

Gemeinsam mit New York ist Hamburg der größte Konsularplatz der Erde: Generalkonsul **Wang Yanyi,** Vertreter der Volksrepublik China, 77. Mitglied des Konsularkorps, machte am Dienstag seinen Antrittsbesuch im Hamburger Rathaus, doch er konnte aus protokollarischen Gründen am Abend an dem 28. Jahresessen des Konsularkorps für Senat und Bürgerschaft nicht dabei sein. Der Doyen, **Hans Andreas Djurhuus** aus Dänemark, dankte Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** für die „wohlwollende Zusammenarbeit mit der Residenzstadt Hamburg". Und der Rathaus-Regent – erleichtert über die überwiegend mit Zustimmung quittierte Schnelligkeit der Senatsumbildung – pries Hamburgs kosmopolitisches Selbstverständnis ebenso wie seine führende Rolle im Außenhandel und seine Sonnenscheindauer („im letzten Jahr mehr als in München"). Unter den Gästen im weißen Saal des Hotels „Atlantic" befanden sich auch die Zweite Bürgermeisterin, **Helga Elstner** mit ihrem Ehemann **Franz Elstner,** Justizsenatorin **Eva Leithäuser, Elsbeth Weichmann,** die Frau des 1983 verstorbenen Hamburger Bürgermeisters **Herbert Weichmann,** Bürgerschaftspräsident **Peter Schulz,** der Lübecker Bürgermeister **Gustav Robert Knüppel,** der Präsident des Oberlandesgerichts, **Walther Stiebeler,** der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor **Dieter Clauss** sowie Hamburgs großer Mäzen, der Initiator der Stiftung F. V. S., **Alfred C. Toepfer.** Mit ihnen feierten u. a. der stellvertretende Doyen, **Anders Hulden** aus Finnland, der amerikanische Generalkonsul **Grant E. Mouser III** und der sowjetische Generalkonsul **Barmitschew.**



Auf dem Empfang im Hotel Atlantic: v. l. Anders Hulden, Lise Djurhuus, Doyen Hans Andreas Djurhuus, Helga und Franz Elstner

FOTO: CHRISTA KUJATH

AUSZEICHNUNG

Am Sonnabend wird an den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. **Alois Mertes,** während eines Festaktes in der Godesberger Redoute die Thomas-Morus-Medaille 1984 verliehen. Die Laudatio für Mertes wird der belgische Außenminister **Léo-Clement Tindemanns** zum Thema „Ein christlicher Humanist in der Politik" halten. Die Medaille der Thomas-Morus-Gesellschaft wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich durch besonderen Mut und die Standhaftigkeit des Gewissens im öffentlichen Leben ausgezeichnet haben. Der bayerische Kultusminister Dr. **Hans Maier** und der Münchener Philosophie-Professor Dr. **Robert Spaemann** sind bisher mit der Thomas-Morus-Medaille ausgezeichnet worden.

VERÄNDERUNG

Mit einem Empfang im Bonner Hotel „Königshof" verabschiedete der Zentrale Kreditausschuß, in dem die zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Kreditwirtschaft vertreten sind, die Präsidentin des Bundesaufsichtsamtes für Kreditwesen, Dr. **Inge Lore Bähre.** Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, **Bernhard Schramm,** betonte in seiner Laudatio, daß die Tätigkeit von Frau Bähre „ihre Amtsdauer überdauern wird, weil sie die deutsche Bankaufsicht geprägt und dafür Maßstäbe gesetzt hat".

Der Ehrenpräsident des Bundesverbandes der freien Berufe, Dr. **Rolf Schloegell,** bis vor kurzem noch Präsident der Organisation, ist am Dienstag in Köln gestorben. Der Mediziner Schloegell, 1921 in Bremen geboren, war bereits 1945 Mitbegründer der „Arbeitsgemeinschaft Jungärzte" in Hessen und wurde ein Jahr später zweiter geschäftsführender Arzt der „Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Ärztekammern". Von 1951 bis 1977 widmete sich Schloegell als Hauptgeschäftsführer der kassenärztlichen Bundesvereinigung in Köln insbesondere der Zulassungsordnung für Ärzte, den Richtlinien für Mutterschaftsvorsorge und Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten bei Kindern.

Berlin diskutiert schärfere Trennung von Amt und Mandat im Parlament

Gesetzesänderung träfe vor allem CDU-Fraktionsvize Landowsky / Nur wenig Chancen

F.D./kar., **Berlin**

In Berlin haben Anstrengungen der oppositionellen SPD und AL, im Landesparlament künftig eine schärfere Trennung von Amt und Mandat durchzusetzen, einen weiteren Fortschritt erfahren. Nachdem zu Wochenbeginn der Parlamentsausschuß für Inneres überraschend und mit den unerwarteten Stimmen zweier CDU-Abgeordneter für eine Gesetzesänderung stimmte, wird sich das Berliner Abgeordnetenhaus voraussichtlich noch vor der Sommerpause mit dem Entwurf befassen. Das Papier sieht vor, daß Mitarbeiter senatseigener Unternehmen oder Betriebe, an denen das Land Berlin mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, nicht gleichzeitig Abgeordnete sein dürfen.

Der jetzt diskutierte Gesetzentwurf geht noch auf die Senatsära Hans-Jochen Vogels zurück, der wegen heftiger „Filz"-Vorwürfe gegen den sozialliberalen Senat nach dem Sturz Dietrich Stobbes (SPD) im Januar 1981 eine „große Lösung" anstrebte, um Amt und Mandat nicht zu verquicken: Nach Vogels Wunsch sollten sich öffentlich Bedienstete nur im Parlament einfinden, wenn sie sich vorher beurlauben ließen.

Die „große Lösung" Vogels scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der Betroffenen, denn nahezu die Hälfte des Berliner Landesparlaments steht im öffentlichen Dienst in Lohn. Nachdem das Thema danach mehr als zwei Jahre im Innenausschuß auf Eis lag, wurde es von der Alternativen Liste wiederbelebt und erfuhr nicht nur die Unterstützung der SPD, sondern auch von den CDU-Abgeordneten Ekkehard Wruck und Ursula Besser. Sie plädieren, allerdings gegen den Mehrheitswillen der Union und den Koalitionspartner FDP, für eine „kleine Lösung" des ehemaligen Vogel-Plans, die leitende Mitarbeiter von öffentlichen Unternehmen aus dem Plenarsaal verbannen will.

Eine derartige Änderung träfe vor allem den engsten politischen Mitstreiter des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Landowsky. Er hält als Vize-Fraktionschef die Machtfäden in der CDU-Fraktion. Der Rechtsanwalt wurde 1978 noch zu SPD/FDP-Senatszeiten zum Doppel-Direktor der städtischen „Pfandbriefbank" und „Wohnungsbaukreditanstalt" bestellt. Landowsky, der Diepgen politisch den Rücken in der CDU-Fraktion freihält, kündigte für einen Fall der Gesetzesänderung schon in internen Unionszirkeln an, er werde dann nicht ins Parlament zurückkehren, sondern seinen Bankiersposten beibehalten – eine Entscheidung, die nicht zuletzt auch unter beruflichen Karriere-Aspekten gesehen werden muß: Während Landowsky heute ein sechsstelliges Jahreseinkommen bezieht, blieben ihm nach einer Beurlaubung das 5000-Mark-Bruttogehalt eines Berliner Abgeordneten.

Daß die beabsichtigte Gesetzesänderung der SPD und AL vor allem auf die Person Landowskys zielt, ist die Ursache dafür, daß sich die CDU (bis auf die zwei Abgeordneten) und die FDP gegen die „kleine Lösung" der Trennung von Amt und Mandat sträuben. Zudem wäre neben Landowsky mit dem Abgeordneten Heinz-Viktor Simon (CDU) der Direktor einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft tangiert.

Auf Seiten der Opposition wäre der frühere Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) von einer Neuregelung betroffen, wenn er für die Wahlen am 10. März 1985 kandidieren sollte. Riebschläger hatte im Januar 1981 von seinem im Senatorengesetz verbrieften Rückkehrrecht aus dem Senat auf den Posten eines Direktors der Wohnungsbau-Kreditanstalt Gebrauch gemacht und damals auf seine Senatoren-Pension verzichtet.

Die Stimmen der beiden CDU-Vertreter – Rechtsanwalt Wruck und die frühere Alterspräsidentin Besser – für die Gesetzesverschärfung hängen nicht zuletzt mit innerparteilichen Zwisten zusammen. Wruck zählt, als Befürworter von Hanna-Renate Laurien als „Regierende", zur Minderheitsgruppe der „Reformer" in der Berliner Union, während Frau Besser 1981 wohl Parlamentspräsidentin geworde wäre, hätte nicht die CDU-Machtgruppe um Diepgen und Landowsky den bis dahin unbekannten Peter Rebsch benannt.

Die Erfolgsaussichten einer Gesetzesänderung im Plenum werden vor allem vom Verhalten der „Reformer" in der CDU – immerhin 18 von 65 Abgeordneten, abhängen. Vermutlich reichen die 71 Gesamtstimmen von CDU und FDP aus, eine Änderung zu verhindern.

Arbeiterunruhen in der Ukraine

ms. **Bonn**

Zu Unruhen unter sowjetischen Arbeitern ist es im März und April in Charkow (Ukraine) gekommen. Nach zuverlässigen Informationen aus Bonn haben die Arbeiter gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen protestiert.

Berichtet haben über diese Vorgänge polnische Arbeiter, die zu dieser Zeit zum Arbeitseinsatz in Charkow waren. Die Polen wurden aufgrund dieser Vorfälle allesamt zurückgeschickt. Ihnen wurde von sowjetischer Seite vorgeworfen, sie seien Mitglieder der in Polen inzwischen verbotenen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" und seien für diese Unruhen unter den sowjetischen Arbeitern verantwortlich. Nicht bekannt ist, ob die sowjetischen Behörden gegen die protestierenden Arbeiter Waffengewalt eingesetzt haben.

Briten schätzen „Made in Germany"

AP, **London**

In Großbritannien genießen nach einer Gallup-Umfrage Erzeugnisse aus der Bundesrepublik Deutschland unter ausländischen Produkten das höchste Ansehen. Waren aus den USA hingegen, die bei einer ähnlichen Umfrage im Jahr 1960 noch führten, fielen auf den fünften Platz zurück. Die Bundesrepublik erhielt 56 von hundert möglichen Punkten, Japan 46, die Schweiz und Neuseeland je 25 und die USA 22 Punkte. Bei der Umfrage von 1960 lagen die USA mit 62 Punkten an der Spitze, gefolgt von Australien mit 46, der Bundesrepublik mit 43 sowie Kanada, Neuseeland und der Schweiz mit je 42 Punkten. Japan lag damals noch mit nur acht Punkten auf Platz 23.

Schwache Wahlbeteiligung befürchtet

Bei den Wählern hat Europa an Ansehen verloren / Tagung in München

PETER SCHMALZ, **München**

Befürchtungen der Politiker über eine schwache Wahlbeteiligung bei der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni erachtet der Nürnberger Kommunikationswissenschaftler Professor Winfried Schulz auf Grund umfangreicher empirischer Studien als begründet. Es sei eine problematische Wahl, da sich „aus der Spannung zwischen europäischer Idee und Wirklichkeit, zwischen dem Anspruch und den Realitäten europäischer Politik Enttäuschung, Frustration und Ablehnung aufgebaut habe", erklärte der Wissenschaftler gestern vor dem 6. Medienkongreß der Hanns-Seidel-Stiftung in München, der dem Thema „Europa in den Medien" gewidmet war. Schulz: „Es gibt ein latentes europapolitisches Protestpotential in Deutschland."

Während die Erstwahl vor fünf Jahren noch einen Neuigkeitswert und einen Europa-Bonus hatte – und die Bundesrepublik mit einer Wahlbetreiligung von 66 Prozent besser als die meisten anderen Nationen lag –, muß sich diesmal das Parlament an den Ergebnissen seiner Arbeit messen lassen. Diese aber ist, so Professor Schulz, „technokratisch, politisch abstrakt, wenig öffentlichkeitswirksam, der Bezug zum Lebensalltag der Bevölkerung ist kaum sichtbar".

Nach einer Emnid-Umfrage, die im Februar und März durchgeführt wurde, weiß die Hälfte der Befragten nicht, was die Europaabgeordneten „wirklich tun", 40 Prozent sind der Meinung, dieses Parlament habe für das tägliche Leben „überhaupt keine Bedeutung".

Schlimmer noch: Einem Fünftel der Wahlberechtigkeiten ist die Existenz des EG-Parlaments unbekannt, die Mehrheit weiß nicht, daß in diesem Jahr Europawahlen stattfinden. Und mehr als zwei Drittel der Bevölkerung weiß nicht einen einzigen Politiker zu nennen, der sich besonders für die europäische Einigung einsetzt.

Europapolitische Vorgänge, meinte der CSU-Spitzenkandidat Fritz Pirkl dazu, sind für die meisten Bürger noch nicht unmittelbar erlebbar, was Pirkl auch als Ergebnis der schwachen Medienpräsenz an den Schauplätzen der EG-Politik sieht: Von den Bundespressekonferenzen in Bonn würden 375 Journalisten für deutsche Medien berichten, aus Brüssel nur 35 und aus Straßburg nur zwei (einer davon ist der WELT-Korrespondent Ulrich Lüke).

Aber wie sollen die Parteien in den wenigen noch verbleibenden Wochen auf diese Negativ-Schau reagieren? Ein Patentrezept konnte die Tagung dafür nicht liefern, eher die Erkenntnis, daß noch größere Anstrengungen notwendig sind, die Bevölkerung vom Sinn europäischer Politik zu überzeugen, wenngleich auch darin erhebliche Risiken liegen, wie Professor Schulz vortrug. Ein konzentrierter Wahlkampf in den Massenmedien sei „ein zweischneidiges Schwert", meinte der Wissenschaftler und verwies auf die Daten einer empirischen Untersuchung zur Europawahl 1979.

So würde zwar einerseits das Informationsniveau über Europa und die Europapolitik in kürzester Zeit verbessert, doch dieser Effekt führe nur über den Umweg der Parteiloyalität und nur bei einem Teil der Wähler zu einem positiven Engagement und zur Stimmabgabe. „Ein erheblicher Teil aber", so Schulz, „wird dagegen demotiviert, bei vielen verschlechtert sich die Einstellung zu Europa und seinen Institutionen." Eine intensive Berichterstattung mache die Schattenseiten der Europapolitik bewußt.

Europäer gegen Terrorismus

dpa, **Straßburg**

Die Ratifizierung der Konvention über die Terrorismus-Bekämpfung in allen 21 Mitgliedsländern des Europarates und eine Gipfelkonferenz über internationale Zusammenarbeit gegen den Terrorismus hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates gestern in Straßburg gefordert. Irland und Malta haben die Konvention noch nicht unterzeichnet, während sieben Mitgliedsländer sie noch nicht ratifiziert haben. Die Konvention sieht erleichterte Verfahren zur Auslieferung von Terroristen vor, die durch nationale Bestimmungen über „politische Verfolgung" und Praktiken des politischen Asyls in verschiedenen Mitgliedsländern geschützt sind.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Moskau verstärkt seine Truppen in Afghanistan

Widerstandskämpfer berichten über Massaker

DW. Islamabad

Die sowjetischen Besatzer in Afghanistan konzentrieren ihre Operationen offensichtlich auf das strategisch wichtige Panschir-Tal. Zusätzliche Fallschirmeinheiten und neues Kriegsmaterial kamen in den vergangenen Tagen direkt aus der UdSSR. An der Offensive gegen die afghanischen Widerstandskämpfer nahmen nach Informationen westlicher Diplomaten in Islamabad kaum afghanische Soldaten teil, ein mögliches Indiz dafür, daß die Truppen des Karmal-Regimes bei den Sowjets zunehmend als unzuverlässig eingestuft werden. Die Offensive gegen die Widerstandskämpfer, die bislang das Panschir-Tal beherrschten, war am 21. April eingeleitet worden.

Die sowjetischen Fallschirmjäger sprangen am 1. Mai etwa in der Mitte des 100 Kilometer langen Tals ab. Die Sowjets versuchen, nach den in Islamabad vorliegenden Berichten, auch das Tal von außen her abzuriegeln. Die Paß-Zugänge im Süden und ein Seitenzugang im Norden sollen jedoch immer noch offen sein. Wie es heißt, befindet sich der Anführer der afghanischen Widerstandskämpfer, die das Tal verteidigen, Ahmed Schah Massoud, außerhalb dieser Region. In den vergangenen Tagen war berichtet worden, die Sowjets hätten Massoud gefangengenommen.

Aus diplomatischen Kreisen in Neu-Delhi verlautete, den sowjetischen und afghanischen Truppen sei es gelungen, das Panschir-Tal zur Hälfte zu besetzen. Die Widerstandskämpfer hätten sich zumeist in Nebentäler zurückgezogen und größere Gefechte vermieden. Eine Einheit von 400 Freischärlern sei von sowjetischen Kampfhubschraubern auf offenem Gelände angegriffen worden. Dabei seien mehr als 200 der Widerstandskämpfer gefallen.

Freischärler berichteten auch wieder über Massaker der Sowjets unter der Zivilbevölkerung. So seien Ende März „mehrere hundert" Zivilpersonen in zwei nördlich von Kabul gelegenen Dörfern getötet worden. Einheiten der Roten Armee sollen die Dörfer mit Panzern und Gewehrschützen umstellt und dann von Hubschraubern aus bombardiert haben. Scharfschützen hätten fliehende Bewohner erschossen.

Westliche Diplomaten verfügen über Informationen, nach denen die Widerstandskämpfer in mehreren afghanischen Städten die Feiern zum 6. Jahrestag der „Kommunistischen Revolution" am 26. April erheblich gestört hätten. Es soll zu zahlreichen Toten und Verletzten gekommen sein. In Kandahar und Herat, Zentren des Widerstands, wurde von vornherein auf Kundgebungen zum Revolutionstag verzichtet.

In der Hauptstadt Kabul griffen Mudjaheddin in der vergangenen Woche die sowjetische Botschaft und die von den Sowjets als Kaserne genutzte Festung Bala Hissar mit Raketen an. Außerdem wurden mehrere Bomben gezündet.

Oppositioneller leitet die Warschauer Uni

Professor Szaniawski unterstützte „Solidarnosc"

DW./dpa. Warschau

Ein führender Oppositioneller ist zum Rektor der Universität Warschau gewählt worden. Das Lektorenkollegium der Hochschule stimmte mit großer Mehrheit für den Philosophen Klemens Szaniawski, der sich 1981 stark für die inzwischen verbotene Gewerkschaft „Solidarität" eingesetzt hatte. Professor Szaniawski war nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 zwei Tage interniert worden. Erst auf Bitten von Primas Kardinal Jozef Glemp wurde der Hochschullehrer freigelassen.

Möglicherweise wird das Warschauer Regime sein Veto gegen die Berufung Szaniawskis einlegen. Regierungssprecher Jerzy Urban ließ allerdings unmittelbar nach der Wahl offen, wie sich das Hochschulministerium verhalten wird. Der Minister, so Urban, habe drei Wochen Zeit dafür. Westliche Beobachter vermuten, daß die Behörden erst abwarten wollen, welche Stellvertreter der Rektor erhält.

Ärger hatte bei den Warschauer Behörden vor einigen Monaten bereits die Wahl des Senats der Universität der polnischen Hauptstadt bereitet. Anhänger der „Solidarität" haben dort die Mehrheit. Zum Senat wurde auch der ehemalige Sprecher der unabhängigen Gewerkschaft, Janusz Onyszkiewicz, gewählt. Seither wurde der Senat nicht mehr einberufen.

Gegenwärtig finden in allen polnischen Hochschulen Wahlen nach dem neuen Hochschulgesetz statt, das eine weitgehende Autonomie zusichert. Die Autonomie ist jedoch durch das Veto-Recht des Hochschulministers eingeschränkt. Nach offiziellen Angaben gehören von den bereits 30 gewählten Rektoren 16 der kommunistischen Partei an. Nur in einem Fall wurde bislang ein Veto eingelegt. Es betrifft die Wahl des Rektors in Posen, Professor Jerzy Fedorowski. In Krakau wurde der Historiker Professor Jozef Gierowski, der vor Verhängung des Kriegsrechts ebenfalls in der „Solidarität" engagiert war, wiedergewählt. Ihm hat Partei- und Regierungschef General Jaruzelski ausdrücklich gratuliert.

Das Warschauer Regime hat große Mühe, die „Solidaritäts"-Front der polnischen Akademiker, insbesondere der Hochschullehrer, zu brechen. Als 1982 fast alle in der Reformzeit des Jahres 1980 gewählten Rektoren und Prorektoren abgesetzt wurden, verblieb die Mehrzahl der gewählten Dekane und Institutsdirektoren im Amt. Auch dieser Personenkreis zeigte starke Sympathien für den Widerstand gegen das Regime. In der Zeit nach der Kriegsrechtsverhängung wurde zwar die Wiedereinführung obligatorischer ideologischer Fächer durchgesetzt, aber auf den Inhalt der Vorlesungen und Seminare konnten die Warschauer Behörden kaum Einfluß nehmen. Hinzu kommt, daß die auf Geheiß des Staates gelehrte Politökonomie bei den Studenten unbeliebt ist, weil sie mit der Wirklichkeit am wenigsten zu tun hat.

Weltraumrüstung wird in der NATO diskutiert

Genscher verabredete mit Shultz regelmäßige Abstimmung

PETER PHILIPPS, Bonn

Die USA sind offensichtlich bereit, die Fragen einer „Weltraumrüstung" frühzeitig und grundsätzlich innerhalb der westlichen Allianz zu diskutieren. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat jedenfalls nach seinem Washington-Besuch erklärt, daß er sich mit seinen amerikanischen Gesprächspartnern „auf regelmäßige Konsultationen zu diesem Thema geeinigt" habe, und hat damit zugleich indirekt gegenteiligen Berichten in der amerikanischen Presse widersprochen.

Wie es im Bonner Auswärtigen Amt dazu ergänzend hieß, sei eine „kontinuierliche Fortsetzung des von ihm jetzt begonnenen Konsultationsprozesses sowohl bilateral als auch im NATO-Rat" vereinbart worden. Genscher habe seinen Gesprächspartnern deutlich gemacht, daß „vitale europäische Sicherheitsinteressen betroffen" seien.

Der Bundesaußenminister hat darüberhinaus die Zusage der Regierung Reagan erhalten, auch mit den Sowjets das Gespräch über die geplanten Defensiv-Waffen im Weltraum zu suchen. Außenminister Shultz habe dazu gesagt, daß Washington bereits im vergangenen Jahr Moskau entsprechende Gespräche vorgeschlagen habe. Da die Antwort ausblieb, habe die US-Regierung ihr Angebot in jüngster Vergangenheit noch einmal erneuert. Zum Komplex der sogenannten Killer-Satelliten haben die Amerikaner allerdings eine Kontaktaufnahme mit den Sowjets zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. Denn man sei erst dann zu Verhandlungen bereit, wenn man einen verifizierbaren Vorschlag entwickelt habe, der die US-Sicherheitsinteressen berücksichtige. Genscher habe auch hier das Interesse an Gesprächen mit Moskau deutlich gemacht.

Genscher, der seinen Washington-Besuch ausdrücklich in engen Zusammenhang mit seiner bevorstehenden Moskau-Reise stellte, zugleich aber jede Funktion als „Zwischenträger" zwischen den Großmächten ablehnte, ist sich mit den Amerikanern darin einig gewesen, die langfristige West-Ost-Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu suchen. Man dürfe das Verhältnis nicht auf die Rüstungskontrollverhandlungen einengen, die „jetzt nicht stattfinden". Es dürfe aber, auch darüber hat in Washington Einigkeit geherrscht, keine „Prämie" für die Sowjets für die Rückkehr zu den Verhandlungstischen in Genf geben. Die westlichen Angebote lägen vor, und wenn Moskau komme, werde es einen „zu konstruktiven und ideenreichen Verhandlungen bereiten Westen vorfinden", sagte Genscher. Darüberhinaus sei geplant, mit einer politischen Erklärung der NATO-Frühjahrstagung in Washington das „Signal von Brüssel" an die Sowjetunion zu bekräftigen.

Seite 2: Informieren allemal

Tel Aviv weist Gerüchte über Waffenexport an Rebellen zurück

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nach den Worten des israelischen Staatssekretärs im Außenministerium, David Kimche, hat Israel keine Waffen an die Rebellen in Nicaragua geliefert. In einem Pressegespräch, in dem Kimche die Rüstungsindustrie und den Rüstungsexport Israels unter Hinweis auf die Notwendigkeit modernster Waffen verteidigte, betonte der Staatssekretär: „Die Gerüchte, daß wir Waffen an die Rebellen in Nicaragua liefern, sind unwahr." Das Thema sei auch bei seinem kürzlichen Besuch in den Vereinigten Staaten nicht angeschnitten worden. Kimche fuhr fort, daß Israel Rüstungsprodukte nur an legal konstituierte Regierungen liefere und seine Waffenexportpolitik nach ähnlichen Grundsätzen betreibe wie Frankreich, Großbritannien und Schweden.

Mit Blick auf die neue libanesische Regierung unter Führung von Rashid Karame erklärte Kimche, daß sie wenig Aussicht auf Stabilität habe. Schließlich sei sie in Damaskus und nicht in Beirut gegründet worden. Kimche: „Das ist eine Regierung mit alten Konflikten, nicht mit neuen Hoffnungen."

Weiterhin erklärte der Staatssekretär, daß Israel beabsichtige, seine Truppen aus dem gesamten Libanon zurückzuziehen, sobald die nötigen Sicherheitsmaßnahmen bestünden. Durch die einseitige Kündigung des mit Israel im vergangenen Jahr abgeschlossenen Vertrages habe Beirut das Recht verwirkt, den Rückzug israelischer Truppen zu fordern. Der Staatssekretär betonte, daß Tel Aviv erst dann seine Truppen zurückziehen würde, wenn die Regierung von der Gewährleistung der Sicherheitsinteressen überzeugt sei. Schließlich müsse die Rückkehr der Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in den Südlibanon verhindert werden. In diesem Zusammenhang erklärte Kimche, daß die südlibanesische Armee unter dem Befehl von Oberst Lachad, dem Nachfolger Major Haddads, „wertvolle Dienste leistet und sich als Bindeglied zwischen Israel und Libanon erweisen kann".

(SAD)

China legt für Hinrichtungen regelrecht Planziffern fest

Tausende sind Opfer dieser „Abschreckung" / Wirtschaftsverbrechen im Vordergrund

OSKAR WEGGEL, Hamburg

Kriminalstatistiken in China werden, soweit es sie überhaupt gibt, wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Wenn trotzdem manchmal Einzelheiten ins Ausland durchsickern, so hängt dies mit den Verfolgungskampagnen zusammen, die seit 1981 jeweils in den Frühjahrs- und Sommermonaten über China hinweggehen und von zahlreichen Hinrichtungen begleitet sind.

Zwei Gruppen von Verbrechen stehen vor allem im Visier der Strafjustiz, nämlich Gewalt- und Wirtschaftsstraftaten.

Diebstähle machen nach allem, was zu erfahren ist, den Löwenanteil aller Straftaten – rund 80 Prozent – aus. Etwa acht Prozent sind Gewaltverbrechen, nämlich Mord, Raubüberfall und Vergewaltigung (1982 waren es insgesamt rund 60 000 solcher Fälle). Täter sind in der Regel Arbeitslose, Strafentlassene oder aber illegal in die Städte zurückgekehrte Jugendliche. Nach der offiziellen Interpretation sind sie „Opfer der Viererbande" und des Einflusses „bürgerlichen Gedankenguts".

Kriminalität steigt an

Die Führung hat auf das Ansteigen der Gewaltkriminalität mit Verschärfung der Strafbestimmungen reagiert, mit Abkürzung der Prozeduren für die Bestätigung von Todesurteilen, sowie durch spektakuläre Massenverhaftungen und -hinrichtungen. Im Juli 1983 wurden in einem ZK-Dokument regelrechte Planziffern für Verhaftungen und Hinrichtungen festgelegt, womit Abschreckung demonstriert werden sollte. In der Tat setzte Mitte 1983 dann eine Hinrichtungswelle ein, die bis Mitte Oktober dauerte und der zwischen 3000 und 5000 Personen zum Opfer fielen.

Die zweite Gruppe umfaßt die sogenannten „Wirtschaftsverbrechen". Das allem Anschein nach am weitesten verbreitete Übel ist hier die Steuerhinterziehung von Seiten staatlicher oder kollektiver Betriebe – von den privaten Handels- und Handwerksgeschäften ganz zu schweigen. Seit die Betriebe anstelle der pauschalen Gewinnabführung nur mehr Steuern zahlen müssen, hat sich ein Abgrund aufgetan: 40 Prozent aller öffentlichen Betriebe Shanghais wurden bei Steuerhinterziehung ertappt – und dies, obwohl die Mitwisser in der Regel „dichthalten". Nach offizieller Schätzung wurden von Juni 1983 bis Anfang 1984 3,5 Milliarden Yuan (ungefähr 4,7 Milliarden Mark) hinterzogen – und dies bei Gesamteinnahmen von rund 125 Milliarden Yuan.

Regional, und zwar auf die südlichen Küstenprovinzen Guangdong, Zhejiang und Fujian begrenzt, ist das Schmuggelunwesen. Ganze Schiffsladungen (zumeist aus Hongkong und Taiwan) mit Armbanduhren, Radiorekordern, Nähmaschinen und Textilien wurden 1982/83 in die Volksrepublik verbracht – zumeist gegen Bezahlung in Silber.

Von 1980 bis Mitte 1981 sollen nach westlichen Schätzungen Silbermünzen im Werte von etwa 200 Millionen Pfund Sterling ins Ausland gegangen sein. Die Behörden des Kreises Jinfeng (Provinz Fujian) klagten, daß wegen gestiegener Schmuggelaktivitäten Bauern ihre Felder und Arbeiter ihre Werkbänke verließen und Schüler nicht zum Unterricht erschienen.

Einer der meistbekannten Korruptionsfälle ist die Geschichte des „Autokönigs von Anyang", der mit Unterstützung lokaler Kader (es waren insgesamt 95 Staatsfunktionäre!) zwei Großhandelsagenturen aufzog, dort 1980/81 rund 1300 Fahrzeuge umsetzte und den Gewinn von 1,6 Millionen Yuan mit seinen Helfern teilte.

Der Zwang des Systems

Nicht alle Wirtschaftsdelikte werden freilich von „Verbrechern" begangen. Vielmehr lädt das System selbst zu „Korrekturen" ein. Wird ein Betrieb durch die staatliche Wirtschaftsplanung zu einer bestimmten Produktionsleistung verpflichtet, erhält er aber, was häufig vorkommt, nicht die dazu erforderlichen Rohstoffe und Maschinen, so bleibt dem Management nur der Weg des „Organisierens" über einen „wirtschaftlichen Ersatzkreislauf": Nährboden für zahllose Wirtschaftdelikte!

Ein anderes Beispiel systemimmanenter „Sabotage": der volkseigene Abfallbeseitigungsbetrieb A erwartet aufgrund vertraglicher Abmachungen vom Produktionsbetrieb B jährlich 1000 Tonnen Schrott. Ein neues und tüchtigeres Management im B-Betrieb drosselt den Abfall jedoch auf 200 Tonnen. Als Folge muß B eine Vertragsstrafe für Abfall-Unternehmen leisten.

Die Führung steht hier vor einem mehrschichtigen Dilemma. Zum einen sind die wirklichen schwarzen Schafe von den Nottätern zu trennen. Zum anderen gilt es, dem Volk zwar zu demonstrieren, daß gegen Missetäter eingeschritten wird, das Kadersystem als Ganzes aber nicht in Mißkredit geraten zu lassen.

Immer mehr Schweden reichen Klage in Straßburg ein

Beschwerden reichen von Eigentumsrecht bis Kinderhaft / 240 Anzeigen im Jahre 1983

R. GATERMANN, Stockholm

Schweden bescherte der Welt das Wort Ombudsmann. Am bekanntesten dürfte der Justizombudsmann sein, der die Bürger vor Übergriffen der Obrigkeit schützen und ihre Interessen wahrnehmen soll. Schweden gilt vor allem im Ausland als ein Land mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn. Viele Schweden werden ihm nicht mehr uneingeschränkt zustimmen.

Ein Beweis dafür ist die in den vergangenen Jahren kräftig gestiegene Zahl der Klagebriefe, die bei der Europäischen Menschenrechtskommission eingegangen sind. Waren es 1980 nur 55 Anzeigen, so wurden 1983 bereits 240 registriert, womit Schweden hinter Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland auf den dritten Platz vorrückte. 1982 geschah zudem das Ungeheuerliche: Schweden wurde erstmals für schuldig befunden.

Erstmals verurteilt

Dieses Urteil war in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Schweden war als erstes nordeuropäisches Land verurteilt worden. Zudem war es in der dreißigjährigen Geschichte des Europäischen Gerichtshofes das erste Mal, daß die Europajuristen das Eigentumsrecht einer Privatperson gegenüber dem Staat verteidigten. In mehr als 20 Jahren hatte die Stadt Stockholm mit Hilfe ihres Enteignungsrechts und eines Bauverbots zwei Hauseigentümern die Möglichkeit genommen, ihren Besitz zu verkaufen, umzubauen oder gar nur die notwendigsten Erhaltungsarbeiten vorzunehmen.

Als die Verbote durch Änderung des Stadtplanes aufgehoben wurden, waren die Häuser verfallen, die Eigentümer forderten Schadensersatz, Stadt und Staat weigerten sich. In Straßburg bekamen die Privatpersonen Recht, auf den Schadensersatz warten sie allerdings immer noch, so daß sich die Geschädigten erneut an den Gerichtshof wandten. Unabhängige schwedische Juristen bezeichnen den Fall als peinlich und befürchten, daß auf Schwedens Ruf als Rechtsstaat ein neuer Schatten fällt.

Unter den übrigen Fällen, die in Straßburg anhängig sind – 15 befinden sich derzeit in der Verhandlungsphase – hat der des Schreiners Torsten Leander (32) bisher am meisten die schwedische Öffentlichkeit beschäftigt. Er wurde vor fünf Jahren vom Marinemuseum in Karlskrona angestellt, aber schon nach zehn Tagen wieder nach Hause geschickt. Begründung: Er sei ein Sicherheitsrisiko. Der Schreiner hat jedoch bisher nicht erfahren, warum er nicht akzeptabel war.

Einige andere in Straßburg vorliegende Fälle behandeln die Zwangsverwahrung von Kindern. Die fünftägige Inhaftierung eines zwölfjährigen Jungen, der ausgewiesen werden sollte – ein Beschluß, der später aufgehoben wurde –, sowie zwei andere Klagen gegen die Handhabung der schwedischen Ausländergesetze.

Allerdings befindet sich auch die Urbevölkerung Nordschwedens auf dem Weg nach Straßburg. Die Lappen beschäftigt derzeit zwei Fälle, in denen ihnen der Staat nach ihrer Ansicht den ihnen angestammten Lebensraum durch Gesetze oder Mißachtung bestehender Gesetze einschränkt. Sie beschreiten derzeit den schwedischen Rechtsweg. Verlieren sie, wollen sie sich an die Menschenrechtskommission wenden.

Großes Aufsehen erregte in Schweden im Herbst 1983 die von Ministerpräsident Olof Palme bei einem Besuch in Straßburg gemachte Bemerkung, der Europäische Gerichtshof sei eine Spielstube für Gustav Petrén. Er ist einer der höchsten Richter Schwedens und einstiger stellvertretender Justizombudsmann, außerdem Mitbegründer der schwedischen Bürgerrechtsbewegung und Mitglied der internationalen Juristenkommission.

In der Grauzone

Nach seiner Auffassung haben sich Gesetzgebung und Rechtsprechung in Schweden teilweise einer kritischen Grauzone genähert, und es wachse die Zahl der Fälle, die eine Klage in Straßburg rechtfertigen. Diese gelangen dort zunächst in die Hände von Erik Fribergh, einst Jurist in der schwedischen Staatsverwaltung.

Es fällt darüber hinaus auf, daß der Rechtschef des Stockholmer Außenministeriums, Hans Danilius, einmal in Straßburg als Verteidiger des schwedischen Staates auftritt, in anderen Fällen jedoch in derselben Institution zu Gericht sitzt. Wenn er demnächst diesen Posten verläßt, wird dieser von Hans Corell übernommen, dem zweithöchsten Juristen im Justizministerium Schwedens. Er wird sich in starkem Maße mit den Klagen schwedischer Bürger bei der Menschenrechts-Kommission zu befassen haben.

Riad: Tankerangriff unbeabsichtigt

rtr, Kuwait

Der Irak hat nach Ansicht des saudi-arabischen Ölministers, Scheich Ahmed Saki Yamani, den zu Beginn der Woche im Golf in Brand geschossenen saudi-arabischen Tanker „Al-Ahood" nicht mit Absicht angegriffen. Nach einer Meldung der kuwaitischen Nachrichtenagentur begründete der Ölminister das Versehen mit der Schwierigkeit des Piloten, die Nationalität eines Schiffes aus der Luft ausmachen zu können. Die „Al-Ahood" hatte an der iranischen Ölinsel Charg 140 000 Tonnen Rohöl geladen, als sie von einer Rakete getroffen wurde. Sie treibt seither als Totalverlust brennend im Golf. Nach bisher noch nicht bestätigten Berichten soll ein Besatzungsmitglied bei dem Beschuß getötet worden sein. Die übrige Crew war von einem griechischen Schiff aufgenommen worden.

Die irakische Nachrichtenagentur INA hatte unter Berufung auf einen offiziellen Sprecher den Angriff auf zwei Schiffe, die von Charg aus in See gestochen waren, bestätigt. Die Nachrichtenagentur erinnerte daran, daß die Schiffe in dem Gebiet angegriffen wurden, das von Bagdad im August 1982 zur militärischen Sperrzone erklärt worden war. Der Vorfall hat sich an fast derselben Stelle ereignet, an der vor knapp zwei Wochen der saudische Tanker „Safina al Arab" angegriffen worden war.

Im Zusammenhang mit dem Schiffsverkehr im Golf drohte der iranische Parlamentspräsident Rafsanjani indessen erneut die Schließung des Golfes und Kamikaze-Angriffe auf ausländische Schiffe an.

Ost und West lassen auf der KVAE vorsichtigen Optimismus erkennen

Moskau spricht von der Bereitschaft zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen

R. GATERMANN, Stockholm

Mit vorsichtigem Optimismus wurde auf der Stockholmer Konferenz zur Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) die etwas überraschende Vorlage des sowjetischen Verhandlungsdokuments kommentiert. Der amerikanische Chefdelegierte James Goodby erklärte, es gebe Anlaß, „auf bessere Zeiten zu hoffen". Am zweiten Tag der neuen Konferenzrunde gingen die Leiter beider deutscher Delegationen ans Rednerpult und fanden positive Ansätze zu konkreten Verhandlungen in dem gegen Ende der ersten Phase von den neutralen und allianzfreien Staaten (NN-Gruppe) vorgelegten Papier.

Die als leichte Öffnung der sowjetischen Verhandlungsposition gesehene Vorlage des Sechs-Punkte-Programms bezieht sich fast ausschließlich auf dessen letzten Absatz, in dem sich Moskau nach langer konsequenter Weigerung nun doch bereit erklärt, über militärisch-technische Aspekte der Vertrauensbildung zu diskutieren. Zwar genießen die politischen Vorschläge über einen Nicht-Angriffs-Pakt und Verzicht auf den nuklearen Erstschlag immer noch höchste Priorität, der sowjetische Delegationsleiter Oleg A. Grinevsky sprach allerdings später auch von der Möglichkeit paralleler politischer und militärisch-technischer Verhandlungen.

Auffallend waren unterschiedliche Formulierungen in der sowjetischen und ungarischen Rede. Während in dem Moskauer Papier die Militärblöcke überhaupt nicht erwähnt werden, sondern nur immer von den KVAE-Teilnehmerstaaten gesprochen wird, schlugen die Ungarn einen vom Warschauer Pakt und der NATO zu unterzeichnenden Gewaltverzicht vor. Dies irritierte vor allem Mitglieder der NN-Gruppe, die mit Hinweis auf das Madrider Mandat in Stockholm jede Verhandlung zwischen den Blöcken ablehnen.

Der Bonner Delegationsleiter Klaus Citron versicherte, die sowjetischen Vorschläge sorgfältig zu prüfen, „vor allem darauf, ob sie mit dem von uns allen in Madrid vereinbarten Mandat übereinstimmen". Mit der Aufforderung zum Gewaltverbot „rennt man bei uns offene Türen ein", aber, so Citron weiter, „eine allgemeine Diskussion des Gewaltverzichtprinzips kann und darf in Stockholm kein Ersatz für die Erarbeitung konkreter und nachprüfbarer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen sein".

Sprecher aus Ost und West sehen in den Vorschlägen der neutralen und nicht gebundenen Staaten Ansätze zu konkreten Verhandlungen. In der Rede von Klaus Citron wurden besonders die erweiterte Vorankündigung militärischer Aktivitäten mit entsprechender Verifikation erwähnt, die nach bundesdeutscher Auffassung alle Landaktivitäten außerhalb der Standorte von einer bestimmten Größe oder Struktur erfassen sollte. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, zu allen anzukündigenden Maßnahmen auch Beobachter einzuladen. Was bisher auf freiwilliger Basis geschehe, soll dann zur Pflicht werden. Laut Citron sollte es das Ziel dieser zweiten Verhandlungsphase sein, Arbeitsstrukturen zu finden, die eine klärende Erörterung der auf dem Tisch liegenden Vorschläge ermöglichen.

Der Ostberliner Delegationschef Günter Bühring nannte die Eröffnung der zweiten Phase mit der Vorlage des sowjetischen Programms verheißungsvoll. Er legte besonderes Gewicht auf den Verzicht des nuklearen Erstschlags, was dem ureigensten Sicherheitsbedürfnis seines Landes entspreche. Zum sowjetischen Dokument meinte er, es erhebe keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit, unter anderem gelte es nun, Notwendigkeit und Nützlichkeit militärisch-technischer vertrauensbildender Maßnahmen auszuloten.

Papandreou will auf dem Kongress der Pasok kein Risiko eingehen

Erster Parteitag der Sozialisten seit zehn Jahren / Verhaltene Kritik von links

E. ANTONAROS, Athen

Nach fast zehnjährigem Warten löst der griechische Sozialistenchef und Ministerpräsident Andreas Papandreou endlich ein Versprechen ein: In Athens olympischem Stadion beginnt heute der immer wieder verschobene erste Parteitag von Papandreous Pasok-Partei, die im September 1974, also nach dem Sturz des Obristenregimes, gegründet wurde und seit Oktober 1981 Griechenland mit einer bequemen Parlamentsmehrheit regiert.

Auf dem Parteitag, der zum größten Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden soll und darüber hinaus auch sonst nur wenig Ähnlichkeit mit Parteitagen in Westeuropa aufweist, soll Papandreou von den etwa 2500 Delegierten aus ganz Griechenland als Parteichef bestätigt werden.

In den Augen vieler politischer Beobachter in Athen ist es gewiß kein Zufall, daß Papandreou ausgerechnet diesen Zeitpunkt zur Abhaltung des seit Jahren angekündigten Parteitags gewählt hat. Zum einen steht Griechenland wegen der Europa-Wahlen im Juni, die inzwischen den Charakter eines wichtigen Popularitätstests angenommen haben, bereits mitten im Wahlkampf. Auf dem Parteitag will Papandreou daher den Parteifunktionären letzte Anweisungen für den Wahlkampf geben, der wegen der angeblich schwindenden Popularität der Sozialisten schwierig werden könnte. Andererseits soll der Parteitag den durch die Widersprüchlichkeit von Papandreous Politik irritierten Parteigängern signalisieren, daß die Partei nach wie vor präsent ist.

Ob kritische Stimmen während der viertägigen Beratungen überhaupt zum Ausdruck kommen, bleibt dahingestellt. Einige Genossen, die es gewagt hatten, den Parteivorstand zu kritisieren, sind bereits im Vorfeld aus der Partei ausgeschlossen worden. Außerdem haftet den Auswahlkriterien, die für die Delegierten aus den verschiedenen Landesbereichen angewandt wurden, nicht gerade der Charakter hellenistischer Logik an.

Fest steht auf jeden Fall, daß es innerhalb der Pasok zwei Gruppen von unzufriedenen Parteimitgliedern gibt: Die einen scharen sich um eine Gruppe von Parlamentariern, die sich, wenn auch vorwiegend im Stillen, über die Vernachlässigung der Fraktion durch Papandreou beklagen und die mächtige Rolle der Parteibosse bemängeln. Andererseits kritisieren die Mitglieder vieler Bezirksorganisationen die Regierung und insbesondere Papandreou von links. Sie werfen ihnen vor, wichtige Wahlversprechen, wie etwa den Austritt aus der NATO und der EG sowie die Schließung der US-Stützpunkte, nicht verwirklicht zu haben.

Die Bedeutung dieser Kritik darf wohl nicht überbewertet werden. Es gibt nicht die geringsten Zweifel daran, daß Papandreou fest im Sattel sitz. Echte Herausforderer gibt es nicht, nicht einmal Diadochen. Unliebsame Stimmen sind im Laufe der letzten Jahre von der Parteispitze gnadenlos zum Schweigen gebracht worden.

Dennoch will Papandreou offenbar nichts riskieren. Vermutlich aus diesem Grunde hat er bereits am Dienstag während einer Sitzung des Zentralkomitees der Sozialisten freimütig und unaufgefordert zugegeben, daß „Fehler gemacht worden sind". Durch diese Selbstkritik will er offenbar im vorhinein die mögliche Kritik entkräften. Ihm geht es darum, daß die Ergebnisse des Parteitages dem Durchschnittsgriechen einen Eindruck der Einmütigkeit vermitteln. Dies ist wohl auch die Erklärung dafür, daß die Presse nur am ersten Tag während Papandreous voraussichtlich dreistündiger Eröffnungsrede dabei sein darf. Alle anderen Beratungen und die Diskussionen in den Arbeitskreisen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. (SAD)

Hart siegt in Ohio und Indiana

AP, Washington

Im Rennen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten hat der vom früheren Vizepräsidenten Walter Mondale inzwischen weit überrundete Senator Gary Hart wieder etwas aufgeholt: Aus den Vorwahlen in Ohio und Indiana ging er als Sieger hervor. Mondale hingegen sicherte sich erwartungsgemäß in North Carolina und Maryland die meisten Delegiertenstimmen für den Nominierungsparteitag im Juli in San Francisco. Nach seinen Erfolgen kündigte Hart an, ein Ausscheiden aus dem Rennen sei „das letzte, was mir in den Sinn kommt". Vor den Wahlen hatte Mondale 1252 Delegierte hinter sich, Hart 738 und der dritte Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Jesse Jackson, 237. Für eine Kandidatur sind mindestens 1967 Delegiertenstimmen notwendig.

OLYMPIA-BOYKOTT / Interview mit Daume – Reaktion der Athleten – Größeres deutsches Team?

„Unheilvolle Fortsetzung von 1980“

Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland und 1980 ein entschiedener Gegner des Boykotts der Sommerspiele von Moskau, gab der Deutschen Presse-Agentur (dpa) folgendes Kurz-Interview.

Frage: Wie bewerten Sie die sowjetische Entscheidung, nicht an den Spielen teilzunehmen?

Daume: Die Entscheidung bedeutet einen schweren Schlag für die olympische Bewegung. Das, was 1980 mit dem westlichen Boykott der Moskauer Spiele begonnen hat, setzt sich nun unheilvoll fort. Die bevorstehenden Sommerspiele sind, wenn auch die übrigen Ostblock-Länder fehlen werden, sportlich nur noch die Hälfte wert.

Frage: Vor vier Jahren hat die *IOC-Spitze nach einhelliger* Meinung im Krisen-Management weitgehend versagt. Was kann das IOC noch tun?

Daume: Mein Rat an Präsident Samaranch ist, so schnell wie möglich zu einem persönlichen Gespräch nach Moskau zu fahren. Dort sollte er klären, ob es noch Möglichkeiten für eine sowjetische Teilnahme gibt. Die Türen scheinen noch nicht endgültig zugeschlagen. Darauf könnte der überraschend frühe Zeitpunkt des sowjetischen Boykott-Beschlusses hinweisen. Schließlich wollte das sowjetische NOK sein endgültiges Votum erst Ende Mai abgeben.

Frage: Welche Konsequenzen wird das NOK für Deutschland aus dem UdSSR-Boykott ziehen?

Daume: Wir werden alles tun, um den Olympischen Spielen zu helfen. Zwar ist es zunächst Sache der internationalen und nationalen Sportverbände, die reduzierten Felder aufzufüllen. Doch wir würden in den Mannschafts-Sportarten selbstverständlich Teams nachmelden, die bisher sportlich nicht qualifiziert waren.

Frage: Wird das NOK nunmehr auch die Endkampf-Chance als Kriterium für eine *Olympia-Qualifikation* neu definieren? Dies würde bedeuten, daß eine viel größere Olympia-Mannschaft nach Los Angeles geschickt werden könnte?

Daume: Über diesen wichtigen Punkt muß sich das NOK jetzt schnell Klarheit verschaffen. Meine Meinung ist, daß wir bei der endgültigen Nominierung die neue Situa*tion berücksichtigen müssen, das* heißt, Endkampf-Chance unter den gegebenen Umständen.

Frage: 1980 waren die Sportler die Leidtragenden des Boykotts. Das ist auch diesmal so. Der Boykott trifft die Boykotteure selbst immer am meisten. Wie schätzen Sie die Lage der Sportler ein?

Daume: Tatsächlich sind bei einem Boykott die Athleten immer die eigentlichen Verlierer. *Und er* trifft eben alle. Die großartigen Sportler aus der UdSSR haben nun jede Chance auf olympische Bewährung, auf die sie sich so intensiv vorbereitet haben, verloren. Und auch die Medaillen-Gewinner von Los Angeles können ihrer Erfolge nicht froh werden. Wenn die halbe Sportwelt fehlt, sind Siege auch nur die Hälfte wert.

Frage: Was halten Sie von der Wahrscheinlichkeit von Gegenspielen der Boykott-Länder in Sofia?

Daume: Man kann von diesem Vorhaben nur dringend abraten. Sollte es sie tatsächlich geben, so wäre dies eine zusätzliche Ohrfeige für die olympische Bewegung.

Bestürzung, Mitgefühl: „Historische Spiele in Los Angeles – die letzten“

DW, Bonn

Mit Bestürzung haben die amerikanischen und deutschen Sportler auf den Boykott der Olympischen Spiele durch die UdSSR reagiert. Alberto Salazar, Inhaber der Weltbestzeit im Marathonlauf, sieht sogar das Ende der Olympischen Spiele gekommen: „Das ist der Todesstoß für Olympia. Ich glaube, die Olympischen Spiele, wie wir sie kennen, werden zu Ende sein, wenn dieser Boykott durchgeführt wird." Auch Al Oerter, viermaliger Olympiasieger im Diskuswerfen von 1956 bis 1968, meinte, die Entscheidung sei ein harter Schlag für die Spiele: „Ich glaube, die Spiele werden lange brauchen, um sich von dieser Art politischen Unsinns zu erholen."

Besonderes Mitgefühl zeigte der amerikanische Schwimmer Jesse Vassallo für seinen Konkurrenten Wladimir Salnikow, den Weltrekordhalter über 800 und 1500 m: „Ich bin mit ihm zusammen geschwommen, ich habe mit ihm zusammen trainiert, und ich weiß, wie hart er gearbeitet hat, um sein Ziel zu erreichen. Ich habe gedacht, 'mein Gott, wie leer muß er sich jetzt fühlen'". Ähnlich äußerte sich Weitspringerin Carol Lewis, die Schwester von Goldmedaillenfavorit Carl Lewis: „Ich habe Mitgefühl mit den Sportlern der Ostblocks. Wir haben dasselbe 1980 durchgemacht. Wenn sie nicht kommen, sind es keine richtigen Olympischen Spiele".

Nur Frank Shorter, Marathonsieger von München 1972, hat noch Hoffnung, daß die UdSSR doch noch teilnimmt: „Sie haben noch nicht endgültig abgesagt. Sie haben nur festgestellt, daß sie unter den jetzigen Umständen nicht teilnehmen werden." Shorter meint, die UdSSR wolle lediglich Zugeständnisse erzwingen: „Das ist nur ein Eröffnungszug."

Der Frankfurter Schwimm-Weltrekordler Michael Groß hörte im Autoradio die Nachricht über den Olympia-Boykott und war nicht bereit, am Telefon Auskunft über seine Reaktion zu geben. „Er möchte nichts dazu sagen, weil er es erstmal verdauen muß", meinte sein Vater dazu, „es ist bedrückend und grotesk zugleich, wie machtlos alles ist". Michael Groß wäre zum zweitenmal von einem Boykott der UdSSR betroffen. Einen Tag vor den Schwimmentscheidungen in Moskau war Michael Groß in Kanada eine bessere Zeit geschwommen als der spätere schwedische Olympiasieger Arvidson.

Siegfried Wenz, Weltmeisterschaftsdritter im Zehnkampf: „Ich glaube, es würde nicht zum Boykott kommen, weil die Sowjets darauf angewiesen wären, ihre sportliche Stärke zu demonstrieren. Sie schneiden sich auf alle Fälle ins eigene Fleisch. Gegenspiele wären ein Witz. Es scheint immer schwieriger, einen krisensicheren Austragungsort für die Spiele zu finden."

Martin Knosp, Vize-Europameister im Ringen: „Meiner Meinung nach kommen jetzt nie mehr Olympische Spiele zustande. Für mich wäre es günstig, denn mein Hauptkonkurrent und Bezwinger der Europameisterschaften fällt jetzt weg."

Harald Hein, Mannschafts-Weltmeister im Florettfechten: „Für die Sportler tut es mir wahnsinnig leid. Für uns wäre es natürlich ein sportlicher Vorteil, wenn sie nicht kämen. 1980 hat auch keiner danach gefragt."

Helmuth Gertel, deutscher Amateurboxmeister im Bantamgewicht: „Die Absage der UdSSR interessiert mich überhaupt nicht. Wenn ich die Chance habe, eine Medaille zu gewinnen, ist es mir egal, ob der Ostblock teilnimmt oder nicht. Ich finde es sogar ganz gut, der Wert der Medaille würde damit nicht verlieren."

Christian Haas, deutscher Meister über 100 m: „Das ist für die westlichen Sportler ein gerechter Ausgleich für 1980, als sie keine olympischen Medaillen gewinnen konnten. Ich befürchte nicht, daß die olympische Idee ernsthaft in Gefahr ist. *Im Gegenteil:* sie wird sich gegen alle politischen Einflüsse durchsetzen."

Hartmut Weber, 400-m-Europameister: „Ich hätte wetten können, daß es zum Boykott kommt. Die Sowjets haben nur einen Vorwand gesucht, um sich für 1980 revanchieren zu können. Wenn sich die Politik weiter so stark *einmischt, können wir Olympia* vergessen."

Wolfgang Strödter, Hockey-Bundestrainer der Damen: „Wir haben mit der Gefahr des Boykotts gelebt. In Los Angeles gibt es vielleicht historische Spiele, nämlich die letzten. Der Sport hat sich wieder als das schwächste Glied der Kette erwiesen. Daß ein Boykott nichts bringt, sieht man an der unveränderten Situation Afghanistans."

Josef Neckermann, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe, sagte: „Die Arbeit der Stiftung Deutsche Sporthilfe wird von dem sowjetischen Boykott der Spiele von Los Angeles nicht berührt. So sehr ich wie alle Sportler das Fernbleiben der Spitzenathleten aus der UdSSR bedaure, so klar möchte ich feststellen, daß der internationale Sportverkehr weitergehen wird." Neckermann weiter: „Der Sport ist voll im Griff der Politik, und selbst das Internationale Olympische Komitee ist, wie sich zeigt, machtlos. Dem IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch haben also auch die vier Jahre Erfahrung, die er als Botschafter Spaniens zwischen 1976 und 1980 in Moskau *sammeln konnte, wenig genützt.*"

Das sind Reaktionen von Athleten der Bundesrepublik Deutschland, die zum Teil gute Aussichten haben, in Los Angeles eine Medaille zu gewinnen:

Peter Bouschen, deutscher Rekordhalter im Dreisprung: „Das ist doch vollkommener Blödsinn. Wenn man ein Jahr zuvor an einer Weltmeisterschaft teilnimmt und sich intensiv vorbereitet wie die Sowjets, kann man ein solches Verhalten nicht verstehen. Nun wird es in Los Angeles in meiner Disziplin nur einen halben Wettkampf geben. Mit ihrer Nichtteilnahme haben sich die Sowjets ihrer moralischen Chance beraubt, der USA eine Ohrfeige für ihren Boykott von 1980 zu verpassen."

Stefan Pfeiffer, deutscher Rekordhalter über 1500-m-Freistil: „Durch die sowjetische Absage vergrößern sich zwar meine individuellen Chancen, aber man kann doch nicht übersehen, daß das Niveau der Spiele insgesamt sinkt."

Fredy Schmidtke, Ex-Weltmeister im 1000-m-Zeitfahren: „Mir wäre es lieber gewesen, wenn die starken Sowjets in Los Angeles dabei wären. Trotzdem hätte für mich eine Medaille den gleichen Wert – ob mit oder ohne UdSSR."

Michael Beckereit, Aktivensprecher im Deutschen Sportbund: „Ich könnte mir vorstellen, daß man nun erneut darüber nachdenken muß, ob die Olympischen Spiele dadurch zu retten sind, daß sie vielleicht doch ständig an einem neutralen Ort, etwa Athen, durchgeführt werden."



Betretene Gesichter: IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch (links) und Organisationschef Peter Ueberroth. FOTO: AP

„Die Mannschaft nicht aufblähen“

DW, Bonn

Bereits am Samstag wird sich das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) während einer Sitzung in Berlin mit der neuen Lage nach dem von der Sowjetunion erklärten Boykott der Sommerspiele von Los Angeles befassen. Dabei geht es auch um die Auswirkungen auf die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland. Heinz Fallak, Vorsitzender des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), sagt: „Das NOK muß möglicherweise seine Vorgaben für die Olympia-Nominierung etwas ändern und die sogenannte Endkampf-Chance neu definieren."

Etwa 315 Athleten wollte das NOK nach Los Angeles entsenden – werden es jetzt mehr? Walther Tröger, Generalsekretär des NOK, sagt in einer ersten Stellungnahme: „Unsere Olympiamannschaft wird statt der vorgesehenen 315 Aktiven jetzt nicht 400 umfassen. Sie wird nicht aufgebläht. Es wäre ganz schlimm, wenn unsere Olympia-Mannschaft jetzt über die Maßen ausgeweitet werden und unser Team dann zahlenmäßig an die Stelle der UdSSR stehen würde." Die UdSSR hatte ursprünglich die quantitativ größte Olympia-Mannschaft aller Länder – etwa 380 Athleten – nach Los Angeles schikken wollen.

Das Kriterium der Endkampf-Chance für die Nominierung deutscher Athleten könnte in den Sportarten großzügiger ausgelegt werden, die von der Sowjetunion dominiert werden: Ringen, Gewichtheben, Kanu, Rudern, Boxen, Turnen und Gymnastik. So sagt jetzt zum Beispiel Peter Hussing, der die Qualifikation im Turnier der Superschwergewichts-Boxer nicht erreicht hat: „Ich halte mich bereit."

Eine neue Situation ergibt sich vor allem in den Mannschaftssportarten. Das Handball-Team der Bundesrepublik ist vom internationalen Verband offiziell als Ersatzmannschaft Nummer eins für die Sommerspiele nominiert worden, nachdem es bei der B-Weltmeisterschaft (gleichzeitig Qualifikations-Turnier) hinter Ungarn und der Tschechoslowakei den dritten Platz belegt hatte. Bernhard Thiele, der Präsident des deutschen Handball-Bundes, präsentierte nur wenige Stunden nach der sowjetischen Boykotterklärung einen Alternativplan, in dem die Teilnahme der Männer- und Frauenteams aus der Bundesrepublik einkalkuliert ist. Als Sprecher der westeuropäischen Verbände will Thiele heute die Lage mit dem Schweden Curt Wadmark, Präsident des internationalen Verbandes erörtern. Grundlage der Gespräche ist die Kalkulation, daß die UdSSR, Polen, *Ungarn die CSSR und die „DDR“* nicht, die Rumänen jedoch teilnehmen. Nach Thieles Plänen würde das Teilnehmerfeld in Los Angeles so aussehen: Rumänien, Jugoslawien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Schweiz, Spanien, Island, Japan und Algerien. Für einen möglichen Verzicht von Kuba stünde Kanada die Teilnahme zu, die USA sind als Veranstalterland automatisch qualifiziert.

Ähnliche Probleme gibt es im Volleyball und im Fußball. Al Monaco, der Generalsekretär des Volleyball-Verbandes der USA: „Falls der komplette Ostblock boykottiert, rücken außer Südkorea für die UdSSR noch die Bundesrepublik Deutschland für die „DDR“ und Kanada für Kuba nach." Der Schweizer Sepp Blatter, Generalsekretär des internationalen Fußball-Verbandes: „Wir denken effektiv daran, in der Zukunft auf Olympia zu verzichten. In Los Angeles wird wahrscheinlich das letzte Fußballturnier stattfinden." Betroffen wäre das Turnier vom Rückzug der UdSSR, der „DDR“ und von Titelverteidiger CSSR. Der internationale Verband müßte in diesem Falle Ersatzländer benennen, möglich wäre auch eine Teilnahme der gegen Frankreich ausgeschiedenen Bundesrepublik. Nach Ansicht Blatters hat der Boykott auch Auswirkungen auf die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 1990 in der nächsten Woche in Frankreich. Blatter: „Man wirbt nicht um Kredit, wenn man auf einen Wettbewerb verzichtet und einen anderen Wettbewerb ausrichten will." Die Sowjetunion hat sich neben Italien um die Ausrichtung der WM beworben.

Beim Internationalen Basketball-Verband war gestern noch keine offizielle Absage der UdSSR für das Qualifikations-Turnier in Frankreich eingegangen, bei dem sich vom 15. bis zum 25. Mai auch das Team der Bundesrepublik um einen Platz im olympischen Turnier bewirbt.

Reagens Garantie, Ueberroths Irrtum – Chronologie der Moskauer Absage

19. Juli 1980: Bei der Eröffnung der XXII. Olympischen Spiele marschieren nur 81 Länder in das Moskauer Leninstadion ein. US-Präsident Jimmy Carter hatte zum Boykott der ersten Sommerspiele in einem sozialistischen Land wegen der Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan aufgerufen. Neben den USA und der Bundesrepublik Deutschland bleiben weitere 34 Länder den Spielen fern.

27. Mai 1982: US-Präsident Ronald Reagan stellt in einer vom Organisationskomitee der Olympischen Spiele in Los Angeles (LAOOC) an das IOC übergebenen Erklärung fest: „Es ist mir eine Freude, die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles im Namen des amerikanischen Volkes willkommen zu heißen und festzustellen, daß die Olympische Charta befolgt wird."

14. September 1983: Beide Kammern des kalifornischen Parlaments fordern den Ausschluß der Sowjetunion von den Sommerspielen in Los Angeles wegen des Abschusses einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch sowjetische Abfangjäger.

28. September 1983: Bei einer Konferenz der in den kommunistischen Ländern für den Sport Verantwortlichen bereitet der sowjetische Sportminister und Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der UdSSR, Marat Gramow, die Teilnehmer auf die Möglichkeit eines sowjetischen Fernbleibens von den Los Angeles-Spielen vor.

7. November 1983: Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, erklärt in Paris, alle Ostblock-Länder werden in Los Angeles teilnehmen, wenn „die Olympische Charta respektiert wird".

19. November 1983: Das amerikanische Repräsentanten-Haus verabschiedet auf Wunsch des IOC eine Resolution, in der die Einhaltung der Olympischen Regeln garantiert und alle Teilnehmer in Los Angeles willkommen geheißen werden.

7. Dezember 1983: Nach einem siebentägigen Besuch in der Olympiastadt Los Angeles erklärt Gramow: „Die Einstellung der Sowjetunion zu den Spielen in Los Angeles ist grundsätzlich positiv. Für eine Nichtteilnahme liegen keine Gründe vor."

26. Januar 1984: Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" wirft dem amerikanischen Bundeskriminalamt FBI vor, in Los Angeles eine „Atmosphäre der Verdächtigung und Spionage-Manie" zu schaffen.

2. März 1984: Das amerikanische Außenministerium verweigert dem sowjetischen Olympia-Attaché Oleg Jermischkin ein Einreisevisum. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärt, man habe „sichere Informationen", daß Jermischkin ein „KGB-Agent von ziemlich hohem Rang" sei.

16. März 1984: Die US-Regierung erklärt, daß die sowjetischen Luftfahrt-Gesellschaft Aeroflot und das Passagier-Schiff „Gruzia" für die Sommerspiele volle Lande- bzw. Anlegerechte erhält.

5. April 1984: Mit der Forderung nach einer IOC-Sondersitzung und der Anklage, daß die USA gegen die von Präsident Reagan schriftlich abgegebene Garantie-Erklärung auf Einhaltung der Olympischen Regeln verstoßen haben, verstärkt die Sowjetunion den Druck auf die amerikanischen Olympia-Organisatoren.

6. April 1984: Führende Vertreter der Ostblock-NOKs erörtern in Moskau die Lage. Ergebnisse werden nicht bekannt. Die Sowjets sagen die Teilnahme an vorolympischen Wettkämpfen im Schießen und Boxen ab.

16. April 1984: Gramow erklärt in Moskau: „Wir denken nicht an einen Boykott. Wir wünschen nur die genaue Einhaltung der Olympischen Charta."

19. April 1984: Eine Organisation „Schließt die Sowjets aus", der 160 Gruppierungen von überwiegend UdSSR-Emigranten angehören, erklärt in Los Angeles: „Wir werden den Russen die Teilnahme so ungemütlich wie möglich machen."

24. April 1984: In einer Krisensitzung des IOC wollen Samaranch, Gramow und LAOOC-Präsident Peter Ueberroth den sowjetisch-amerikanischen Konflikt um die Sommerspiele von Los Angeles bereinigen. Gramow sagt nach dem Treffen: „Wir sind einen Schritt weitergekommen. Doch weitere Gespräche sind nötig, um die Probleme zu lösen". Samaranch erklärt: „Die dunklen Wolken sind verschwunden oder im Verschwinden begriffen". Wenige Stunden zuvor fordert der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko den IOC-Präsidenten auf, nach Moskau zu kommen, um über die sowjetischen Vorwürfe gegenüber den Olympia-Gastgebern zu sprechen.

26. April 1984: Ueberroth erklärt nach seiner Rückkehr aus Lausanne: „Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, daß die UdSSR ihre Athleten nach Los Angeles schicken wird." Rumänien will, wie in Wien bekannt wird, nach dem Stand der Dinge „bis zum heutigen Tag" an den Spielen teilnehmen, „auch wenn andere sie boykottieren".

30. April 1984: Pläne für Alternativ-Spiele in der bulgarischen Hauptstadt Sofia im Falle eines Ostblock-Boykotts werden bekannt. Nach den von Sportfunktionären kommunistischer Länder stammenden Informationen liegen in Moskau bereits komplette Terminpläne für eine solche Veranstaltung vor.

1. Mai 1984: Gramow betont erneut, daß das NOK der Sowjetunion bei seiner Vollversammlung am 25. Mai über eine Teilnahme an den Spielen entscheiden wird.

8. Mai 1984: Das NOK der Sowjetunion beschließt, daß die UdSSR den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles fernbleibt.

SPORT-NACHRICHTEN

Stuttgart: Zusatzeinnahme

Stuttgart (sid) – Das wahrscheinlich entscheidende Spiel um die deutsche Fußball-Meisterschaft 1984 zwischen dem VfB Stuttgart und dem Hamburger SV am 26. Mai wollen die Gastgeber zu einer Zusatzeinnahme *nutzen*. Das Spiel wird direkt in die benachbarte Hanns-Martin-Schleyer-Halle auf eine Großleinwand übertragen. Bei einer ausverkauften Halle mit 7500 Zuschauern bei einem Eintrittspreis von 18 Mark beträgt die Einnahme 135 000 Mark.

Nürnberg – Magdeburg

Frankfurt (dpa) – Deutsch-deutscher Fußballvergleich im Internationalen Fußball-Cup (IFC): Mit „DDR"-Meister 1. FC Magdeburg erhielt Bundesliga-Absteiger 1. FC Nürnberg bei der Auslosung für den IFC-Cup ab 30. Juni den attraktivsten Gegner der vier beteiligten Bundesligaklubs Mönchengladbach, Düsseldorf und Braunschweig.

Sieg für Weltmeister Koof

Mannheim (sid) – Weltmeister Norbert Koof (Willich) gewann auf Fire den *Großen Preis der Stadt Mannheim*. Koof blieb im Stechen in 36,2 Sekunden als einziger Reiter fehlerfrei. Platz zwei belegte Peter Luther (Wedel) auf Livius (3/48,7) und Franke Slothaak (Diepholz) auf Golan (4/33,5).

Navratilovas Einnahmen

New York (sid) – Seit Beginn des Jahres 1984 verdiente Martina Navratilova (USA), beste Tennisspielerin der Welt, an Preisgeldern bereits umgerechnet 1 279 356 Mark. Dahinter folgen im Abstand Hana Mandlikova (CSSR) mit 825 206 DM und Pam Shriver (USA) mit 643 992 Mark. Sylvia Hanika (Rot-Weiß Berlin) kassierte als 19. 128 992 Mark.

Orofino verletzt

Köln (kgö) – Deutschlands dreifacher Galopper des Jahres, Orofino, kann den geplanten Start am Samstag im Grand Prix von Evry bei Paris nicht absolvieren. Der Hengst trat beim Training in einen Nagel.

Rumänien siegte 1:0

Nantes (sid) – Bundestrainer Jupp Derwall sah beim 1:0-Sieg der rumänischen Fußball-Nationalmannschaft in Nantes gegen den französischen *Erstliga-Verein nur eine schwache* Leistung des deutschen Gegners bei der Europameisterschaft.

ZAHLEN

SEGELN

Internationale Deutsche Meisterschaften, interne Olympia-Qualifikation des Deutschen Segler-Verbandes, vor Kiel, Tornados: Endstand nach vier Wettfahrten: 1. van Bladel/Lambriex (Holland) 25,7 Punkte, . . 5. Kaphengst/Böse 44, . . 9. Spengler/Jentsch 78,7, . . 11. Neuhann/Wolf 85,7. DSV-Olympia-Qualifikation: 1. Kaphengst/Böse 204 Punkte, 2. Neuhann/Wolf 240. – Starboot-Klasse, Endstand nach vier Wettfahrten: 1. Goutestegui/Doreste (Spanien) 33,7, 2. Griese/Marcour 44,7, . . 5. Hagen/Hösch 56 (alle Deutschland). – DSV-Olympia-Qualifikation: 1. Griese/Marcour 170, 2. Hagen/Hösch 222,4.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Deutschland in Hamburg, 1. Runde: Westphal (Deutschland) – Szozil (CSSR) 6:3, 6:4, Becker (Deutschland) – Casal (Spanien) 6:3, 6:7, 6:1.

HANDBALL

DHB-Pokal der Männer, Achtelfinal-Nachholspiel: Hameln – Leutershausen 20:17 (7:8).

HOCKEY

Europameisterschaft der Damen in Lille/Frankreich: Gruppe B: vierter Spieltag: Spanien – CSSR 1:0, England – Irland 1:0, Frankreich – Deutschland 0:7.

RADSPORT

„4 Tage von Dünkirchen" für Profis. Prolog (7,2 km): 1. Yates (England) 9:02,60 Minuten, 2. Vanderaerden (Belgien) 3,58 Sek. zur., 3. Hinault (Frankreich) 9,83 Sek., . . . 9. Braun (Deutschland) 24,90 Sek.

FUSSBALL / München nach 3:2 über Schalke 04 im DFB-Pokalfinale

Zwei Rummenigge-Tore – was sind die Bayern ohne ihren Star wert?

DW, München/Anderlecht

Bis zehn Minuten vor Schluß sah es wieder nach einer Verlängerung aus, dann aber erzielte Karl-Heinz Rummenigge das 3:2 im Wiederholungsspiel gegen Schalke 04 um den Einzug ins DFB-Pokalfinale. Gegner des FC Bayern München am 31.Mai im Frankfurter Waldstadion wird Borussia Mönchengladbach sein. Die Spannung des ersten Spiels (6:6) kam nur kurz auf, als die Schalker Jacobs (50.) und Opitz (72.) den Münchner 2:0-Vorsprung ausgleichen konnten. Im *ersten Finale des UEFA-Pokals* schaffte der englische Vertreter Tottenham Hotspur durch ein 1:1 beim RSC Anderlecht eine gute Ausgangsbasis für das Rückspiel am 23. Mai in London. Vor dem Spiel kam es zu Ausschreitungen englischer Fans. Ein irischer Fan wurde bei einer Schießerei in Brüssel erschosen.Die Erwartungen für das Wiederholungsspiel waren sehr groß, doch es gehörte schon viel blauäugig dazu, zu *glauben, der Pokal-Krimi vom letzten* Mittwoch sei ebenfalls wiederholbar. Ausgesprochen langweilig ging es sogar in den ersten 45 Minuten zu. Schalke, zuerst einmal darauf bedacht, den ersten Ansturm der Bayern abzuwehren, beschränkte sich zunächst auf Konter und sicherte die eigene Abwehr. Damit kamen die Bayern ünerhaupt nicht zurecht. Außer Rück- und Querpässen fiel ihnen nicht gerade viel ein. Schon sehr früh pfiffen die 45 000 Zuschauer angesichts der Hilflosigkeit die eigene Mannschaft aus.

In der 32.Minute dann doch die Bayern-Führung. Karl-Heinz Rummenigge erwischte noch einen Steilpaß von Sören Lerby und zog den Ball mit dem linken Fuß an Walter Junghans vorbei ins lange Eck. Nur zwei Minuten später schon hätten die Bayern ihren Vorsprung ausbauen können, aber Mittelstürmer Dioeter Hoeneß schaffte es, mit einem Kopfball aus fünf Metern Entfernung das leere Tor zu verfehlen. Eine Minute vor der Pause aber reagierte der Bayern-Mittelstürmer am schnelll*sten. Karl-Heinz Rummenigge lupfte* den Ball bei einem Freistoß aus den Stand über die Schalker Abwehr, nur Hoeneß hatte geahnt, daß Rummenigge den Freistoß schnell ausführen würde, war gestartet und erzielte die 2:0-Pausenführung.Schon 24 Stunden vor dem UEFA-Pokalfinale zwischen Anderlecht und Tottenham Hotspur meldete der Brüsseler Polizei einen Toten und zahlreiche Krawalle. In der Nacht zum Mittwoch wurde der 18 Jahre alte Ire Brian Fallaghan von einem 32 Jahre alten Barbesitzer erschossen, nachdem er mit einer Gruppe von Tottenham-Fans in der Bar des Brüsseler Vergnügungsviertels randaliert hatte. Der Ire aus dem Nordwesten Londons starb eine Stunde nach den Schüssen in einem Brüsseler Krankenhaus. Der Barbesitzer Albert Neuckermans, der fünf Schüsse auf die Randalierer abgegeben haben soll, wurde festgenommen.

Mehr als ein Dutzend Verletzte und fast 50 Festnahmen - so lautete die düstere Bilanz der Polizei dann kurz vor dem Spiel. Nachmittags hatten *bereits zumeist angetrunkene* englische Fans in Gaststätten und Geschäften randaliert und dabei Sach- und Personenschäden angerichtet.

STAND ● PUNKT

Lustverlust

Kaum faßbar, aber wahr: Bei der Europameisterschaft in Frankreich sollen Spieler, die zu ausgelassen einen Torerfolg feiern, eine gelbe Karte bekommen. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wird diesen Unfug übernehmen – wen wundert's? Sie wollen also allen Ernstes in Zeiten, in denen es ohnehin nicht viel zu lachen gibt, Gefühlsausbrüche unterdrükken. Die Spiele werden verzögert, die Gegner irritiert und die Zuschauer provoziert, glaubt Schiedsrichter-Boß Johannes Malka. Eines Tages werden sie noch das Klatschen und Pfeifen reglementieren, und wer eine Tüte Bonbons zu laut öffnet, der muß einmal zur Strafe ums Stadion laufen. In der Oper soll und muß es ruhig zugehen, aber nicht in einem Fußball-Stadion. Gefühle müssen ausgelebt werden, gerade bei einem Torerfolg. Denn worüber kann man sich mehr freuen? Ein Erfolg des Fußballs besteht darin, daß die Regeln recht unkompliziert sind, jede weitere Bestimmung nimmt den Reiz. Jubel und Freude verbieten, kann tatsächlich *nur dem in den Sinn kommen*, der beides längst verlernt hat. Darunter aber sollen andere nicht leiden müssen.

DW.

Die Olympischen Spiele sollen „in jedem Fall stattfinden“

WELT-Interview mit Minister Zimmermann / Begründung Moskaus nicht stichhaltig

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist der Auffassung, daß die Olympischen Spiele in Los Angeles auch nach der Absage der Sowjetunion „in jedem Fall“ stattfinden sollten. Eine Absage der Sommerspiele wäre das Ende der olympischen Idee, sagte der auch für Sport zuständige Minister in einem WELT-Interview. Die von Moskau vorgebrachte Begründung für die Absage, die Sicherheit seiner Sportler sei beeinträchtigt, ist nach Auffassung Zimmermanns nicht stichhaltig. Mit dem Bundesinnenminister sprach Manfred Schell.

WELT: Die Sowjetunion hat aus offensichtlich politischen Gründen ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen 1984 abgesagt. Sind Sie der Meinung, daß damit die olympische Idee zerstört wird?

Zimmermann: Die Absage der Sowjetunion ist zweifellos eine schwerwiegende Beeinträchtigung dieser Olympiade. Aber die Idee selbst kann dadurch nicht zerstört werden. Ich bin überzeugt, daß der olympische Gedanke weiterleben wird, weil Millionen Menschen in der ganzen Welt dahinterstehen. Noch wissen wir zu wenig über die wirklichen Gründe der angekündigten Absage. Es ist jetzt die Aufgabe des Internationalen Olympischen Komitees, die Sowjetunion vielleicht doch noch umzustimmen. Dazu könnten auch diplomatische Vermittlungen beitragen.

WELT: Moskau schiebt Gründe der Sicherheit seiner Mannschaft vor. Was sind Ihrer Meinung nach die wirklichen Motive?

Zimmermann: Der Bundesregierung liegt die Sicherheit der Sportler und damit auch der deutschen Mannschaft insbesondere nach den schrecklichen Erfahrungen der Olympischen Spiele von 1972 in München ebenso am Herzen wie der Sowjetunion. Die Organisation und die USA sind aber sehr wohl in der Lage, diese Sicherheit zu gewährleisten. Sollte es dabei im Vorfeld der Spiele noch offene Fragen geben, so wäre genug Zeit, bis zur Eröffnung darüber noch zu verhandeln. Bei begründeten Zweifeln hätte der IOC-Präsident Samaranch dies bei seinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan angesprochen. Über andere Motive der sowjetischen Absage möchte ich jetzt nicht spekulieren, damit mögliche Wege der Umkehr nicht versperrt werden.

WELT: Ist das die Retourkutsche für den Olympiaboykott in Moskau nach dem Überfall auf Afghanistan?

Zimmermann: Man muß den Eindruck haben, daß dies einer der möglichen Gründe für die Absage ist.

WELT: Sind Sie der Meinung, daß die Olympischen Spiele in Los Angeles in jedem Fall abgehalten werden sollten, auch dann, wenn mit der Sowjetunion die meisten anderen Ostblockstaaten fernbleiben sollten?

Zimmermann: Die Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles sollten in jedem Fall stattfinden. Die Nichtentsendung starker Mannschaften ist zwar bedauerlich, aber eine Absage der Spiele wäre nun wirklich das Ende der Olympischen Idee. Dies kann niemand wollen.

WELT: Wie es heißt, bereitet der Ostblock Gegenspiele in Sofia vor. Was halten Sie davon?

Zimmermann: Es ist zu erwarten, daß die Sowjetunion ihren Sportlern, die sich jahrelang auf den Tag X vorbereitet haben, eine Möglichkeit des sportlichen Wettkampfes geben wird. Dies mag zwar im Interesse der Sportler liegen, widerspricht aber der olympischen Idee. Das IOC wird sich darum bemühen müssen, ein Auseinanderdriften des internationalen Sports zu verhindern.

Libyen: Zusammenstöße eingestanden

DW. Paris

Die libyschen Massenmedien haben am Dienstag abend versucht, die blutigen Zusammenstöße vom Vormittag beim Hauptquartier des Revolutionsführers Khadhafi herunterzuspielen. Die staatliche libysche Nachrichtenagentur Jana meldete, „Terroristen“ hätten in einem Gebäude in Tripolis Frauen und Kinder als Geiseln genommen. Revolutionäre Kommandos hätten sie angesichts ihrer Weigerung, den Kampf aufzugeben, „töten müssen“. Sudan und Großbritannien hätten die Terroristenkommandos ausgebildet und bewaffnet. Bei den Erschossenen seien Listen von Komplizen gefunden worden, die zum Teil verhaftet worden seien. Der Revolutionsführer erfreut sich guter Gesundheit.

Das libysche Fernsehen zeigte fünf von Kugeln durchsiebte Leichen, bei denen es sich um „Terroristen“ handeln sollte. Nach Angaben von Diplomaten war das Khadhafi-Hauptquartier in der Azizia-Kaserne das Ziel der Angreifer, die über automatische Waffen und Raketenwerfer verfügten. Beim Gegenangriff der Revolutionären Kommandos hätten sich die Angreifer in ein 900 Meter von der Kaserne entferntes Gebäude zurückgezogen. Es seien Kanonenschüsse abgefeuert worden, was auf ein Eingreifen der vor der Kaserne postierten Panzer schließen lasse.

Nur beiläufig erwähnen die sowjetischen Medien die Absage

Das „Njet“ zu Los Angeles überrascht viele Bürger der UdSSR / „Sehr schade“

F. H. NEUMANN/dpa, Moskau

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug bei der sowjetischen Bevölkerung die Nachricht ein, daß sich die Sportler des Landes nicht an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles beteiligen werden. Viele erfuhren von der Absage des sowjetischen NOK erst im Laufe des gestrigen arbeitsfreien Tages, an dem die deutsche Kapitulation vor 39 Jahren wie stets als „Siegestag“ gefeiert wurde. Denn die Entscheidung war am Dienstag abend beiläufig erst am Ende der halbstündigen Fernsehnachrichten mitgeteilt worden, als sei sie eine beliebige Sportnachricht.

Auch die Zeitungen druckten die unscheinbare „Erklärung des Nationalen Olympischen Komitees der UdSSR“ gestern nur auf ihrer letzten Seite ab. Eine Welle von Kommentaren, in denen die Beschuldigungen der vergangenen Wochen gegen die Organisatoren der Spiele und die amerikanische Regierung wiederholt werden, wird sich noch anschließen. Denn die Bevölkerung hat sie kaum zur Kenntnis oder nicht ernst genommen. „Wir werden schon dabei sein“, war bis zum Dienstag die einhellige Auffassung.

Die schwache propagandistische Vorbereitung der Absage ließ die Menschen nun aus allen Wolken fallen. Mit Bedauern und Enttäuschung reagierten die meisten Befragten, wenn auch in Moskau Passanten anzutreffen waren, die gegenüber Ausländern ihre Disziplin herauskehrten und sofort ihre volle Zustimmung äußerten. Nicht selten wurde die negative Entscheidung mit dem Boykott der Spiele 1980 in Moskau durch westliche Länder in Verbindung gebracht, den „die USA erzwungen“ hätten. Dennoch überwog die Einschätzung, da es „sehr schade“ sei, wenn man sich jetzt nicht beteilige.

Eine Gruppe von Studenten, beim morgendlichen Jogging auf den Leninhügeln aufgehalten, verwies auf den moralischen Gewinn, den die Teilnahme gerade wegen des vorausgegangenen Boykotts gebracht hätte. „Vom Sportlichen ganz abgesehen, denn wir haben doch sehr gute Athleten“.

„Es ist sehr schade, daß unsere Athleten jetzt doch nicht nach Los Angeles fahren“, äußerten viele Passanten in der Moskauer Innenstadt am Mittwoch morgen spontan auf Fragen. „Bei uns im Fernsehen wird nun wohl gar nichts über die Spiele zu sehen sein“, bedauerte ein Arbeiter, der im Trainingsanzug einkaufen ging. Viele sportbegeisterte Sowjetbürger hatten ihre Fernsehsessel doch schon für das große Sportereignis bereitgestellt und auf einen friedlichen Ausgang des olympischen Streits gehofft.

Die meisten der befragten Passanten glauben nicht, daß die Entscheidung noch revidiert werden wird. „Das ist endgültig.“

Das sowjetische NOK berief sich auf seine Erklärung an das IOC vom 10. April, in der es bereits seine „ernsthafte Besorgnis über die groben Verstöße gegen die Regeln der olympischen Charta durch die Organisatoren der Spiele“ zum Ausdruck gebracht habe. Die Berechtigung und Stichhaltigkeit dieser Haltung sei vom IOC anerkannt worden. Dessen ungeachtet habe sich die Regierung der USA weiterhin auf das Gröbste in die Angelegenheiten eingemischt, für die allein die Organisatoren von Los Angeles zuständig seien. Ohne den Vorwurf zu wiederholen, spielte das vom sowjetischen Sportminister Marat Gramow angeführte NOK damit auf die Visa-Frage an. Als geklärt war, daß die olympischen Gäste keine Visa benötigen, hatte sich Moskau auf den Vorwurf zurückgezogen, die amerikanische Botschaft bestehe weiterhin auf Namenslisten aller Teilnehmer.

Bonn soll gegen Buschhaus Front machen

AP, Berlin

Die Berliner SPD hat gestern in einem Schreiben alle Berliner Bundestagsabgeordneten aufgefordert, gemeinsam auf die Bundesregierung einzuwirken, damit das umstrittene Braunkohlekraftwerk Buschhaus in Niedersachsen nicht ohne Entschwefelung in Betrieb genommen wird. In dem Brief wurde die Befürchtung geäußert, daß bei einer Inbetriebnahme des nahe der „DDR“-Grenze gelegenen Kraftwerks die „Erfolgsaussichten künftiger, für Berlin besonders wichtiger Umweltverhandlungen mit der DDR“ gemindert würden. Ohne Entschwefelung gingen erhebliche Mengen von Schadstoffe auf dem Gebiet der „DDR“ nieder.

Moskau verlangte von den USA: Kein Asyl für Ost-Sportler

● Fortsetzung von Seite 1

Was freilich weder die Administration noch die Organisatoren in Los Angeles beantworten konnten, war die Frage, ob jegliche geplante Demonstration gegen Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR von den sowjetischen Athleten hätte ferngehalten werden können. Die Standardantwort zu diesem Problem in den USA lautet: Wir sind ein freies Land und es ist nicht Praxis hier, aus Rücksicht auf Empfindlichkeit von Besuchergruppen das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit einzuschränken.

Zu keiner Zeit aber hat die US-Regierung den privaten Organisatoren von Protesten gegen die UdSSR auch nur die geringste Hilfe angedeihen lassen. Im Gegenteil: Der Wunsch der „Bannt die Sowjetunion“-Liga, das Vergnügungsschiff „Gruzia“ im Hafen von Long Beach docken zu lassen, wurde von Washington rundweg abgelehnt. Dafür geriet Washington mit den Sowjets über den Fall jenes Beamten in Harnisch, den Moskau Anfang des Jahres als Hauptbetreuer der sowjetischen Athleten vorgesehen hatte. Das State Department lehnte eine Akkreditierung für diesen Mann qua Visum ab. Es beschrieb ihn öffentlich als KGB-Beamten.

Die Bundesregierung in Bonn will versuchen, die Sowjetunion doch noch zur Teilnahme an den Sommerspielen zu bewegen. Bundesaußenminister Genscher möchte bei seinem bevorstehenden Moskau-Besuch die Kreml-Führung auffordern, die Entscheidung zur Nichtteilnahme rückgängig zu machen. Genscher wird am 20. Mai in Moskau erwartet. Bundeskanzler Kohl brachte auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart die Haltung der Bundesregierung auf die Formel: „Wer Ja sagt zum Dialog, muß auch Ja sagen zu den sportlichen Spielen der Jugend“.

Gestern wurde verschiedentlich noch die Hoffnung genährt, daß das letzte Wort der Sowjets nicht gesprochen sei. „Gerade der unerwartet frühe Zeitpunkt der Entscheidung läßt mich hoffen, daß eine Vermittlung zwischen Sowjets und Amerikanern noch möglich ist“, erklärte NOK-Präsident Willi Daume mit Blick auf den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch. Der IOC-Präsident aller Voraussicht nach bereits morgen nach Moskau, um gemeinsam mit anderen internationalen Sportfunktionären die sowjetischen Vertreter zu einer Meinungsänderung zu bewegen.

Die Äußerungen sowjetischer Funktionäre waren gestern höchst unterschiedlich. Mehrere UdSSR-Botschafter im Westen nannten die Entscheidung endgültig. Demgegenüber erweckte der sowjetische Amerika-Spezialist Georgi Arbatow im US-Fernsehen den Eindruck, wenn sich die Beziehungen der USA zur UdSSR generell verbesserten, werde das für alles andere, darunter die Spiele in Los Angeles, auch gelten.

Das Weiße Haus zeigte bislang keine Anzeichen, Bemühungen zu unterstützen, die Sowjets zu einer Umkehr zu bewegen. Verärgert über das, was die Administration einen „nackten politischen Akt“ nennt, meinte ein hoher Beamter: „Es ist kaum wahrscheinlich, daß wir bei den Sowjets vorstellig werden und sie anflehen, zu uns zu kommen“.

Der Olympia-Boykott der Sowjetunion wurde von der kommunistischen Partei Italiens als „unangemessen und nicht zu akzeptieren“ bezeichnet. Jean Poperen, Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, kommentierte: „Mit einer gewissen Beunruhigung kann ich nur feststellen: dem Neo-Stalinismus geht es blendend.“ Diese deutlichen Worte wurden in Paris mit großem Interesse registriert, will Mitterrand doch noch in diesem Jahr zu einem offiziellen Besuch nach Moskau reisen. In Paris wurde gestern darüber gerätselt, ob der Staatspräsident seine Reisepläne aufrecht erhält oder nicht.

Vogel bekräftigt NATO-Treue

dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten stehen fest zum NATO-Bündnis und zur Bundeswehr als Instrument der Kriegsverhütung. Das bekräftigte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, in einem Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Heinz Volland. Vogel stellte nach Angaben des Verbandes im Zusammenhang mit einer möglichen Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr fest, daß diese Frage große rechtliche und gesellschaftspolitische Probleme aufwerfe. So seien Fragen wie „Dienst an der Waffe“, Kombattanten-Schutz (Kriegsteilnehmer) und Frauen auch in Vorgesetzten-Funktionen noch keineswegs hinreichend geklärt.

Lob für die Deutschen

fu (London) – Das Ergebnis einer Gallup-Umfrage für die Tageszeitung Daily Telegraph träufelt reichlich Balsam auf die in jüngster Zeit durch Anschuldigungen verletzte deutsche Industrie, technologisch in Rückstand geraten zu sein und es im übrigen auch bei der Qualität an einigem missen zu lassen.

Dieser Umfrage zufolge sind deutlich mehr als die Hälfte aller Briten (56 Prozent) der Ansicht, daß Waren „Made in Germany" gleichzusetzen sind mit sehr hoher Qualität. Japanische Produkte wurden nur von 46 Prozent der Briten mit diesem Qualitätssiegel versehen und liegen damit auf Rang zwei der Wertung, gefolgt von Neusseeland und der Schweiz mit je 25 Prozent.

Bei der letzten gleichen Umfrage 1960 erreichten deutsche Produkte mit 43 Prozent erst Rang drei hinter amerikanischen (62) und australischen (46).

Die Briten, die aus einer Liste von 31 Ländern diejenigen auswählen sollten, die ihrer Ansicht nach Waren von hoher Qualität produzieren, ließen sich nicht nur von profanen Gesichtspunkten leiten. So möchten weitaus die meisten Briten möglichst keine aus Argentinien stammenden Waren kaufen. Ähnlich schlecht ergeht es der Sowjetunion.

Doch auch die Tatsache, daß rein politische Gesichtspunkte bei der Aufstellung der Rangordnung eine sehr starke Rolle spielen, sollte die Spitzenstellung deutscher Produkte im Ansehen der Briten keineswegs schmälern. Im Gegenteil, sie wird dadurch noch aufgewertet.

Beihilfenabbau?

adh. – Es ist nicht einfach, den in langen Jahren gewachsenen Subventionsdschungel zu lichten. Zwar gibt es hoffnungsvolle Ansätze zum Abbau törichter staatlicher Gießkannenhilfen, die der Steuerzahler zu teuer zu bezahlen hat, und auch auf dem Brüsseler Parkett streiten Bonner Politiker wacker gegen wettbewerbsverzerrende Beihilfen, mit denen einige EG-Mitgliedsstaaten aus nationalem Interesse an sich nicht lebensfähige Branchen letztlich zu Lasten dieser Branchen in den anderen Mitgliedsländern der EG am Leben erhalten. Soweit so gut. Schnell anders wird freilich die Sache, wenn ein Abgeordneter der Regierungskoalition im Heimatwahlkreis spricht. Da werden flugs neue Forderungen erhoben. Da wird mit dem noch nicht ganz ausgegorenen Steuerentlastungsgesetz 1984 gewinkt und der Wunsch geäußert, es möge doch auch ein Bonbon für just die vertretene Region abfallen. Mit der versprochenen Lichtung des Subventionsdschungels hat das nichts zu tun. Eher schon mit dem in der Ferne winkenden Wahltermin.

MINERALÖLWIRTSCHAFT / Nach wie vor hohe Verluste im Ölgeschäft

Raffinerie-Gesellschaften müssen ihre Schlankheitskur fortsetzen

JAN BRECH, **Hamburg**

Am deutschen Ölmarkt ist der Konjunkturaufschwung bislang vorbeigegangen. Der Absatz, der in den letzten drei Jahren um rund 25 Prozent zurückgegangen ist, stagniert auch in den ersten Monaten dieses Jahres. Auf die veränderten Marktbedingungen hat die Industrie mit tiefgreifenden Anpassungsmaßnahmen reagiert, ohne die Verluste im Ölgeschäft jedoch eindämmen zu können. Im vierten Jahr in Folge hat die Branche 1983 rund drei Milliarden Mark Verluste erlitten.

Eine Verbesserung der Ertragslage ist nach Angaben des Hauptgeschäftsführers des Mineralölwirtschaftsverbands, Frank Schmidt, auch gegenwärtig noch nicht in Sicht. Die Industrie werde deshalb den Abbau und die Umrüstung der Kapazitäten, die Ausdünnung des Vertriebsnetzes sowie Rationalisierungsmaßnahmen auf allen Stufen fortsetzen. Dabei dürften die Rohölverarbeitungskapazitäten von zurzeit rund 114 Millionen Tonnen auf weniger als 100 Millionen Tonnen sinken und die Konversionskapazitäten auf etwa 35 Millionen Tonnen steigen. Das Tankstellen-Netz, das 1969 mit 46 684 Stationen den Höchststand erreicht hatte, wird sich nach Schätzungen des Verbands von jetzt gut 20 800 auf 16 000 verkleinern und die Zahl der Heizölhandels-Firmen von 12 000 auf 7000 bis 8000 Betriebe reduzieren.

Die Preisverhältnisse auf den internationalen Ölmärkten werden außerdem zu weiteren Veränderungen in der Beschaffungsstruktur führen. So hat die Industrie bereits die eigene Rohölverarbeitung drastisch eingeschränkt und statt dessen die Einfuhr von Halb- und Fertigprodukten kräftig erhöht. Der Anteil der Rohölverarbeitung an der Deckung des deutschen Bedarfs ist auf 59 Prozent gesunken, der von Produktimporten auf rund 37 Prozent gestiegen.

Dieser Trend, so betont Schmidt, sei zwar nicht ohne Risiko für die langfristige Versorgungssicherheit der Bundesrepublik, werde sich aber aus mehreren Gründen fortsetzen. Die nationalen Alleingänge beim Umweltschutz führten einmal dazu, daß die Verarbeitung in Deutschland bereits heute mit 15 bis 20 Mark je Tonne höher belastet sei als die in europäischen Nachbarländern. Zum anderen besteht in der EG ein Kapazitätsüberhang von 150 Millionen Tonnen, wobei die Überschußproduktion zuallererst auf den liberalen deutschen Markt ströme.

Zur Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Raffineriewirtschaft müssen nach Meinung der Industrie die Umweltvorschriften in der EG an das strenge deutsche Niveau angepaßt und die Kapzaitäten in Europa gleichgewichtig abgebaut werden. Ferner dürften die Produktenexporte der Opec nach Westeuropa, die aufgrund neu errichteter Exportraffinerien in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre 40 bis 50 Millionen Tonnen erreichen werden, nicht einseitig auf den deutschen Markt gelenkt werden.

Bei der Vorlage des Jahresberichts 1983 wiederholt der Verband auch die Forderung nach einer Kurskorrektur in der Politik der Ölverdrängung. Der Substitutionswettbewerb am Wärmemarkt werde gegenwärtig durch Subventionen und administrative Eingriffe zu Lasten des Mineralöls verzerrt. Vor allem werde das leichte Heizöl diskriminiert. Im Rahmen regionaler und lokaler Energieversorgungskonzepte hätten die leitungsgebundenen Energien eindeutige Priorität. Diese Konzepte seien häufig nichts anderes als staatlich geförderte „Heizölverdrängungskonzepte".

Als besonders wirksames Instrument zur Durchsetzung kommunaler Energiepläne nannte Schmidt den Paragraphen 9 des Bundesbaugesetzes. So sei es in Hamburg Praxis geworden, daß in Neubaugebieten, die mit Fernwärme oder Erdgas versorgt werden, ein Verbrennungsverbot für leichtes Heizöl und Kohle verhängt werde. In der Hansestadt sind nach Angaben des Verbands im letzten Jahr nur noch acht Prozent der neuen Wohnungen mit leichtem Heizöl beheizt worden, verglichen mit einem Bundesdurchschnitt von etwa einem Drittel. Im Interesse der Verbraucher müßten Substitutionswettbewerb und freie Wahl des Energieträgers erhalten bleiben, erklärt Schmidt.

STEUERREFORM

Otto Wolff übt heftige Kritik an Bonner Plänen

HEINZ HECK, **Bonn**

Heftige Kritik an den Bonner Plänen zur Steuerreform hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gestern in Bonn geübt. Die vorgelegten Tarifmodelle und die Vorschläge zum Familienlastenausgleich zeigten, „daß man die sozialpolitischen Interessen in den Vordergrund stellt und die wirtschaftlichen in einer Tarifreform zurückdrängt", erklärte er auf der DIHT-Vollversammlung.

Die Forderungen der Spitzenorganisation faßte er in drei Punkten zusammen:

- Die Haushaltskonsolidierung hat Vorrang vor Steuersenkungen. Diese sollten jedoch nicht in Form „familien- oder sozialpolitischer Wohltaten" gewährt werden, sondern zu einer generellen Verringerung der Steuerlastquote führen.
- Der Tarif muß durchgehend gesenkt werden (einschließlich des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne als den international relevanten Belastungsdaten).
- Keine kompensatorische Finanzierung der Einkommensteuersenkung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer oder anderer Verbrauchssteuern.

Wolff kündigte an, der DIHT werde sich auch weiterhin für „eine wesentliche Herabsetzung des Spitzensteuersatzes" einsetzen und verwies auf amerikanische und britische Vorbilder. Präsident Reagan habe den Spitzensatz der Einkommensteuer in den USA von 70 auf 50 Prozent gesenkt und der britische Schatzkanzler Nigel Lawson eine stufenweise Senkung der Körperschaftsteuer von 52 auf 35 Prozent in Gang gesetzt und für die Einkommensteuer ab 1985 vorgesehen. In Gesprächen versicherten Politiker, daß solche Ermäßigungen zwar finanzpolitisch „ideal", aber „politisch nicht machbar" seien.

Wolff bezeichnete es als „ordnungspolitisch bedenklich", einen zu hohen Steuersatz durch zahlreiche Sonderregelungen erträglicher zu machen, zumal da dadurch das Steuerrecht immer komplizierter würde, während sich die Bundesregierung andererseits die Entbürokratisierung zum Ziel gesetzt habe. „Der nachhaltigste Anreiz zur Investition ist die erkannte Marktchance bei geringerer Steuerlast – nicht die Tatsache, daß die Abschreibung den Gewinn drückt", betonte er.

Die Verringerung des Spitzensteuersatzes bei gleichzeitiger Abschaffung von Sondervergünstigungen verbessere darüber hinaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sei wegen der Steuervereinfachung besonders mittelstandsfreundlich und stelle zugleich die beste Form der Eigenkapitalbildung dar. Schließlich führe sie auch zu weniger Schattenwirtschaft und weniger „Bauherrenmodellen am Markt vorbei".

Abgekoppelt bleiben

Von CLAUS DERTINGER

Die Zinseskalation in den USA und der neuerliche Höhenflug des Dollar beflügeln Spekulationen über eine Leitzinserhöhung in der Bundesrepublik. Unglücklicherweise mußte ausgerechnet auch noch ein Mitglied des Zentralbankrates, der Münchner Landeszentralbankpräsident Lothar Müller, diese Spekulationen nähren mit seiner Bemerkung, die Bundesrepublik sei an der Grenze der Abkopplungsmöglichkeit von den US-Zinsen angelangt, so daß es durchaus sein könne, daß die Bundesbank in der nächsten Zeit etwas gegen diese bedrohliche Entwicklung tun müsse.

Es ist klar, daß alle, die an niedrigeren oder wenigstens stabilen Zinsen in der Bundesrepublik interessiert sind, das Hochpreschen der US-Zinsen mit Sorge erfüllt. Denn es ist nicht auszuschließen, daß die vom Zinsanstieg in den USA ausgehenden Marktkräfte auch unser Zinsniveau mit hochziehen. Bisher ist freilich eine weitgehende Abkoppelung der deutschen Zinsen von den amerikanischen gelungen.

Trotz einer Zinserhöhung für US-Regierungsanleihen um 1⅛ Prozent auf über 13 Prozent seit Anfang März zog der bei rund acht Prozent liegende deutsche Kapitalmarktzins in dieser Zeit lediglich um eine knappen Viertelprozentpunkt an. Und am Euromarkt sind die D-Mark–Zinsen in dieser Zeit praktisch stabil geblieben, während die Dollarzinsen um 1⅝ Prozentpunkte auf rund zwölf Prozent kletterten, so daß sich die Zinsdifferenz auf mehr als 5½ Prozent ausweitete.

Diese Abkoppelung von den US-Zinsen ist schon ein bemerkenswertes Phänomen; sie signalisiert Vertrauen in die D-Mark, auch wenn das in ihrem Wechselkurs nicht zum Ausdruck kommt. Solange sich daran nichts ändert, ist auch nicht einzusehen, warum für die Bundesbank akuter Handlungsbedarf entstehen sollte, wie ihn Bayerns LZB-Chef andeutete.

Im Augenblick täte die Bundesbank gut daran, alles zu unterlassen, was Unruhe stiften könnte. Und die entstünde wohl, wenn die Frankfurter Währungshüter jetzt die Leitzinsen erhöhten, weil das als Ziehen der Notbremse aus Angst um die Zukunft der D-Mark interpretiert würde. Verständnis für Zinserhöhungsüberlegungen in der Bundesbank könnte man aufbringen, wenn die hohen Dollarzinsen wie ein Magnet Kapital aus der Bundesrepublik abzögen. Doch bislang sind keinerlei nennenswerte Kapitalabflüsse zu beobachten.

Mit dem steigenden Dollarkurs scheint sogar eher das ausländische Interesse an kurz- und mittelfristigen D-Mark-Anlagen zu wachsen, eine Spekulation darauf, daß sich die unterbewertete Mark wieder befestigt und daß Aufwertungsgewinne die Minderverzinsung der D-Mark in absehbarer Zeit überkompensieren. Gerade diesem Umstand ist ja die weitgehende Abkoppelung unserer Zinsen von den amerikanischen zu verdanken.

Natürlich ist nicht zu vermeiden, daß dies zu Lasten des Wechselkurses der D-Mark geht. Aber dessen Schwäche hat nicht nur negative Folgen, die relative Einfuhrverteuerung, sondern auch einen positiven Effekt, nämlich eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf den Weltmärkten, also eine indirekte Export- und Konjunkturförderung.

Im übrigen wäre die Bundesbank schlecht beraten, wenn sie ihre Geldpolitik am Wechselkurs orientierte, zumal dann, wenn die Ursachen der D-Mark-Schwäche wie jetzt nicht in der Bundesrepublik selbst zu suchen sind, sondern ganz überwiegend in dem von den US-Superzinsen hochgetriebenen Dollar, dessen Stärke sich aus technischen Gründen in der wichtigen Alternativwährung, der Mark, am deutlichsten spiegelt.

Gegen eine Leitzinserhöhung spricht nicht nur, daß es keine Notwendigkeit gibt, massive Kapitalabzüge zu bremsen, sondern auch die wirtschaftliche und monetäre Entwicklung in der Bundesrepublik. Die Geldmenge bewegt sich am unteren Rand des Zielkorridors, für Monetaristen bereits ein Anlaß, eine weichere Geldpolitik zu fordern, damit der Aufschwung nicht gebremst wird. Zudem zeichnet sich in der Preisentwicklung nichts Bedrohliches ab. Außerdem wäre ein Zinssignal mitten im Tarifkonflikt politisch nicht sonderlich geschickt.

So täte denn die Bundesbank gut daran, Angstreaktionen zu vermeiden und dem Markt die Chance zu lassen, das Zinsniveau im Interesse der Konjunktur stabil zu halten.

AUF EIN WORT



„Wir müssen uns noch sehr anstrengen. Die Ausrede von Fußballtrainern, ein Spiel sei verloren worden, weil der Platz nicht bespielbar, wird man bei uns nicht gelten lassen. Die anderen spielen auf demselben Platz."

Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der AEG–Telefunken AG, Frankfurt.
FOTO: DIE WELT

Großbritannien erhöht Basiszins

fu. **London**

Die britischen Großbanken haben ihre Basis-Ausleihezinssätze um 0,5 bis 0,75 Prozent angehoben. Damit liegen die Sätze von National Westminster und Lloyds Bank bei neun Prozent, die von Barclays und Midland Bank bei 9,25 Prozent. Die Zinsen wurden zuletzt Mitte März um 0,25 und 0,5 Prozent gesenkt. Die jetzige Erhöhung hat nicht überrascht, nachdem die führenden amerikanischen Banken ihre Prime Rates auf 12,5 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit Oktober 1982 angehoben haben. Daß die Geldmenge im April mit nur 0,5 Prozent langsamer als erwartet gestiegen ist, kann diese Nachteile nicht ausgleichen.

DIHT-VOLLVERSAMMLUNG

Europa muß Kleinkrämerei endlich überwinden

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesregierung muß sich in Brüssel stärker für eine marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Grundhaltung einsetzen. Dies forderte gestern der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, vor der Vollversammlung seiner Organisation in Bonn. Die Bundesrepublik habe mit dieser Haltung die besseren Argumente. Solange sich die Bundesregierung jedoch auf eine Position zurückziehe, „Schlimmeres verhütet zu haben", wenn wieder einmal mehr Interventionismus und Protektionismus zur gemeinsamen Sache der EG erklärt würde, handele sie nicht nur wider die eigene Überzeugung, sondern verstoße selbst gegen den Geist der Römischen Verträge.

„Kommen wir endlich los von merkantilistischer Kleinkrämerei in Europa", erklärte Wolff. Er wandte sich entschieden gegen Vorstellungen, Europa zum größten geschlossenen Markt der Welt mit 270 Millionen Menschen auszubauen. Ein Tauschgeschäft „mehr Binnenmarkt Europa" gegen „weniger Drittlandhandel" könne nicht funktionieren. Wer seine eigenen Märkte verschließt, der isoliere seine geistigen und materiellen Energien, werde leistungsschwach und wettbewerbsunfähig, „selbst wenn er groß ist".

Scharf ging Wolff auch mit den USA zu Gericht, die derzeit an einer Verschärfung ihres Schutzinstrumentariums gegen ausländische Importeure bastelten. Das Abwehr-Arsenal solle selbst auf Bereiche ausgedehnt werden, die internationalen Vereinbarungen widersprächen.

GEBRAUCHTWAGEN

Nach ungewöhnlich flottem Start jetzt schleppender

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Nach einem ungewöhnlich flotten Start in den ersten beiden Monaten dieses Jahres, die Zuwachsraten von gut 15 Prozent brachten, ist das Gebrauchtwagen-Geschäft im März erheblich ins Stocken geraten. Während man für jenen Monat bisher von Spitzenwerten verwöhnt wurde, lagen im März 1984 – genauso wie bei den Neuzulassungen – die Pkw-Besitzumschreibungen um sieben Prozent unter dem Vorjahresmonat.

Auch der April ist nach Darstellung der Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart, schlechter als erwartet verlaufen. Begründet wird diese von der Norm abweichende Entwicklung damit, daß in der vorangegangenen Zeit wohl Käufe vorgezogen worden seien. Darüberhinaus habe sich auch eine allgemeine Unsicherheit aus dem Konsumklima ergeben. Die für das unerwartete Nachlassen der Pkw-Neuzulassungen aus der Autoindustrie vorgebrachte These, die Diskusion um Abgasentgiftung und Katalysatoren wirkte kaufhemmend, liefert für das Gebrauchtwagengeschäft keine Begründung.

Gleichwohl rechnet die DAT für das ganze Jahr 1984 mit einer weiteren Zunahme der Pkw-Besitzumschreibungen um etwa fünf Prozent auf 5,7 bis 5,8 Millionen. Gefragt seien in erster Linie gepflegte junge Fahrzeuge mit einem Kilometerstand zwischen 40 000 und 60 000. Das Preisniveau bröckelt leicht ab.

Im vergangenen Jahr war die Zahl der Pkw-Besitzumschreibungen um 7,4 Prozent auf 5,53 Millionen angestiegen, bei fast acht Millionen Neuzulassungen. Der Durchschnittspreis blieb mit 7200 DM konstant. Fast jeder vierte Gebrauchtwagenkäufer war ein Erstkäufer.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Erklärungsfrist für die Zwangsanleihe läuft ab

Bonn (dpa/VWD) – die letzte Frist zur Abgabe der Erklärung über die Investitionshilfeabgabe (Zwangsanleihe) läuft heute ab. Sie muß getrennt von den Steuererklärungen und grundsätzlich von den Steuerzahlern selbst berechnet und an die Finanzämter überwiesen werden, deren Einkommen- und Körperschaftsteuerzahlungen 15 000/30 000 DM (Ledige/Verheiratete) im Jahr übersteigen. Ehepartner müssen eine gemeinsame Erklärung abgeben. Wie aus dem Finanzministerium verlautete, werden die Einnahmen aus der Zwangsanleihe in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 440 Mill. DM nach 540 Mill. im Gesamtjahr 1983 geschätzt. Es wird damit gerechnet, daß in diesem Jahr eine Mrd. DM aus der drei Jahre lang zu zahlenden Abgabe erzielt wird.

Personalzusatzkosten

Bonn (HH) - Der „zweite Lohn", also die Personalzusatzkosten, sind nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) 1983um 0,4 Prozentpunkt auf den neuen Höchststand von 78,3 Prozent gestiegen. Für 1984 erwartet das Institut eine weitere Zunahme auf 79 bis 79,5 Prozent. Ursachen hierfür sind die Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent sowie die Bestimmung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984, wonach Sonderzahlungen (wie Weihnachtsgeld) in größerem Umfang als bisher der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden.

Kanada folgt USA

Toronto (VWD) – Auch Bank of Montreal, Bank of Nova Scotia und National Bank of Canada haben ihre Prime Rate mit Wirkung vom 9. Mai um 1/2 Punkt auf zwölf Prozent erhöht.

Feldstein tritt zurück

Washington (rtr) – Martin Feldstein wird von seinem Posten als Vorsitzender des Wirtschaftsberaterstabes von US-Präsident Ronald Reagan zurücktreten und nach eigenen Angaben am 10. Juli als Professor für Volkswirtschaft an die Harvard-Universität zurückkehren. Er wird außerdem die Präsidentschaft der Forschungsgruppe National Bureau of Economic Research übernehmen.

Einfuhren beschränkt

Brüssel (Ha.) – Die EG-Kommission hat erneut Schutzmaßnahmen gegen Textilimporte aus der Türkei verhängt. Für eine Reihe von Erzeugnissen (darunter Oberhemden, Unterwäsche, Shorts und Hosen) gelten bis zum Jahresende Höchsteinfuhrmengen. Für andere (z.B. Hauswäsche und Gardinen) wurden die Einfuhrgenehmigungen bis zum 15. Juli völlig ausgesetzt. Die Kommission stützt sich in Ermangelung eines bilateralen Textilabkommens auf die Schutzklausel des Assoziierungsvertrages mit Ankara.

Abkommen unterzeichnet

Bonn (HH) - Das deutsch-chinesische Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde gestern von den Ministern Genscher und Riesenhuber und dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Li Peng, in Bonn unterzeichnet. Das Abkommen geht auf eine chinesische Initiative vom Oktober 1982 zurück und sieht die Zusammenarbeit unter anderem bei der Planung, der Errichtung und dem Betrieb von Kernkraftwerken und Forschungseinrichtungen vor. China plant bis zum Jahr 2000 den Bau von Kernkraftwerken mit 10000 Megawatt Gesamtleistung.

Weniger Auslandsanleihen

Paris (J.Sch.) – Die Auslandsverschuldung Frankreichs nimmt zwar weiter zu, jedoch in vermindertem Maße. Im Monat April hat es nach OECD-Angaben nur noch 69 Mill. Dollar an den internationalen Kapital- und Finanzmärkten aufgenommen, gegenüber eine Mrd. Dollar im März. In den ersten vier Monaten dieses Jahres verminderten sich diese Aufnahmen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 3,2 (4,5) Mrd. Dollar, heißt es im Wirtschaftsministerium. Für 1984 wird der Bedarf an Auslandskrediten auf weniger als 65 Mrd. (110 Mrd.) Franc veranschlagt.

ÖL

Londoner Vorräte größer als gedacht

fu. London

Die britischen Reserven an Öl und Gas im Boden der Nordsee sind erheblich größer, als bislang angenommen wurde. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Energie-Braunbuch der Regierung hervor. Wie der Staatssekretär im Energieministerium, Buchanan-Smith, betonte, wurden die Ölreserven noch vor einem Jahr um zwischen 16 und 25 Prozent unterschätzt, die Gasreserven um zwischen acht bis 28 Prozent. Das bedeutet, so der Staatssekretär, daß Großbritanniens Stellung als Selbstversorger bei Öl und Gas um etliche Jahre verlängert würde, „weit in die neunziger Jahre dieses Jahrhunderts hinein".

Das heißt allerdings nicht, daß der für das nächste oder übernächste Jahr erwartete Höchststand der Nordsee-Produktion hinausgeschoben würde. Allerdings wird sich nach Überzeugung des Energieministeriums die bislang angenommen Abnahme der Ölproduktion nach 1986 deutlich verlangsamen.

So geht das Ministerium davon aus, daß die verbliebenen Ölreserven des Landes bei zwischen 1,408 und 5,278 Mrd. Tonnen liegen. Im Jahr zuvor lautete die Schätzung 1,22 bis 4,22 Mrd. Tonnen. Der Anteil der unentdeckten Reserven wird auf zwischen 480 Millionen und 3,275 Mrd. Tonnen geschätzt. Die Schätzungen der Gasreserven wurden von 700 bis 2100 Mrd. Kubikmeter auf 899 bis 2259 Mrd. Kubikmeter angehoben. Die unentdeckten Gasreserven werden auf zwischen 185 und 570 Mrd. Kubikmeter geschätzt. Nach Ansicht der Regierung in London sind die Aktivitäten im britischen Nordsee-Sektor in eine zweite Boom-Phase getreten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Betzdorf: Patt + Dilthey GmbH; Patt + Dilthey Apparatebau GmbH; **Karlsruhe:** Waro-Röcke GmbH; **Kleve:** Innenausbau GmbH, Kleve-Materborn; **München:** Gerhard Gföller, Inh. d. Fa. Auto Bavaria Kfz-An- u. Verkauf, Fridolfing; **Passau:** Nachl. d. Herbert Gustav Evo Edmund Schmerold, Inh. d. Fa. „Edmund Schmerold", Neuburg am Inn; **Wiesbaden:** Schinkel Elektrobau GmbH; Schinkel, Heizungs-Sanitär-Lüftungs-GmbH; Hans Günther Schinkel, Kaufmann; **Wuppertal:** Nachl. d. Manfred Jürgen Katoli.

Anschlußkonkurs eröffnet: München: Johann Janoglu.

HOECHST / Kapitalerhöhung soll ein Signal des Optimismus sein – Im letzten Jahr verdient wie selten zuvor

Bis zum Sommerloch glänzt das Geschäft noch

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Herausragendes Merkmal unseres Jahresabschlusses ist die starke Gewinnsteigerung", muß selbst der sonst bei Ertragsaussagen eher abschwächende Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt, in diesem Jahr betonen. Und in der Tat hat der Chemiekonzern 1983, im Glanzjahr der gesamten Großchemie, verdient wie selten zuvor.

Gegenüber dem – allerdings ausgesprochen mageren – Jahr 1982 stieg der weltweite Gewinn vor Steuern um 82 Prozent auf 1,955 (1,072) Mrd. DM, der Jahresüberschuß verdreifachte sich nahezu auf 909 (317) Mill. DM und der DVFA-Gewinn je Aktie verbesserte sich auf 23,38 (11,75) DM. Daß nach Steuern ein größeres relatives Plus verbleibt als vorher, hat einen einfachen Grund: Von den 592 Mill. DM Nettogewinn-Steigerung stammen 407 Mill. DM gut zwei Drittel, aus dem Ausland.

Hier waren 1982 noch erhebliche Verluste entstanden. Gesellschaften mit Gewinnen von 273 Mill. DM hatten andere mit Verlusten von 287 Mill. DM gegenübergestanden. Daraus ergab sich ein Negativ-Saldo von 14 Mill. DM. So stand für 1983 noch einiges an Verlustvorträgen in den Büchern mit der angenehmen Folge, daß bei Gewinnen von 519 Mill. DM gegenüber Verlusten von 126 Mill. DM der Steueraufwand sich mit 1046 (755) Mill. DM angenehm in Grenzen hielt.

Wichtigster Ertragsfaktor dürfte die Mengenausweitung gewesen sein, die die Kapazitätsauslastung wieder in die profitable Größenordnung von 83 Prozent im vierten Quartal gebracht hat. Die Steigerung des Weltumsatzes um gut 6 Prozent auf 37,2 (35) Mrd. DM war voll mengenbedingt; im Auslandsgeschäft, das mit 27,5 (25,8) Mrd. DM (plus 6,6 Prozent) drei Viertel des weltweiten Volumens ausmacht, lag die Absatzsteigerung sogar bei 8,5 Prozent.

Hinzu kam der Preisrückgang bei den ölabhängigen Rohstoffen, der die Ertragslage vor allem im Kunststoffbereich begünstigte: Der im Vorjahr noch dreistellige Millionenverlust reduzierte sich auf ein Viertel und landete damit im zweistelligen Bereich. Noch besser der Faserbereich, der noch vor zwei Jahren zu den Sorgenkindern zählte.

Gegen Jahresende 1983 begannen die Petrochemie-Preise freilich wieder anzuziehen. Dennoch brachte das erste Quartal 1984 eine weiterhin lebhafte Aufwärtsbewegung. Der Weltumsatz stieg gegenüber dem ersten Vorjahresquartal um 15 Prozent auf 10,2 (8,8) Mrd. DM, wobei das Ausland mit einem Plus von 16,5 Prozent auf 7,5 (6,4) Mrd. DM mehr Schub brachte als das Inland mit 2,7 (2,4) Mrd. DM (plus 10,5 Prozent).

Auch die AG kam mit 3,7 (3,2) Mrd. DM auf einen Umsatzzuwachs von fast 16 Prozent, der „in erster Linie mengenbedingt" war. Die auf 85 Prozent weiter gestiegene Kapazitätsauslastung wirkte sich erneut im Ertrag aus: Der AG-Gewinn vor Steuern lag mit 306 (196) Mill. DM noch um 17 Prozent über den 261 Mill. DM des letzten Quartals 1983 und sogar um ein rundes Drittel über dem Quartals-Durchschnitt des vergangenen Jahres von 230 Mill. DM.

Sammet glaubt freilich nicht, daß es über das Gesamtjahr 1984 so weitergehen wird. Da ein Teil des anhaltenden Aufschwungs auf die Auffüllung der weitgehend leergefahrenen Kundenläger zurückzuführen sei, erwartet er eine Abschwächung im dritten Quartal.

Die derzeit günstige Lage nutzen die Höchster auch mit einer Kapitalerhöhung. Zum Bezugskurs von 140 DM (Börsenkurs am Mittwoch: 182,40) werden den Aktionären junge Aktien im Verhältnis 15:1, gewinnberechtigt ab 1. Januar 1984, angeboten.

Einen akuten Anlaß zur Erhöhung gibt es nicht, zumal 1983 durch den Abbau der Verschuldung um 1,3 Mrd. DM (Zinsersparnis: 198 Mill. DM) und durch Rücklagenbildung die Eigenkapitalquote auf 29 (27) Prozent gestiegen ist.

Sammet sieht in der Erhöhung aber auch ein Signal des Optimismus, das er mit der Ankündigung unterstreicht, daß in der Zukunft auch wieder stärker investiert werde. In diesem Jahr will die weltweite Gruppe mit 1,87 (1,87) Mrd. DM Sachinvestitionen noch auf dem Pfad der vorsichtigen Zurückhaltung bleiben.

Hoechst Welt	1983	±%
Umsatz	37 189	+ 6,3
dav. Ausland	27 479	+ 6,6
Auslandsprod.	14 841	+ 7,1
Mitarbeiter	179 849	- 1,3
Sachinvestitionen	1870	- 9,5
Konzern (Inland)		
Umsatz	17 885	+ 5,6
dav. Export (%)	53,9	(53,7)
Brutto-Cash-flow [1] [2]	4578	+ 48,5
Netto-Umsatz-Rendite (%) [1]	2,4	(0,9)
Netto-Cash-flow [1] [3]	3130	+ 55,3
in % d. Ges. Inv.	159	(94)
Ausschüttung [4]	403	+ 28,8
einbeh. Gewinn	506	(4)

[1] Welt Zahlen [2] Jahresübersch. + zuf. zu lfr. Rückst. u. SoPo + Abschr. ± ao. Posten (Saldo) + EEV-Steuern [3] Brutto minus Steuern u. Ausschüttung; [4] davon an Konzernfremde 74 (54) Mill. DM

WERBUNG / Unilever-Chef für Selbstkontrolle

„Die Freiheit muß bleiben"

HANNA GIESKES, Bonn

„Werbung ist eine Investition und kein Kostenfaktor." H. F. van den Hoven, Vorsitzender der Unilever NV, Rotterdam, hält insbesondere beim Markenartikel eine „stete und angemessene werbliche Unterstützung" für lebensnotwendig. Während der Jahrestagung des Zentralausschusses der Werbewirtschaft warnte van den Hoven gestern in Bonn davor, die Werbung in den Medien aus Kostengründen zu vernachlässigen.

„Eine Auszehrung in der Werbung ist auch eine Auszehrung der Marke", sagte der Unilever-Vorsitzende weiter. Grundsätzlich müsse das Marketing der „Eckpfeiler des Unternehmens" bleiben. Van den Hoven ist überzeugt, daß die großen Markenartikel nur deshalb die Rezession gut überstanden haben, weil „die klassischen Marketinglehren auch unter wirtschaftlichem Druck befolgt worden sind".

Die Markenartikelhersteller müßten sich darum allen Versuchen zur Einschränkung der Freiheit der Werbung widersetzen. Derlei Versuche – „ich muß leider sagen, daß sie häufig vorkommen" – hätten am Ende nur zur Folge, daß die Hersteller nach weniger geeigneten Kanälen für die Kommunikation mit ihren Kosumenten suchten, „und das wird zweifellos zu Preiserhöhungen führen". Freiwillige Verhaltensregeln und rechtzeitige Selbstkontrolle seien hingegen angebracht und nützlich.

An die Medien richtete der Unilever-Vorsitzende die Bitte, sich bei der Erhöhung der Einschaltkosten zurückzuhalten; sonst werde die Markenartikelindustrie gezwungen sein, sich von der klassischen Werbung mehr und mehr zurückzuziehen. Gleichermaßen appellierte er an die Regierungen in der westlichen Welt und vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, die Wirtschaft nicht mit zu viel Bürokratie zu belasten. Diese Bürokratie koste Geld, und zwar das Geld des Verbrauchers.

Van den Hoven bedauerte, „daß Europa noch so weit von einem gemeinsamen Markt entfernt ist". Die Kosten der Handelsschranken zwischen den Staaten der Gemeinschaft bezifferte er auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EG. Dies benachteilige die europäischen Hersteller: „Obwohl sie von einem zersplitterten Markt aus vorgehen, müssen sie mit ihren Wettbewerbern aus den Vereinigten Staaten oder Japan konkurrieren, die auf großen Heimatmärkten operieren können." Mithin sei die Beseitigung der bestehenden Handelsschranken in der EG „von lebenswichtiger Bedeutung".

TEXTILVEREDLER / Kurzer Boom läuft aus

Vor einem tiefen Einbruch?

INGE ADHAM, Frankfurt

Wenn es an den Kassen nicht bald lauter klingelt, steht am Ende des kurzen Booms im zweiten Halbjahr ein arger Flop, meint die Textilveredlungsindustrie (TVI). Denn bisher ist der Textilverbrauch in der Bundesrepublik der Belebung in der Industrie noch nicht gefolgt; die Besserung im Export reiche aber für eine dauerhafte Erholung nicht aus, meinen die Textilveredler, denen die Monate Januar bis April für die Mehrzahl der Bereiche „Zuwachsraten wie seit langem nicht mehr" brachten.

Auf der Jahrestagung des Gesamtverbandes der Deutschen Textilveredlungsindustrie erinnerten Sprecher des Verbandes aber daran, daß die Jahre 1981 und 1982 der Branche rund 10 Prozent Produktionsrückgang gebracht hätten, dieser Verlust sei bisher nicht aufgeholt worden. Bereits im vergangenen Jahr zeigte sich freilich das Geschäft im TVI-Bereich zuzunehmend freundlicher, auch wenn die Produktionsmenge, die durch die Veredlungsbetriebe lief, mit 659 000 t unverändert blieb.

Besonders gut entwickelte sich die Maschenstoff- und die Garnveredlung, während die Stoffdrucker einen weiteren empfindlichen Rückgang verzeichneten. Der Umsatz der Branche (ohne Warenwert) erreichte 3,2 Mrd. DM (plus 2 Prozent); die Zahl der Beschäftigten fiel um gut 3 Prozent weiter auf rund 39 000 Mitarbeiter zurück. Ungefähr mit der gleichen Rate dürfte auch die Zahl der Betriebe auf jetzt 340 (davon 178 Betriebe, die ausschließlich Veredlung betreiben) zurückgegangen sein; insgesamt verschwanden nach Angaben des TVI-Verbandes etwa 4,4 Prozent der Kapazität.

PKI: Ausschüttung kräftig aufgestockt

sz. München

Eine kräftige Ergebnisverbeserung erzielte die Philips Kommunikations-Industrie AG (PKI), Nürnberg, im Geschäftsjahr 1983, an der die Aktionäre partizipieren werden. Der Hauptversammlung am 28. Juni wird vorgeschlagen, neben einer Dividende von 9 (5) DM zusätzlich einen Bonus von 7,50 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 150 Mill. DM zu zahlen.

Wie es heißt, führten eine konsequente Nutzung von Synergien im Vertrieb, erfolgreiche Rationalisierung sowie die Umsatzausweitung um 16 (4) Prozent auf rund 1,3 Mrd. DM zu einer entscheidenden Ertragssteigerung. Zudem fiel durch die Verschmelzung der Tochter Felten & Guilleaume Kabelwerke GmbH, Köln, ein Buchgewinn von 23 Mill. DM an. Die Rücklagen sollen mit knapp 39 (9) Mill. DM dotiert werden.

Haushaltsdefizit zu gering ausgewiesen

J. Sch., Paris

Das Defizit des französischen Staatshaushalts ist höher, als es in den Regierungsangaben erscheint, erklärte jetzt Premierminister Pierre Mauroy auf Anfrage seines oppositionellen Amtsvorgängers Raymond Barre. Die in den Jahren 1982 und 1983 vom Staat aufgenommenen Auslandskredite, insbesondere ein Eurokredit von vier Mrd. Dollar, ein EG-Kredit von vier Mrd. ECU und ein nichtbezifferter Kredit Saudi-Arabiens werden danach außerhalb des Budgets vom französischen Wechselkurs-Stabilisierungsfonds (FSC) verwaltet. Nachdem das FSC-Budget 1982 mit einem Aktivsaldo von 7,1 Mrd. Dollar abgeschlossen hatte, erbrachte es 1983 ein Defizit von 8,2 Mrd. Dollar. Davon wurden 4,5 Mrd. Dollar als Wechselkursverluste abgebucht und 3,7 Mrd. Dollar dem Staatshaushalt angelastet.

ENERGIEPOLITIK / Lambsdorff lobt Fortschritte

Steinkohleneinsatz nimmt zu

PETER WEERTZ, Berlin

In der Energiepolitik zog Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff für die Bundesrepublik eine positive Bilanz. Seit 1973 sei die Energiepolitik in ihren Zielen – Energieeinsparung, Ölsubstitution durch andere Energiequellen und breite Streuung der Energieeinfuhren – vorangekommen. So wurde der Ölanteil am Primärenergieverbrauch, der 1973 noch 55 Prozent betrug, auf etwa 40 Prozent gesenkt. Bei der Stromerzeugung konnte der Ölanteil sogar auf drei Prozent gesenkt werden.

Lambsdorff sprach auf der Feierstunde „Hundert Jahre Strom aus Berlin" der Berliner Kraft- und Licht-AG (Bewag), die 1884 als „Städtische Electricitäts-Werke AG" von Emil Rathenau und Oskar von Miller gegründet wurde. Für die nächsten Jahre rechnet der Minister aufgrund des Jahrhundert-Vertrages zwischen dem Steinkohlenbergbau und der Elektrizitätswirtschaft mit einem wachsenden Einsatz von deutscher Steinkohle. Zunehmen soll außerdem der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung. Zur Zeit liegt der Anteil von Braun- und Steinkohle bei 60 Prozent und der von Kernenergie bei 18 Prozent.

Bei der Vorlage des Jahresberichts der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) sagte Verbandsvorsitzender Gerhard Hecker, die Umweltschutzmaßnahmen seien für die Versorgungsunternehmen schwerwiegend. Die Maßnahmen würden aber „penibel" durchgeführt. Schon in wenigen Jahren werde die Schwefelabgabe aus den Kraftwerken um zwei Drittel reduziert. Neue Steuern oder Emissionsabgaben lehnt Hecker jedoch ab.

INTERPACK '84 / Mengenkonjunktur für Packmittel

Hausseartiger Preisauftrieb

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Von einer guten Mengenkonjunktur auf allen Märkten sprechen die Packmittelhersteller zum Auftakt der Interpack '84. Als größte internationale Fachmesse dieser Art mit nunmehr 1568 (das letzte Mal 1411) Ausstellern, davon 48,9 (48,4) aus dem Ausland, findet sie vom 10. bis zum 16. Mai in Düsseldorf statt. Den Schwerpunkt bilden wieder die Hersteller von Verpackungsmaschinen, im deutschen Maschinenbau eine Sparte, die mit ihrem 1983 um 7,1 Prozent auf 2,2 Mrd. DM gestiegenen Produktionswert nach den USA größter Produzent und mit 1,6 Mrd. DM Ausfuhrleistung noch vor den USA der bedeutendste Exporteur ist.

Die gute Packmittel-Mengenkonjunktur wird nach dem Urteil des Messepräsidiums freilich nicht nur von der allgemeinen Konjunkturerholung, sondern wohl auch von Kundensorgen vor weiteren Preissteigerungen gefördert. In der Tat seien die Packmittelpreise auf breiter Front in Bewegung geraten, – getrieben von der schon 1983 einsetzenden Rohstoffverteuerung, die bei zahlreichen Vormaterialien schon zwischen 10 und 40 Prozent liege. Ein Ende dieses „zum Teil hausseartigen" Preisauftriebs sei noch nicht in Sicht. In den Packmittelpreisen zeige er sich erst zum Teil, weitere Preiserhöhungen seien da unvermeidlich.

Sorgen äußert die Verpackungswirtschaft wegen der immer wieder aufkommenden „polemischen und unsachlichen Angriffe" der Umweltschutz-Eiferer auf ihr Geschäft. Ein „überflüssiger und systemfremder Eingriff" in die Marktwirtschaft sei da die Absicht des Bundesinnenministers, mit der von ihm vorgelegten 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz die Bundesregierung „in erweiterter Form" zu ermächtigen, das Angebot bestimmter Verpackungen zu verbieten oder zu beschränken. Für das Rohstoffrecycling aus vernünftiger Abfallbeseitigungswirtschaft, so betonen die Packmittelhersteller, sorge man schon jetzt im steigenden Maße von alleine. Dazu brauche man ebensowenig zusätzliche Bürokratie wie der mündige Konsument, der letztlich entscheide, wie er seine Ware verpackt haben will.

BEAMTENHEIMSTÄTTENWERK / Neugeschäft weiter geschrumpft – Zuteilungsfristen werden immer länger

Durchgreifende Förderung des Sparens notwendig

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln, erkennt in den ersten Monaten 1984 zwar eine leichte Verbesserung im Neugeschäft. Louis Storck, Sprecher der BHW-Geschäftsführung, verweist jedoch auf die anhaltend schwierige Situation in der Bauwirtschaft, die das Neugeschäft der Bausparkassen weiterhin erschwere. Erst eine durchgreifende Förderung des Sparens könne die Eigenkapitalausstattung privater Bauherren verbessern und zu einer Belebung des privaten Wohnungsbaus beitragen.

Immerhin hat das BHW nach drei Jahren mit rückläufigen Zahlen im ersten Quartal 1984 erstmals wieder einen leichten Zuwachs zu verzeichnen. Gemessen an der Vertragszahl ergab sich ein Plus von 5 Prozent und der Summe nach eine Steigerung um rund 3 Prozent. Der Geldeingang erhöhte sich gleichzeitig um knapp 2 Prozent.

Probleme bringt nach den Worten Storcks die Verlängerung der Wartezeiten. Für das BHW, das früher „atypisch gute Konditionen" anzubieten hatte, wirkt sich diese Entwicklung besonders erschwerend aus. Derzeit müssen die BHW-Bausparer im Schnelltarif 20 (19) Monate auf die Zuteilung warten, in den Standardtarifen 47 (45) Monate. Ende 1984 dürfte die Wartezeit nach den Berechnungen des BHW bei 50 Monaten liegen.

Mit dieser Zahl durchbricht das BHW eine Art Schallmauer, weil die Banken ihre Zwischenfinanzierungskredite bei vier Jahren festgelegt haben. Storck weist darauf hin, daß die erwähnten 50 Monate nicht die Obergrenze bedeuten müssen. Die Bausparkassen hätten keine Möglichkeit, die Wartezeiten zu beinflussen.

Den längeren Zuteilungsfristen hat das BHW allerdings das Instrument der „Vorschaltdarlehen" entgegengesetzt. Damit werden Bausparer, deren Verträge erst später zugeteilt werden, in ihrem monatlichen Aufwand so gestellt, als sei der Vertrag bereits zugeteilt. Insgesamt 24 000 Bausparer hätten dieses Vorschaltdarlehen in Anspruch genommen. Die Tatsache, daß im Vergleich zur Konkurenz nur Bruchteile von BHW-Bausparern „notleidend" geworden seien, lasse sich mit dieser Leistung erklären.

Im Geschäftsjahr 1983 verringerte sich das Neugeschäft des BHW auf 276 231 (291 521) Verträge mit einer Bausparsumme von 9,7 (11) Mrd. DM. Storck begründet den Rückgang auch mit der geänderten Vertriebsstrategie, die zur „Verbesserung der Struktur des Bausparkollektivs" Tarife mit höheren Spar- und Tilgungsleistungen forcierte und so die Qualität begünstigte. Die begrenzte Sparfähigkeit der Bausparer führte allerdings zu geringeren durchschnittlichen Bausparsummen. Als erfreulich bewertet das BHW die Zunahme der Zuteilungen. Sie erhöhten sich nach den Verträgen um 9,2 Prozent und nach der Summe um 7,4 Prozent auf 7,5 Mrd. DM.

Ende 1983 verfügte die Hamelner Bausparkasse über einen Bestand von gut 3,91 (3,88) Millionen Verträgen mit einer Bausparsumme von 162 (161) Mrd. DM. Das Spar- und Tilgungsaufkommen verbesserrte sich auf 8,3 (7,7) Mrd. DM, die Baugeldauszahlungen auf 10 (7,9) Mrd. DM. Die Bauspareinlagen stehen mit 26,1 (24,9) DM zu Buche, die Baudarlehen mit 30,1 (27,6).

In der vorläufigen Bilanz werden die Vor- und Zwischenkredite mit 6,4 (4,8) Mrd. DM ausgewiesen, die flüssigen Mittel mit unverändert 1,5 Mrd. DM. Die aufgenommenen Fremdmittel erhöhten sich auf 3,3 (2,6) Mrd. DM. Die Bilanzsumme erreichte 32,3 (29,9) Mrd. DM.

Weiter verbessert, so Storck, hat sich die Ertragslage, wenngleich konkrete Zahlen noch nicht genannt werden könnten. Für 1982 ergab sich ein Bilanzergebnis von 179 Mill. DM. Die Rückstellungen für die Überschußbeteiligung der Bausparer dürften 125 (123) Mill. DM erreichen. Davon werden 1983 rund 120 Mill. DM ausgeschüttet werden. Darüber hinaus wird ein Bilanzgewinn von 111 Mill. DM ausgewiesen.

Ähnlich gute Ergebnisse erwartet Storck für das laufende Jahr. Weil die Eigentümer auf die Verzinsung ihrer Einlagen verzichten, werde es keine Verschlechterung der Relation Eigenkapital/Bilanzsumme geben. Derzeit weise das BHW gut 600 Mill. DM Eigenkapital offen aus.

PFANDBRIEF-BANK

Neue Tranche Berlin-Darlehen?

VWD, Berlin

Bei der Berliner Pfandbrief-Bank, die das überregionale Kommunalkreditgeschäft in Zusammenarbeit mit anderen Instituten seit zwei bis drei Jahren intensiv bearbeitet, betrug 1983 das Zusagevolumen 350,9 (120) Mill. DM. Damit erhöhte sich der Anteil am Kreditgeschäft der Bank auf 48,2 (23,1) Prozent. Auf das Land Berlin entfielen von der Zusagesumme 50 bis 60 Mill. DM, der Rest auf Bundesländer und andere Gebietskörperschaften.

Die Gesamtzusagen betrugen 722 (521) Mill. DM. Ausgezahlt wurden 1983 insgesamt 644,7 Mill. DM, wovon 300,9 Mill. DM auf Kommunaldarlehen entfielen. In den ersten vier Monaten 1984 sagte die Bank Darlehen über 371,5 Mill. DM zu.

Wie Vorstandsmitglied Klaus Landowsky erklärte, besteht der im Dezember 1983 verfügte Aufnahmestopp für Berlin-Darlehen weiter, nachdem das Institut 1983 insgesamt 887,8 (603,2) Mill. DM aufgenommen hatte. Zur Finanzierung der für 1985 erwarteten Nachfrage nach langfristigen Krediten werde die Bank gegebenenfalls im Herbst dieses Jahres eine neue Tranche Berlin-Darlehen nach Paragraph 17 Berlin-Förderungsgesetz auflegen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich 1983 um 25,9 Prozent auf 5,196 Mrd. DM. Der Jahresüberschuß von 21,12 (19,1) Mill. DM wurde den offenen Rücklagen zugeführt, die zum Jahreswechsel 166,15 Mill. DM oder 3,2 (3,3) Prozent der Bilanzsumme betrugen.

UNION INVESTMENT / Rentenfonds in DM-Titeln

Zuversicht an der Börse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Union Investment GmbH, die am 15. Mai einen ausschließlich in D-Mark-Titeln investierenden Rentenfonds „Unizins" auflegt und ihren Unirenta in einen international anlegenden Rentenfonds umstrukturiert, beurteilt die Rentenmärkte mit einem geradezu kühnen Optimismus. Sie geht davon aus, daß sich die Konjunktur in den USA in der nächsten Zeit abkühlt und die US-Notenbank damit Gelegenheit bekommt, der Regierung noch im Sommer Wahlhilfe in Form niedrigerer Zinsen zu geben, die auch auf die Bundesrepublik durchschlagen.

Zuversicht hält die Union-Geschäftsführung auch an der amerikanischen und deutschen Börse für berechtigt. Eine erhoffte Zinssenkung würde an den US-Börsen zu einer klassischen zweiten Aufschwungphase führen, von der auch die deutsche Börse profitiere, wo neben zinsreagiblen Aktien Titel aus den Bereichen Rohstoff, Investitionsgüter, Technologie und ausgewählte Spezialwerte die größten Chancen hätten. Einen Anstieg des WELT-Aktienindex von 150 auf 170 hält die Union weiterhin für realistisch, gestützt auf einen 15- bis 20prozentigen Gewinnanstieg börsennotierter Aktiengesellschaften und unter der Prämisse, daß im Tarifkonflikt ein tragfähiger Kompromiß gefunden wird.

Den Aktienoptimismus für Deutschland haben die Investmentsparer der Union bislang nicht geteilt. Trotz 8,7 Prozent Wertzuwachs von September bis März mußte der Unifonds für netto 82 Mill. DM Anteile zurücknehmen. Den positiven Absatzergebnissen, vor allem des „Renners" Unirenta, verdankt die Union jedoch im Geschäftshalbjahr noch einen Nettomittelzufluß von insgesamt 60 Mill. DM. Eine Verbesserung des Absatzes und der Marktposition in der Branche verspricht sich der neue Sprecher der Geschäftsführung, Wolfgang Deml, von größeren Aktivitäten der genossenschaftlichen Bankengruppe, die nach der Kapitalneuordnung und durch die Stellung des AR-Vorsitzenden inzwischen ein größeres Gewicht in der Union hat. Über eine Erweiterung der Angebotspalette durch Spezialitätenfonds wird zwar nachgedacht, aber es gibt noch keine konkreten Pläne.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Carl Schenck an die Börse

Darmstadt (VWD) – Das Maschinenbau-Unternehmen Carl Schenck AG, Darmstadt, will an die Börse. Die Berliner Handels- und Frankfurter Bank wurde beauftragt, die neuen Aktien aus der am 27. April vorgenommenen Kapitalerhöhung um 2 Mill. auf 56 Mill. DM zu plazieren und die gesamten Aktien in den geregelten Freiverkehr an der Frankfurter Börse einzuführen. Für 1982/83 waren unverändert 9 Prozent Dividende gezahlt worden.

Ausschüttung angehoben

Bremen (ww) – Die Gestra AG, Bremen, hat im Geschäftsjahr 1983 einen Jahresüberschuß von 3,5 Mill. DM erzielt, die Umsatzrendite belief sich auf 3,6 (Vorjahr 2,6) Prozent. Aus dem Bilanzgewinn von rund 1,8 Mill. DM soll eine Dividende von 6 DM je 50 DM-Aktie auf das Grundkapital von 20 Mill. DM ausgeschüttet werden. Bei Börseneinführung waren 5 DM Dividende angekündigt worden. Die jungen Aktien werden mit einem Viertel Gewinn berechtigt sein. 1,7 Mill. DM sind in freie Rücklagen eingestellt worden.

Kirchhoff kauft Kutsch

Düsseldorf (J. G.) – Jochen F. Kirchhoff, Inhaber des bald 200 Jahre alten Familienunternehmens Stephan Witte GmbH & Co. KG, Iserlohn (700 Beschäftigte, 100 Mill. DM Umsatz), hat vom altershalber aufgebenden Familienunternehmer Mathias Kutsch dessen, seit 156 Jahren existierende, Metallwarenfabrik in Attendorn (150 Beschäftigte, gut 20 Mill. DM Umsatz) gekauft. Die Verbindung soll zu einer „optimalen Ergänzung" auf den gemeinsamen Arbeitsgebieten der Blech-Umformtechnik, insbesondere für die Autoindustrie, führen.

KHD erhöht auf 8 DM

Köln (VWD) – Die Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, schlägt der Hauptversammlung am 28. Juni für 1983 die Verteilung einer auf 8 (7,50) DM erhöhten Dividende je 50 DM-Aktie auf das Grundkapital von 265 Mill. DM vor. Nach Stärkung der Rücklagen um wieder 10 Mill. DM beträgt der zur Ausschüttung vorgesehene Bilanzgewinn 42,40 (39,75) Mill. DM.

Bonus beim Brauhaus

Nürnberg (VWD) – Unverändert 5 Prozent Dividende zuzüglich eines Bonus von 3 Prozent auf das Grundkapital von 1 Mill. DM schlägt die Verwaltung der Brauhaus Amberg AG, Amberg, der Hauptversammlung am 23. Mai zur Ausschüttung für 1982 / 83 (30. September) vor. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Konzern einschließlich der Töchter Frischgetränke GmbH Umsatzerlöse von 9,61 (9,64) Mill. DM erzielt. Der Konzerngewinn erreichte 80 323 (52 481) DM.

Weniger Strabag-Leistung

Düsseldorf (J. G.) – Die Kölner Strabag Bau AG meldet für 1983 einen Rückgang der Konzern-Bauleistung um 9 Prozent auf 2,67 Mrd. DM, der vor allem aus dem Auslandsbau mit nun noch 0,9 Mrd. DM Leistung stammte. Nach nochmals hoher Risikovorsorge für Auslandsbauten werde das Bilanzergebnis auch für 1983 eine Dividende erlauben. Diese Formulierung des Vorstands scheint eine Minderung des in den letzten Jahren gezahlten Dividendensatzes von 10 DM anzudeuten.

NAMEN

Dr. Werner Freund und **Volker Groth** sind vom Aufsichtsrat der Sigri Elektrographit GmbH, Meitingen, zu ordentlichen Geschäftsführern ernannt worden.

Ulrich Jaspert, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Teia Versicherung AG, Berlin/München, wurde mit Wirkung vom 30. April 84 zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt.

SEGNITZ / Bremer Importhaus besteht 125 Jahre

Spezialist für Spitzenweine

hg, Bonn

„Typisch mittelständisch und typisch bremisch." Der Bremer Weinimporteur Hermann A. Segnitz kennzeichnet so das von seinem Urgroßvater Adolph Segnitz vor 125 Jahren gegründete Weinimporthaus A. Segnitz & Co., das sich auch heute noch vollständig in Familienbesitz befindet. Das Haus Segnitz, spezialisiert auf den Import hochwertiger Weine und von Original-Jamaica-Rum, erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 15 Mill. DM, „und ich bin sicher, daß wir in diesem Jahr wiederum zulegen werden".

Ein Hang zur Exklusivität zeichnete das Unternehmen mit Sitz im Bremer Löwenhof seit jeher aus: So hatte Segnitz vor dem ersten Weltkrieg in Frankreich das Weingut Château Chasse-Spleen erworben, und auf der Insel Samos besaß die Firma eine eigene Kelterei. Beides ging verloren. Heute sind es wichtige Alleinimportrechte, die das Renommée des Hauses ausmachen: So unter anderem für die kleine, aber feine Champagner-Marke Krug, die Beaujolais-Weine des George Duboeuf oder das Haus Hugel et Fils mit seinen elsässischen Weinsspezialitäten.

Obgleich Frankreich die „Säule" des Geschäfts ist, „sind wir als erste nach Kalifornien gefahren, um dort nach hochklassigen Weinen zu suchen". Gleichermaßen gelang es den Bremern als erste, italienische Weine in der Bundesrepublik gewissermaßen hoffähig zu machen: Heute gehören zu ihren Lieferanten feinste Adressen wie das Haus Ceretto in Alba und Biondi-Santi in Montalcino.

Segnitz Kunden rekrutieren sich aus der gehobenen Gastronomie, dem Feinkosthandel höheren Genres und dem Weinfachhandel. Seit 1971 gehört außerdem ein Versandhandel dazu, das Bremer Weinkolleg A. & H. Segnitz, das auch Privatabnehmer und Industrieunternehmen mit importierten Weinen und Spirituosen beliefert. Das Weinkolleg bringt außerdem in regelmäßigen Abständen ein „Kollegbuch des Weines" heraus, in dem nicht nur Preise verzeichnet sind, sondern darüber hinaus allerlei Wissenswertes über Wein.

„Unser einziges Problem, das wir haben", klagt Hermann Segnitz, „ist, daß wir keine Zeit haben." Trotzdem hat er sich die Zeit genommen, in Bremen den Regionalkreis der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmen zu begründen: „Das war ich meiner Eigenschaft als Mittelständler schuldig."

Verbraucherbank mit Ertrag zufrieden

sz. München

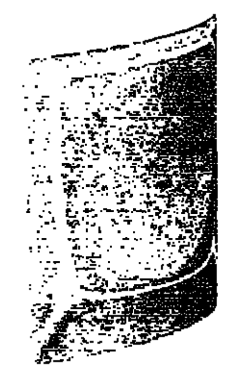
Als „wiederum zufriedenstellend" bezeichnet die seit Februar 1984 zum Schickedanz-Konzern gehörende Verbraucherbank AG, Hamburg, die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr 1983. Die aus dem weiteren Ausbau des Filialnetzes entstandenen Kosten hätten, wie es im Geschäftsbericht heißt, aus dem um 8,8 Prozent auf 23,6 Mill. DM gestiegenen Zinsüberschuß und anderen ordentlichen Erträgen – der Provisionsüberschuß erhöhte sich auf 0,14 (0,11) Mill. DM – gedeckt werden können. Zudem verminderten sich die Aufwendungen für Abschreibungen und Wertberichtigungen deutlich auf 3,4 (5,6). Aus dem unveränderten Jahresüberschuß von 1,2 Mill. DM wurden wieder 120 DM je 1000-DM-Aktie auf das Grundkapital von 10 Mill. DM ausgeschüttet.

Weiter konsequent ausgebaut hat das Institut, das sich vor allem dem Konsumentenkredit widmet, das Angebot automatisierter Bankdienstleistungen – ein Gebiet, auf dem es seit 1976 führend hervorgetreten ist. So wurde in Berlin die erste vollautomatisierte Zweigstelle eröffnet, die ganz ohne Personal arbeitet. Inzwischen beruhe, so der Vorstand, das gesamte Neugeschäft der Bank fast nur noch auf der Vergabe von Konsumentenkrediten in dieser Vertriebsform.

Die Forderungen an Kunden verminderten sich 1983 um 3,8 Prozent auf 327,3 Mill. DM. Dagegen ergab sich auf der Passivseite ein Einlagenplus von knapp 4 Prozent auf 445,9 Mill. DM. Insgesamt wird eine Bilanzsumme von 582,7 Mill. DM (plus 1,8 Prozent) ausgewiesen.







CONTIGAS / Solider Aufschwung auf stattlicher Ertragsbasis

Das Energiegeschäft wird lebhafter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auf eine Jahresbasis von 8 (nach 7,50) DM erhöht die Contigas-Deutsche Energie AG, Düsseldorf, ihre Dividende mit dem für das neunmonatige Rumpfgeschäftsjahr 1983 (30. 9.) vorgeschlagenen Satz von 6 DM (Hauptversammlung am 17. Mai). Den Eigentümern von 140 Mill. DM Aktienkapital (50,3 Prozent Bayernwerk AG, 25 Prozent Ruhrkohle AG, etwa 9000 Streubesitzer) kann Helmut Wolf, Vorstandsvorsitzender dieser Holding vornehmlich energiewirtschaftlicher Beteiligungen, auch für das im Bilanzstichtag nun an die Rechnungsperiode des (staatlichen) Mehrheitsaktionärs angepaßte Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) die Aussicht auf diese leicht erhöhte „Standarddividende" bieten.

Wegen der üblichen Phasenverschiebung zwischen Beteiligungserträgen und Holding-Gewinn weist Contigas auch für das Rumpfjahr kaum geschmälerte Beteiligungserträge (nebst Körperschaftssteuergutschrift) von 40,3 Mill. DM (nach 41,2 Mill. DM im vollen Vorjahr) aus und behält von 21,3 (26) Mill. DM Jahresüberschuß noch 4,5 (5) Mill. DM zur weiteren Aufstockung der Rücklagen auf nun 150,5 Mill. DM. Die für 1983/84 erwarteten Beteiligungserträge von 41 Mill. DM sind in echter Tendenz sogar um ein Zehntel größer, da drei Beteiligungen für 1983 gleichfalls ein neunmonatiges Rumpfjahr einlegten.

Die Quelle solchen soliden Aufschwungs auf ohnehin stattlicher Ertragsbasis hat die Holding vornehmlich im Energiegeschäft. Da gewinnt der Absatz jetzt im Zuge der Konjunkturerholung an Fahrt. Lag der Contigas-Gruppenumsatz im Rumpfjahr 1983 mit 2,06 Mrd. DM erst um 2,3 Prozent höher als vor Jahresfrist, so erhöhte er sich in der ersten Hälfte von 1983/84 um gut 13 Prozent auf 1,37 Mrd. DM. Die Stromabgabe der Gruppe wuchs in diesem Halbjahr um 8,3 Prozent auf 4,2 Mrd. kWh, die Gasabgabe um 16,7 Prozent auf 3,43 Mrd. kWh. Vornehmlich in der Gasversorgung baut die Holding auch die Zahl ihrer Eigenbetriebe aus: derzeit sind es elf, vor zwei Jahren waren es erst sechs.

Mit dem Schwergewicht bei der Gasversorgung hat die Holding ihre Sachinvestitionen im Rumpfjahr auf 29,8 (19,2) Mill. DM gesteigert und wiederum voll aus dem Cash flow von 38,8 (44,8) Mill. DM finanziert. Weitaus größter Vermögensposten blieben die 26 Beteiligungen (davon 23 in der Energiewirtschaft) mit unverändert 349 Mill. DM Buchwert bei noch 149 (151) Prozent durchschnittlichem Buchkurs. Der Kurswert der börsennotierten „Hauptbeteiligungen" lag zum Bilanzstichtag bei gut 1,2 Mrd. DM. Der Kurswert des Holding-Aktienkapitals war zum gleichen Zeitpunkt (wie auch schon in den Jahren zuvor) um ein Viertel kleiner.

Neben etlichen Kapitalerhöhungen im Beteiligungskreis plant die Holding für 1983/84 eigene Sachinvestitionen von 39 Mill. DM. Eile mit einer neuen Holding-Kapitalerhöhung (zuletzt 1981 um 30 Mill. DM) läßt der Vorstand nicht erkennen.

Aktien überwiegend nachgebend

Höhere Ausschüttung ließ den PKI-Kurs explodieren

DW.- Die Anregungen, die zunächst von der vorangegangenen freundlicheren New Yorker Aktienbörse ausgegangen waren, wirkten an der Mittwochbörse nur kurze Zeit. Schon in der ersten Börsenstunde gewannen die negativen Faktoren, wie Streik, steigende Zinsen, und die Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung wieder an Einfluß. Das wirkte sich weniger in verstärkten Abgaben als in einer wieder zunehmenden Käuferzurückhaltung aus. Ausgenommen davon blieben einige Spezialwerte des Elektromarktes.

Sehr fest tendierten auch die SEL-Aktien, während es bei Siemens trotz des kräftigen Gewinnanstiegs im ersten halben Jahr des neuen Geschäftsjahres zu kursdrückenden Gewinnmitnahmen kam. Zur Stabilität der Großchemiewerte trug das Ergebnis der Bilanzpressekonferenz von Hoechst bei, auf der Optimismus ausgestrahlt wurde. Der Porsche-Kurs litt unter anhaltenden Verkäufen der Erstzeichner, bei 960 DM schien sich eine Widerstandslinie abzuzeichnen. Zu einer neuen Sonderbewegung kam es bei den Papieren der Aachen-Münchner Beteiligung, die jetzt deutlich über 1000 DM gehandelt wurde. Das Degussa-Bezugsrecht wurde bei einem leicht befestigten Aktienkurs nahezu unverändert gehandelt.

Düsseldorf: Heinrich Lehmann erhöhten sich um 5 DM auf 200 DM, Ravensberger Spinne verbesserten sich um 7 DM auf 190 DM und Thüringer Gas stiegen um 5 DM auf 355 DM. Dt. Texaco gaben um 6 DM, Leffers sanken um 8 DM auf 480 DM und Allianz Vers. verminderten sich um 5 DM.

Franfurt: Weiter beruhigt hat sich das Geschäft in Porsche Va. mit 960 DM minus 13 DM. Die sonsotigen Autowerte gaben bis zu 5 DM nach, so Daimler 575,50 DM minuzs 5,70 DM. Bei den Maschinen- und Stahlaktien blieben Krauss Maffei 1810 DM minus 90 DM, KHD um 5 DM leichter und Seitz Enzinger 190 DM plus 9 DM. **Hamburg:** Beiersdorf konnten weiter auf 345 DM plus 4 DM aufholen. HEW blieben bei 98 DM unverändert während NWK Vz. auf 182 DM auf 2 DM anzoggen. Phoenix Gummi wurden mit 139,80 DM plus 0,50 DM gut behauptet gehandelt.

München: Agrob St. sanken um 4 DM auf 276 DM, Deckel AG wurden um 3 DM leichter taxiert und Gehe AG fielen um 5 DM auf 290 DM. Audi NSU befestigten sich um 4 DM auf 267 DM, Diamalt AG verbesserten sich um 5 DM auf 109 DM und Flachglas AG stiegen um 3 DM auf 248 DM.

Berlin: DUB Schultheis zogen um 7 DM an und Berliner Kindl lagen um 1,50 DM freundlicher. Concordia Chemie wurden um 10 DM niedriger taxiert. Rheinmetall schwächten sich um 9 DM und Scheidemandel um 4,40 Dm ab. Berthold gaben um 2 DM und Orenstein um 1 DM nach.

Nachbörse: leicht nachgebend

WELT-Aktienindex: 151,5 (152,0)
WELT-Umsatzindex: 1902 (1767)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausland

New York

	9. 5.	8. 5.
Burroughs	52,875	52,875
Caterpillar	46,675	47,375
Celanese	75	73,675
City Investing	45	45
Chase Manhattan	48,50	48,75
Chrysler	25	23,75
Citicorp	34	34,50
Clorox	28,75	27,875
Coca Cola	57	57,75
Colgate	24,75	24,75
Comm. Edison	23,75	23,50
Comm. Satellite	23,375	23,375
Continental Group	34,75	34,50
Control Data	31,75	31,25
CPC Int.	37	37,25
Curtiss Wright	37	37,125
Deere	30,125	30,375
Delta Airlines	34,50	35,625
Digital Equipm.	92,125	92,75
Dow Chemical	31,75	32,575
Du Pont	49,875	51,125
Eastern Gas-Fuel	24,25	24,75
Eastman Kodak	66,75	66
Eaton	42	42
Fabergé	30,50	30,875
Firestone	19,50	17,875
Fluor	20,125	20,75
Ford	34,625	35,375
Forster Wheeler	12,125	12,125
Fruehauf	36,625	36,75
GAF Corp.	17,75	17,25
General Dynamics	49,75	50,125
General Electric	54,75	55,25
Louisiana Land	31,625	31,125
Mc Dermott	29	29
Mc Donnell Doug.	53,875	53,25
Merck & Co.	89,875	90,875
Merrill Lynch	25,25	25,75
Mesa Petroleum	18	18
MGM (Film)	15,75	15,375
Minnesota M.	76,625	78
Mobil Oil	30,875	30,625
Monsanto	95,875	97,25
National Gypsum	36,25	36,125
Nat. Semiconductor	15,75	15,625
National Steel	29,75	30
NCR	106	107,125
Newmont	47,75	48,375
PanAm World	6	5,875
Pfizer	33,50	33,875
Phibro	37	31,625
Phillips Petroleum	42,875	42,875
Philip Morris	67,25	67,25
Pittston	13,625	13,375
Polaroid	29,50	29,125
Prime Computer	14,625	14,875
Procter & Gamble	47,125	47,625
RCA	36	36
Revlon	36,125	35,75
Reynolds Ind.	61,75	61
Rockwell Int.	26,875	27
Rorer Group	30	30,625
Schlumberger	5-,625	57,25
Sears, Roebuck	31,625	32,625
Shell Oil	58	57,625
Singer	27,50	26,375
Whittaker	20,25	19,625
Wyly	10,125	10
Woolworth	34,375	34,75
Xerox	40,125	40
Zenith Radio	30,125	29,75
Dow Jones Index	1165,52	1176,30
Stand. & Poors	160,11	160,52

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	9. 5.	8. 5.
Abitibi Paper	26	26,625
Alcan Alu.	37,50	38,625
Bk. of Montreal	24,125	24,375
Bk. of Nova Scotia	11,25	11,375
Bell Cdn. Enterpr.	31,375	31,25
Bluesky Oil	4,85	4,85
Bow Valley Ind.	24,25	24,125
Brenda Mines	13	–
Brunswick M. & Sm.	17	17,125
Cdn. Imperial Bk.	25,75	25,875
Cdn. Pacific Ltd.	43,75	44,125
Cdn. Pacif. Enterpr.	22	22,75
Cominco	16,50	17
Conwest Res.	3,80	3,75
Denison Mines	17	16,75
Dome Petroleum	3,70	3,65
Domtar	33,50	34,125
Falconbridge Ltd.	–	65
Great Lakes Forest	88,25	88,25
Gulf Canada	18,50	18,875
Gulfstream Res.	–	0,95
Shell Canada	25,625	24,125
Sherritt Gordon	8,125	7,75
Stelco -A-	24,75	25,25
TransCdn. Pipelines	14,75	14,875
Westcoast Transm.	14	14
Index: TSE 300	2324,30	2336,50

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	9. 5.	8. 5.
AR. Lyons	167	167
Anglo Am. Corp $	–	–
Anglo Am. Gold $	–	–
Babcock Int.	172	171
Barclays Bank	479	482
Beecham	320	321
Bowater	308	309
B. A. T. Industries	230	247
Br. Leyland	67	65
British Petroleum	501	505
Burmah Oil	184	181
Cadbury Schweppes	140	141
Charter Cons.	241	245
Cons. Gold. Fields	557	567
Cons. Murchison	–	880
Courtaulds	151	155
De Beers $	7,38	7,38
Distillers	308	307
Driefontein $	–	–
Dunlop	41	41

Mailand

	9. 5.	8. 5.
Bastogi	138,75	138,25
Breda	3930	4060
Centrale	1775	1799
Farmitalia C. Erba	9080	9050
Fiat	4240	4240
Fiat Vz.	3295	3780
Finsider A	38,25	37,5
Generali	36200	36170
Gruppo Lepetit	24250	24250
IFI Vz.	5290	5299
Italcementi	48450	48300
Italgas	1058,5	1018
Magneti Marelli	1104	1102
Mediobanca	59950	60200
Mondadori	1975	1980
Montedison	214	212,5
Olivetti Vz.	4260	4280
dgl. St.	4820	4730
Pirelli SpA	1502	1506
Rinascente	447	449,75
RAS	53000	52510
S. A. I.	11900	11710
SIP	1876	1876
Snia Viscosa	1583	1569
STET	1999	2010
Index	213,23	212,54

Amsterdam

	9. 5.	8. 5.
Nationale Ned.	229,2	226
Ned. Lloyd Groep	124,5	125
van Ommeren	31,7	30,8
Pakhoed	67,6	65
Philips	48	47,5
Rijn-Schelde	2,82	3
Robeco	66,3	66,1
Rolinco	64,8	64,5
Royal Dutch	160,4	159,6
Unilever	264,3	264,6
Ver. Masch.	120	117
Volker Stevin	31,1	31,1
Westland Utr. Hyp.	94,5	94,5
Index: ANP/CBS	132,8	131,5

Wien

	9. 5.	8. 5.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	211
Gösser-Brauerei	326	326
Länderbank Vz.	205	205
Österr. Brau AG	299	299
Perlmooser	366	363
Reininghaus	378	385
Schwechater Br.	154	155
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	146	149
Universale Hoch Tief	209	208
Veitscher Magnesit	216	217
Index	54,79	54,87

Tokio

	9. 5.	8. 5.
Matsushita El. Wks.	760	766
Mitsubishi El.	435	435
Mitsubishi H. I.	262	261
Nikko Sec.	525	530
Nippon El.	1350	1350
Nippon St.	182	183
Nomura Sec.	860	862
Pioneer	2530	2590
Ricoh	1050	1060
Sankyo	694	690
Sanyo Electric	536	529
Sharp	1190	1200
Sony	3590	3588
Sumitomo Bank	1180	1158
Sumitomo Marine	512	505
Takeda Chem.	704	706
Teijin	433	440
Tokio Marine	652	655
Tokyo El. Power	1330	1340
Toray	473	474
Toyota Motor	1420	1440
Index	865,79	866,21

Kopenhagen

	9. 5.	8. 5.
Den Danske Bank	239	241
Jyske Bank	540	540
Kopenh. Handelsbk.	740	242
Novo Industri	2525	2530
Privatbanken	250	253
Ostasiat. Komp.	179	176
Dan. Sukkerfabr.	645	655
For. Bryggerier St.	975	975
Kgl. Porc. Fabr.	395	385

Zürich

	9. 5.	8. 5.
Sandoz Inh.	4850	4800
Sandoz Part.	1075	1065
Saurer	226	227
Schw. Bankges.	3620	3605
Schw. Bankverein	356	350
Schw. Kredit	2320	2308
Schw. Rückv. Inh.	8250	8250
Schw. Volksb. Inh.	1470	1440
Sika -B-	2840	2840
Sulzer Partizip	295	284
Swissair	1035	1025
dgl. NA	835	840
Winterthur Inh.	3480	3390
Winterthur Part.	3030	3018
Zür. Vers. Inh.	18400	18400
Ind.: Schw. Kred.	317,2	315,7

Brüssel

	9. 5.	8. 5.
Arbed	1845	1855
Brux. Lambert	2360	2305
Cockerill Ougrée	318	330
Ebes	2545	2545
Gevaert	3245	3250
Kredietbank	7190	7120
Petrofina	7950	7980
Soc. Gén. d. Belg.	1870	1858
Sofina	6410	6500
Solvay	4165	4145
UCB	5240	5210
Index	154,47	153,5

Madrid

	9. 5.	8. 5.
Union Explosivos RT	20	20
Urbis	38,56	39,5
Vallehermoso	51	51
Index	120,44	117,67

Hongkong

	9. 5.	8. 5.
China Light + P.	10,60	11,10
Hongkong Land	3,50	3,12
Hongk. + Sh. Bk.	4,50	4,40
Hongk. Teleph.	41,50	41,50
Hutch. Whampoa	14,70	15,50
Jard. Matheson	9,60	10,00
Swire Pac. + A +	15,10	15,50
Wheelock + A +	3,30	3,40

Singapur

	9. 5.	8. 5.
Cycle + Car.	3,98	–
Cold Storage	3,86	3,88
Dev. Bk. of Sing.	9,75	–
Fraser + Neave	6,80	4,00
Kl. Kepong	2,98	2,97
Mal. Banking	9,90	9,90
Nat. Iron	4,08	4,00
OCBC	10,40	10,30
Sime Darby	2,41	2,42
Singapur Land	4,90	4,94
Un. Overs. Bank	5,38	5,30

Paris

	9. 5.	8. 5.
Perrier (Source)	540	
Peugeot-Citroën	251	
Printemps	165	
Radio Techn.	308	
Redoute & Roubaix	1260	
Schneider	98,9	
Sommer Allibert	611	
Thomson C. S. F	374	
Usinor	2,54	
Index: INSEE	117,0	

Geschlossen

Sydney

	9. 5.	8. 5.
ACI	1,81	1,85
Ampol Explor.	4,35	4,35
Westpacific Banking	3,90	3,90
Bridge Oil	2,85	2,80
Brok. Hill Prop.	11,15	11,15
Coles	3,78	3,78
CRA	5,84	5,90
CSR (Theiss)	3,66	3,70
Metals Expl.	0,55	0,53
MIM-Holdings	3,25	3,32
Myer Emporium	1,95	1,95
North Broken Hill	2,56	2,60
Oakbridge	0,95	0,95
Peko Wallsend	4,96	5,00
Poseidon	4,65	4,70
Thomas Nat. Tr.	1,98	1,90
Waltons Bond	0,58	0,56
Western Mining	4,00	4,05
Woodside Petr.	–	1,25
Index	750,50	750,9

Optionshandel

Frankfurt: 9. 5. 84: 602 Optionen = 31 650 (25 900) Aktien, davon 180 Verkaufsoptionen = 9400 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/5,15, 7-110/2,4, 10-100/9, 10-120/2,4, 1-100/12,1, 1-130/1,4, BASF 7-160/13,5, 7-170/6,5, 7-180/2,2, 10-180/5,6, 10-200/2,9, 1-170/13, Bayer 7-170/10, 7-178,3/4, 7-180/3,6, 7-190/1,9, 10-17/14,5, 10-180/8,2, 10-190/4,4, 1-190/7,5, Commerzbank 7-170/12, 7-180/4,9, 7-190/2,1, 10-180/9,8, 10-190/5, 1-190/7,5, Conti 7-130/6,1, 7-140/2, 10-140/5, 1-130/15, Daimler 7-580/17,4, 7-590/11,4, 7-600/9,4, 10-580/34, 10-600/26, Deutsche Bank 7-400/3,9, 10-400/11,1, Degussa 10-400/22, Dresdner Bank 7-170/11, 7-180/3,9, 10-180/7,9, GHH ST 1-160/6,1, Hoechst 7-190/2,9, 10-190/6,9, 10-200/4,5, Hoesch 7-110/11, 7-120/3,5, 10-120/8,6, 10-130/3,9, Karstadt 7-270/5,1, 10-280/5,1, Klöckner 7-65/1,5, 10-55/9,7, 10-60/6, 10-65/3,9, 1-60/10,5, 1-65/6,2, 1-70/3,5, Mercedes 10-520/25, Mannesmann 7-160/1,5, 10-160/4,1, 1-160/7,4, RWE ST 10-170/4, RWE VZ 7-170/1, 10-170/3,4, Siemens 7-400/10, 7-420/5,5, 10-400/21,2, 10-410/14,4, 10-420/9,4, Thyssen 7-85/3, 7-90/1,8, 10-90/4,3, 10-95/2,8, 10-100/2,5, Veba 10-170/9, 1-180/7, VW 7-190/17, 7-200/9,4, 7-220/1,4, 10-200/14,5, 10-210/5, 10-220/6, 10-230/4, 10-240/2, 1-200/18, 1-230/7,5, Alcan 10-60/2,2, Chrysler 7-70/4,1, 10-60/13,7, 10-70/7,9, 10-75/4,5, Elf 7-80/8, 10-85/6,4, IBM 1-330/22,5, Norsk Hydro 7-230/11,2 Philips 7-38,90/5,6, 7-43,90/2, 7-45/1, 10-40/4,7, 10-43,90/2,5, Sperry 1-120/5, Xerox 1-120/6,5, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-95/1,2, 10-95/2,5, 1-95/5,4, Bayer 7-170/2,4, BMW 7-410/20, Commerzbank 10-180/7, 1-180/8, Conti 7-130/2,2, 10-130/4, 1-130/5, Daimler 7-560/5, 7-570/13, Deutsche Bank 10-390/19, Dresdner Bank 10-170/3, 1-170/4, Karstadt 10-270/9,6, Klöckner 7-60/3, 10-55/1,5, 1-60/3,9, Lufthansa ST 7-160/10-11, Mannesmann 10-14/2, Preussag 1-270/3,8, RWE ST 10-160/2, 1-160/3, RWE VZ 1-160/3,4, Siemens 7-390/2,5, 1-370/4, 1-380/7,5, Thyssen 7-85/3, 10-85/4,8, 1-80/2,4, Veba 10-170/2,5, VW 7-190/2, 7-200/6,5, 7-210/14, 7-220/024, 7-230/34, 10-17/2, 10-190/3,4, 10-200/8, 10-210/15, 10-220/25, 1-190/4,7, 1-200/9, Chrysler 7-65/1,5, 10-65/3, 10-70/5,5, 10-75/12,6, Elf 10-85/3,2, Philips 10-45/4,5 (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 5.; *Redaktionsschluß 14.30 Uhr:*

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅞–11⅛	5½–5¾	3½–3¾
3 Monate	11¼–11½	5¾–6⅛	3⅞–4⅛
6 Monate	11⅞–12⅛	6 –6¼	4⅛–4⅜
12 Monate	12½–12¾	6⅜–6⅝	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1545,00	1909,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1265,00	1524,75
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	244,00	300,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	233,00	288,42
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Platin Noble Man	1092,00	1284,78
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	262,00	326,04
20 schweiz Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	965,00	1163,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	560,88
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

9. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.-Ankfs.-Kurs[4]	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3]	2,7729	2,7809	2,7375	2,73	2,82
London[1]	3,833	3,847	3,806	3,78	3,93
Dublin[1]	3,068	3,082	3,025	2,96	3,11
Montreal[3]	2,1442	2,1522	2,1179	2,09	2,19
Amsterd.	88,850	89,070	88,92	88,00	90,00
Zürich	121,600	121,800	121,70	120,00	122,75
Brüssel	4,908	4,928	4,843	4,74	4,94
Paris	32,515	32,675	32,036	31,75	33,50
Kopenh.	27,325	27,445	27,065	26,25	28,25
Oslo	35,390	35,510	34,790	34,50	36,25
Stockh.**)	34,125	34,285	33,805	33,25	35,00
Mailand[2] **)	1,615	1,625	1,582	1,58	1,68
Wien	14,208	14,248	14,203	14,11	14,33
Madrid**)	1,786	1,796	1,741	1,78	1,88
Lissabon**)	1,985	2,005	1,920	1,65	2,45
Tokio	1,2105	1,2135	–	1,17	1,23
Helsinki	47,420	47,820	46,30	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen*) **)	2,52	2,574	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,519	2,539	–	2,47	2,58
Johannesbg.*)	2,1735	2,1925	–	1,75	2,00

Alles in Hundert. [1] 1 Pfund, [2] 1000 Lire; [3] 1 Dollar; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Trotz der Primerate-Anhebung am Vortag durch die amerikanischen Geschäftsbanken eröffnete der Dollar-Kurs mit 2,7730. Nach ruhigem Beginn belebte sich das Marktgeschehen zur Tagesmitte und angeregt durch kommerzielle Käufe stieg der Kurs am 9. 5. bis 2,7850 an. Der amtliche Mittelkurs wurde noch mit 2,7769 festgestellt. Die Bundesbank intervenierte dabei mit einem Verkauf von 50 Mill. Dollar. Nach der Entlassung von Herrn Feldstein aus dem Amt des Wirtschaftsberaters von Präsident Reagan gab der Dollar-Kurs geringfügig nach und pendelte zum Geschäftsschluß um 2,78. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen konnte die D-Mark meist geringfügige Kursgewinne verbuchen. Das britische Pfund verzeichnete einen Rückgang um 5 Promille auf 3,840. Die italienische Lire festigte sich auf 1,620, dem höchsten Kurs seit Mitte Februar. US-Dollar in: Amsterdam 3,1250; Brüssel 56,43; Paris 8,5315; Mailand 1718,00; Wien 19,5160; Zürich 2,2818; Ir. Pfund/DM 3,075; Pfund/Dollar 1,3828; Pfund/DM 3,840.

Ostmarkkurs am 9. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Dollar-Zinsen am Euromarkt setzte sich am 9. Mai weiter fort. Die Dollar-Abschläge per Termin notierten kräftig erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,35/1,25	4,00/3,90	8,00/7,80
Pfund/Dollar	0,24/0,26	0,75/0,78	1,58/1,62
Pfund/DM	1,80/0,40	4,10/2,70	7,30/8,10
FF/DM	26/10	64/48	126/110

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 5.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,00 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,98) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,90, Rendite 7,80.

Arbeiten Sie doch, wo Sie wollen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

		9. 5.	8. 5.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,6G	100,6
8¼ dgl. 76	9.84	100,65G	100,65G
6 dgl. 78 III	11.84	100,05	100

Renten weiter nachgebend

Die anfänglichen Hoffnungen auf eine Stabilität der Rentenkurse haben sich am Mittwoch nicht erfüllt. Im Verlaufe überwog das Angebot, die Kurse der öffentlichen Anleihen fielen weiter zurück. Im Gegensatz zum Vortag hat die Kaufbereitschaft deutlich nachgelassen. Das trifft auch für die DM-Auslandsanleihen zu. Die zuletzt herausgekommenen Emissionen sind in der Regel nur teilweise plaziert worden. Die neue 8prozentige EIB-Anleihe wird im Handel unter Banken mit einem Abschlag von einem Punkt gehandelt. Pfandbriefe wenig verändert.

	9. 5.	8. 5.
M 5½ Bayer Hypo Pf 14	92,5G	92,5G
6 dgl. Pf 23	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,5bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	99G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 30	124G	124G
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	75G	75bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	81,75G	81,75G
6 dgl. KS 1	99,5G	99,5G
[illegible]		

	9. 5.	8. 5.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,5G	90,5G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	101,25G	101,25G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	82G	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5G	90,5G
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,55
9 dgl. KO 125	–	–
[illegible]		
8 dgl. KS 133	99,5G	99,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	103,5G	103,5G
9½ dgl. KS 171	104,25G	104,25bG

	9. 5.	8. 5.
M 5 Verbank Nbg Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,35G	100,35bG
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4bG
6¼ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	99,25G	99,25G
7 dgl. KO 555	100,4G	100,4G
6¼ dgl. KS 420	96,5G	96,5G
9¼ dgl. KO 1301	105,15G	105,15G
8¼ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
[illegible]		
7¾ dgl. 71		
7½ dgl. 76		
7½ Klöckner W. 71		
8 dgl. 72		

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

FINANZANZEIGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: [illegible]

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: [illegible]

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

[illegible]

Mit dem neuen Apple IIc.

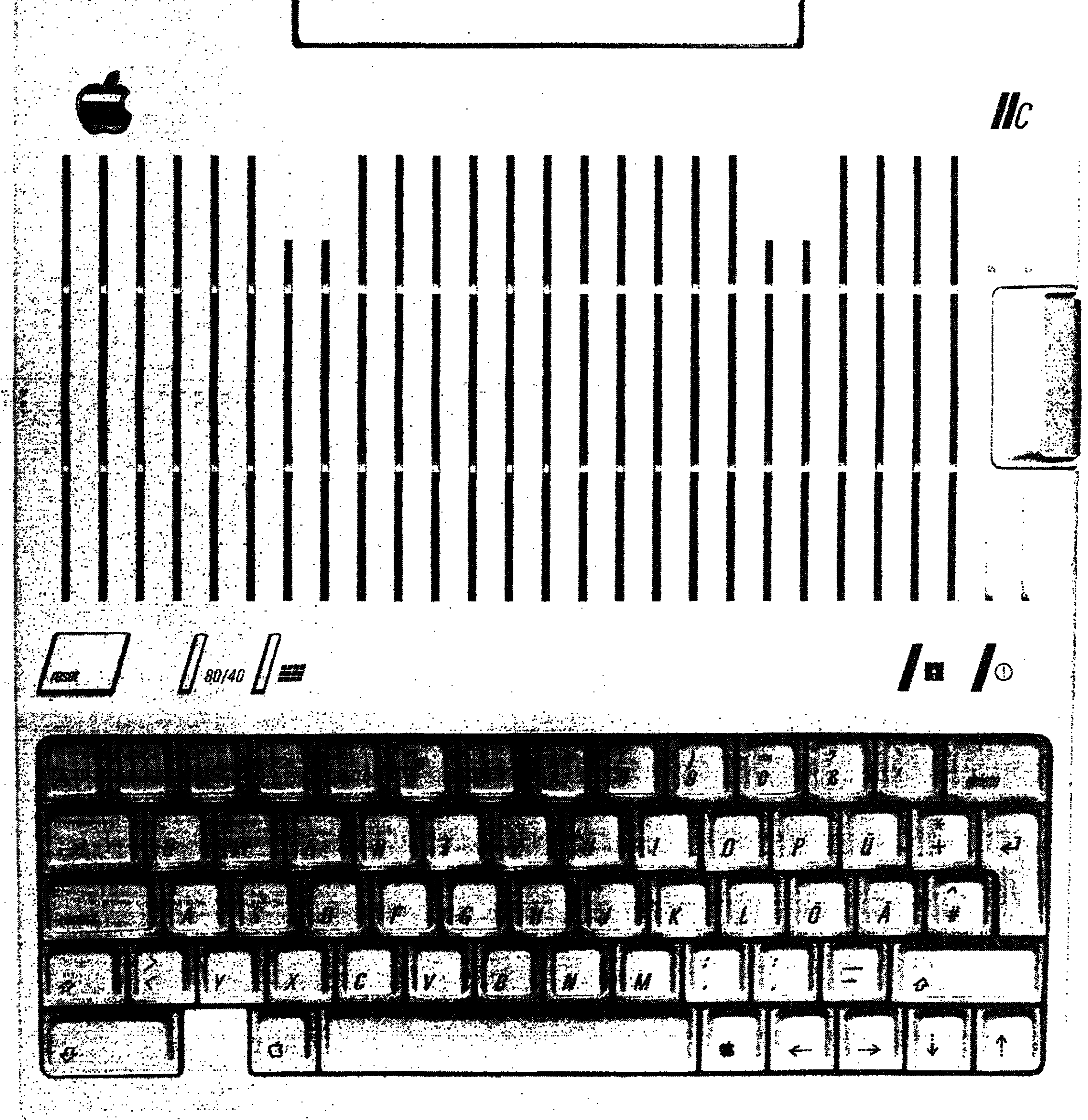
Kein Business ohne Büroarbeit, klar. Aber wer sagt, daß Büroarbeit auch im Büro erledigt werden muß? Wieso kann man nicht im kühlen Schatten eines Mandelbaumes Lager-Bestandsaufnahmen überprüfen? Budgets nicht gemütlich im Bett erstellen? Statistiken nicht im Hotelzimmer führen? Gewinne nicht schon im Flugzeug kalkulieren? Man kann. All das und vieles mehr kann man mit dem neuen Apple IIc. Und zwar auch außerhalb des Büros, wo immer man will. Damit ist der neue Apple IIc eine der bemerkenswertesten Entwicklungen, seit Apple Personal Computer baut.

Und darüber hinaus hat er alle Eigenschaften, die einen Apple von anderen Computern unterscheiden: er ist solide gebaut, zuverlässig und unkompliziert.

Mit rund 17.000 Anwenderprogrammen kann er das größte Software-Angebot der Welt nutzen, und zwar genauso wie sein großer Bruder Apple IIe.

Nur ist er leichter und nicht größer als ein Aktenkoffer. Damit kann sogar jede Arbeit, die im Büro auf dem Apple IIe begonnen wurde, irgendwo anders auf dem Apple IIc fortgesetzt werden.

Fragen Sie mal einen Fachmann nach dem neuen Apple IIc. 220 Apple Fachhändler warten auf Ihren Besuch. Und sie werden Ihnen dasselbe raten wie wir: Arbeiten Sie doch, wo Sie wollen. Mit dem neuen Apple IIc.



Original-Größe (Mit eingebautem Diskettenlaufwerk).

Apple IIc. Arbeiten, wo es Spaß macht.



Warenpreise – Termine

Mit weiteren Abschlägen schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex, leicht befestigen konnte sich dagegen Kupfer. Während Kaffee durchweg schwächer aus dem Markt ging, notierte Kakao in engen Grenzen uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

	9. 5.	8. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	368,50	368,00
Juli	344,25	344,00
Sept.	344,75	344,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	245,95	244,60
Amber Durum	235,50	234,30
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	140,00	138,50
Juli	143,50	140,50
Okt.	147,70	145,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	140,00	139,70
Juli	132,20	132,00
Okt.	124,50	124,00
Hafer Chicago (c/bush)		
Mai	177,00	175,75
Juli	181,75	181,50
Sept.	183,50	184,00
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	349,00	351,50
Juli	347,50	351,50
Sept.	320,75	322,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Mai	139,40	138,00
Juli	136,70	135,60
Okt.	128,80	128,80

Genußmittel

	9. 5.	8. 5.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	150,99	152,20
Juli	148,15	149,10
Sept.	144,75	145,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	2550	2545
Juli	2553	2550
Sept.	2565	2567
Umsatz	3735	4707
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,70	5,60
Sept	6,03	5,95
Okt.	6,23	6,17
Jan.	6,85	6,70
März	7,43	7,33
Umsatz	12 225	13 775
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,47	5,65
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	2145–2147	2160–2165
Juli	2156–2157	2165–2167
Sept.	2133–2134	2135–2137
Umsatz	4217	3468
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1928–1929	1903–1909
Juli	1945–1947	1921–1923
Sept.	1945–1947	1932–1933
Umsatz	4060	4107
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Aug.	158,20–158,40	155,20–155,40
Okt.	168,00–168,20	164,20–164,40
Dez.	175,20–175,60	171,20–171,40
Umsatz	2629	4372
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 5.	8. 5.
schw. Sarawak spez.	350,00	345,00
weißer Sarawak	645,00	645,00
weißer Muntok	652,50	652,50
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Mai	187,45	187,00
Juli	185,35	184,70
Sept.	184,65	182,20
Nov.	180,00	177,15
Jan.	178,00	175,70
Umsatz	850	800

Öle, Fette, Tierprodukte

	9. 5.	8. 5.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	56,00	56,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	35,25	34,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	36,45	36,25
Juli	36,25	35,90
Aug.	35,05	34,85
Sept.	33,30	33,20
Okt.	30,20	30,40
Dez.	28,80	28,95
Jan.	28,05	28,40
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	37,50	37,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	31,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	22,875	22,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	R55,00	55,07
Juli	58,40	58,65
Aug.	58,80	59,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	67,85	68,25
Juli	67,60	68,25
Aug.	66,40	67,00
Häute		
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	70,00	70,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	827,00	827,00
Juli	835,00	837,00
Aug.	824,00	822,00
Sept.	764,50	768,00
Nov.	724,00	725,50
Jan.	735,50	735,50
März	746,50	747,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	189,50	189,50
Juli	195,00	196,00
Aug.	196,00	198,50
Sept.	192,00	192,00
Okt.	184,50	186,00
Dez.	185,50	187,50
Jan.	188,00	189,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	9. 5.	8. 5.
Mai	382,00	372,50
Juli	382,00	377,50
Okt.	384,00	383,00
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	55,00	53,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1150,00	–
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	625,00	580,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	925,00	965,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	275,00	268,50
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1270,00	1290,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	340,00	318,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	9. 5.	8. 5.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	83,20	82,80
Aug.	80,75	
Okt.	80,10	80,50
Dez.	77,40	79,80
März	78,80	77,10
Mai	79,20	78,40
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	52,75	52,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Mai	420–427	420–424
Aug.	443–448	442–447
Okt.	445–449	444–448
Umsatz	46	142
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Mai	unerhältl.	geschl.
Juli	unerhältl.	geschl.
Okt.	unerhältl.	geschl.
Dez.	unerhältl.	geschl.
Umsatz	–	–
		Tendenz: –
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Mai	568,0–568,0	567,0–570,0
Juli	579,0–580,0	578,0–580,5
Okt.	568,0–573,0	588,0–589,0
Umsatz	54	25
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Mai	13 905	13 904
Juni	13 903	13 866
Kautschuk		
London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	73,00–75,00	73,00–75,00
Juni	72,00–74,00	73,00–75,00
Juli	72,00–74,20	74,40–75,80
Aug.	76,00–76,40	76,00–77,00
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Juni	233,00–233,75	226,00–228,50
Juli	238,00–239,00	233,00–233,50
Nr. 2 RSS Juni	229,00–230,00	226,00–227,00
Nr. 3 RSS Juni	225,50–226,50	222,50–223,50
Nr. 4 RSS Juni	218,50–219,50	216,50–217,50
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)		
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 5.	8. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	120,80–121,18	125,71–125,90
drittfolg. Monat	123,10–123,30	128,03–128,22
Zink: Basis London		
laufend. Monat	266,98–267,37	267,87–268,44
drittfolg. Monat	259,88–260,53	260,32–261,08
Produz.-Preis	303,12	303,59
Reinzinn 99,9%	3870–3906	3838–3878

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 5.	8. 5.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	392,01–393,93	396,28–398,22
Blei in Kabeln	128,50–129,50	133,50–134,50
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	9. 5.	8. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	388	390
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428–430	430
MS 63	418–423	421–427

Zinn-Preis Penang

	9. 5.	8. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 5.	8. 5.
Leg. 225	420–443	420–443
Leg. 226	422–445	422–445
Leg. 231	452–475	452–475
Leg. 233	462–485	462–485

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 5.	8. 5.
Platin (DM je g)	36,658	36,568
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 700	33 600
Rücknahmepr.	32 950	32 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 630	33 610
Rücknahmepr.	32 950	33 080
verarbeitet	35 290	35 270
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 355	33 400
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	785,00	780,30
Rücknahmepr.	769,30	764,60
verarbeitet	813,80	814,90

Internationale Edelmetalle

	9. 5.	8. 5.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	372,65	371,50
15.00	372,60	371,50
Zürich mittags	372,40–372,90	371,00–372,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 800	geschl.
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	625,65	618,05
3 Monate	636,50	631,90
6 Monate	655,40	647,25
12 Monate	686,65	678,25
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	276,80	276,30
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	110,15	138,50

New Yorker Preise	9. 5.	8. 5.
Gold H & H Ankauf	372,60	371,50
Silber H & H Ankauf	871,00	882,00
Platin fr. Händlerpr.	387,00–395,00	387,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	152,00–153,00	154,50–155,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	861,00	870,00
Juni	865,50	873,50
Juli	874,60	880,50
Sept.	891,00	899,30
Dez.	918,00	925,00
Jan.	926,70	935,25
März	947,60	952,00
Umsatz	25 000	29 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 5.	8. 5.
Mai	62,00	61,70
Juni	62,40	62,25
Juli	63,00	62,85
Sept.	64,25	64,25
Dez.	66,30	66,10
Jan.	67,00	66,65
März	68,35	68,05
Umsatz	10 000	14 000

Londoner Metallbörse

	9. 5.	8. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	938,00–938,50	938,00–938,50
3 Monate	961,00–961,50	960,00–960,50
Blei (£/t) Kasse	315,50–316,50	320,00–321,00
3 Monate	321,50–322,00	325,00–325,50
Kupfer		
Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1006,5–1007,0	1012,0–1013,5
3 Monate	1024,0–1025,0	1028,5–1029,0
abends Kasse	1012,0–1013,0	1004,5–1005,5
3 Monate	1030,0–1030,5	1020,5–1021,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1012,0–1013,0	1003,0–1004,0
3 Monate	1022,0–1023,5	1013,0–1014,0
Zink (£/t) Kasse	694,00–695,00	690,00–691,00
3 Monate	676,00–677,00	675,00–676,00
Zinn (£/t) Kasse	9030–9033	9060–9070
3 Monate	9028–9030	9055–9057
Quecksilber ($/Fl.)	308–315	308–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	86–87	86–89

FINANZANZEIGEN

Peine+Salzgitter

Ihr Partner für Stahl

– Wertpapier-Kenn-Nr. 620 200 –

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zu der am Dienstag, den 19. Juni 1984, 11.00 Uhr, im Hotel Inter-Continental (Ballsaal), Friedrichswall 11, Hannover, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982/83 mit dem Bericht des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982/83.
3. Neuwahl des Aufsichtsrates.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983/84.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 10. 5. 1984 veröffentlicht. Wir bitten, dieser Bekanntmachung die Erläuterungen zur Tagesordnung zu entnehmen. Im übrigen verweisen wir auf den unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Geschäftsbericht, dem die Mitteilung gemäß § 125 AktG mit der ungekürzten Einladung beigefügt ist.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Mittwoch, 13. Juni 1984, bei einer der in der vollständigen Einladung genannten Hinterlegungsstellen hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegt halten. Es kann auch in der Weise hinterlegt werden, daß Aktien mit Zustimmung einer der Hinterlegungsstellen für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Auch kann bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Fall ist der Hinterlegungsschein bis spätestens Donnerstag, 14. Juni 1984, unserer Gesellschaft einzureichen.

Über die Hinterlegung wird eine als Eintrittskarte dienende Bescheinigung ausgestellt.

Salzgitter, im Mai 1984

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG
Der Vorstand

SCHERING

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Schering Aktiengesellschaft
Berlin und Bergkamen

(Wertpapier-Kenn-Nummern 717 200 und 717 201)

Wir laden hiermit zu unserer diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung ein, die am Mittwoch, 20. Juni 1984, 10 Uhr, im Internationalen Congress Centrum Berlin, Messedamm/Ecke Neue Kantstraße, 1000 Berlin 19 (Charlottenburg) stattfindet.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats

Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983

2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats
5. Neuwahl des Aufsichtsrats
6. Beschlußfassung über die Zustimmung zu der Eingliederung der Diamalt Aktiengesellschaft, München, in die Schering Aktiengesellschaft, Berlin und Bergkamen
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die vollständige Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 10. Mai 1984 enthalten. Bitte entnehmen Sie dieser Bekanntmachung Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung. Letzter Hinterlegungstag ist Mittwoch, 13. Juni 1984.

Allen Kreditinstituten, die Schering-Aktien verwahren, haben wir die Mitteilungen für die Aktionäre gemäß § 125 AktG und die Kurzfassung unseres Geschäftsberichts für das Jahr 1983 mit der Bitte um Weiterleitung an jeden Schering-Aktionär übersandt. Wir bitten diejenigen Aktionäre, die ihre Schering-Aktien durch eine Bank verwahren lassen und von dieser wider Erwarten nicht bis Anfang Juni 1984 diese Unterlagen erhalten haben, sie bei ihrer Bank anzufordern.

Berlin, 10. Mai 1984 Der Vorstand



Dividendenbekanntmachung

Wertpapier-Kenn-Nr. 807 800

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft beschloß am 9. Mai 1984 für das Geschäftsjahr 1983 die **Ausschüttung einer Dividende von DM 10,– sowie eines Bonus von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,–.**

Die Auszahlung erfolgt ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 39 der Aktien.

In Höhe von 9/16 der Ausschüttung (= DM 7,03) ist mit Dividende und Bonus ein Steuerguthaben verbunden. Dieses wird mit der Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet bzw. erstattet.

Der Kapitalertragsteuerabzug entfällt bei inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine vom Wohnsitzfinanzamt auf Antrag ausgestellte Nicht-Veranlagungsbescheinigung eingereicht haben. In diesem Fall vergütet die Depotbank auch das Steuerguthaben.

Zahlstellen sind neben den Kassen der Gesellschaft in Frankfurt a. M. und Bremen die nachstehend genannten Banken:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft in Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Mannheim und München,

Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M.,

Berliner Handels- und Frankfurter Bank in Berlin und Frankfurt a. M.,

Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft in Berlin,

Bremer Bank Niederlassung der Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft in Bremen,

Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner, Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft in Saarbrücken.

Frankfurt am Main – Bremen, den 9. Mai 1984

DER VORSTAND

Dräger

Wir laden unsere Aktionäre zu der am

Freitag, dem 22. Juni 1984, 11.00 Uhr,

im Maritim-Hotel und Congress-Center, Lübeck-Travemünde, Trelleborgallee 2, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1983, des Geschäftsberichtes des Vorstandes und des Berichtes des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1983
Nachdem aus dem Bilanzgewinn von DM 8.545.402,— gemäß § 17 Abs. 1 der Satzung DM 1.634.402,— auf das Genußscheinkapital ausgeschüttet werden – dies entspricht einer Dividende von DM 7,— je Genußschein im Grundbetrag von DM 50,— – schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vor, den nach § 58 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 17 der Satzung der Ausschüttung unterliegenden Bilanzgewinn von DM 6.911.000,— zur Zahlung einer Dividende von DM 6,— je Stammaktie im Nennwert von DM 50,— und von DM 7,— je Vorzugsaktie im Nennwert von DM 50,— auf das Grundkapital von DM 53,9 Mio, zahlbar am 25. Juni 1984, zu verwenden.
3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1983
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstandes Entlastung zu erteilen.
4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1983
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrates Entlastung zu erteilen.
5. Vergütung des Aufsichtsrates
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Vergütung, die gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung zu verteilen ist, auf DM 145.000,— festzusetzen.
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Verhülsdonk & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Stammaktionäre sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts, Vorzugsaktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind jedoch nur die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine spätestens am 12. Juni 1984 bei der Gesellschaftskasse oder bei den nachstehend aufgeführten Hinterlegungsstellen hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung der Aktien kann auch bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesen Fällen ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift spätestens am 13. Juni 1984 bei der Gesellschaft einzureichen.

Hinterlegungsstellen sind in Lübeck, Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Kiel und München:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Delbrück & Co.
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
MM. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für Sie bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt werden und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Drägerwerk Aktiengesellschaft

Lübeck, im Mai 1984 DER VORSTAND

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

GELSENWASSER AG



EINLADUNG AN DIE AKTIONÄRE ZUR ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG AM DONNERSTAG, 28. JUNI 1984, 10.30 UHR, IM MUSIKTHEATER (KLEINES HAUS), GELSENKIRCHEN

TAGESORDNUNG

1. JAHRESABSCHLUSS 1983
Vorlage des von Vorstand und Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäfts- und Aufsichtsratsberichts für die GELSENWASSER AG sowie des konsolidierten Abschlusses und des Geschäftsberichts für die GELSENWASSER-Gruppe.

2. BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 16.250.000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 6,00 DM zuzüglich 0,50 DM Bonus je 50-DM-Aktie – 12% Dividende + 1% Bonus – auf ein Grundkapital von 125.000.000 DM zu verwenden.

3. ENTLASTUNG DES VORSTANDS
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4. ENTLASTUNG DES AUFSICHTSRATS
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5. WAHL DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1984
Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 die Westdeutsche Industrie-Treuhandgesellschaft mbH, Mülheim (Ruhr), zu wählen.

Den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht erhalten die Aktionäre auf Verlangen über ihre Depotbanken. Aktionäre, die ihre Aktien nicht bei einer Bank verwahren lassen, können die genannten Unterlagen bei der Gesellschaft anfordern.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien gemäß § 20 der Satzung unserer Gesellschaft spätestens am 19. 6. 1984 bei den nachfolgend genannten Banken bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen:

DEUTSCHE BANK AG
DEUTSCHE BANK BERLIN AG
COMMERZBANK AG
BERLINER COMMERZBANK AG
SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.
WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
WESTFALENBANK AG
DRESDNER BANK AG
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG
TRINKAUS & BURKHARDT
DEUTSCHE BANK SAAR AG
COMMERZ-CREDIT-BANK AG EUROPARTNER

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Die Hinterlegung bis zur Beendigung der Hauptversammlung kann auch bei einem deutschen Notar, bei einer öffentlichen Behörde oder bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank erfolgen; in diesem Falle ist die von diesen Stellen ausgestellte Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am ersten Werktag – der Sonnabend gilt nicht als Werktag – nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

GELSENKIRCHEN, IM MAI 1984

GELSENWASSER AG

HAMBORNER BERGBAU AKTIENGESELLSCHAFT Duisburg-Hamborn

– Wertpapier-Kenn-Nr. 601 300 –

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der am

Freitag, dem 22. Juni 1984, 10.30 Uhr,

im Kleinen Saal der Mercatorhalle in Duisburg, König-Heinrich-Platz (Eingang Königstraße),

stattfindenden

ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

unserer Gesellschaft ein.

Tagesordnung

1) Vorlage des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 und des Geschäftsberichts mit dem Bericht des Aufsichtsrats
2) Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1983
3) Beschlußfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1983
4) Beschlußfassung über die Vergütung an den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1983
5) Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Zu Punkt 2) der Tagesordnung schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 5 313 000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 7,– DM auf jede Aktie im Nennbetrag von 50,– DM zu verwenden. Zusammen mit der anrechnungsfähigen Körperschaftsteuergutschrift erhalten damit die inländischen steuerpflichtigen Aktionäre einen Bruttoertrag von rd. 10,94 DM je Aktie.

Im übrigen verweisen wir auf die dem Aktiengesetz (§ 124) entsprechende vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 10. Mai 1984.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens am 15. Juni 1984 bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken oder deren Niederlassungen hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Dresdner Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Deutsche Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Bankhaus H. Aufhäuser, München,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main)/Berlin,
Commerzbank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Sal. Oppenheim Jr. & Cie., Köln/Frankfurt (Main),
J. H. Stein, Köln,
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf/Essen/Frankfurt (Main),
Westfalenbank AG, Bochum/Düsseldorf,
Commerz-Credit-Bank AG Europartner, Saarbrücken,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt (Main)/Berlin.

Die Hinterlegung kann auch in der Weise geschehen, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Werden die Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist eine Bescheinigung, welche die hinterlegten Stücke nach Nummer und Betrag zu bezeichnen hat, bei der Gesellschaft in Duisburg-Hamborn einzureichen.

Duisburg-Hamborn, den 10. Mai 1984 Der Vorstand

Universitätsmantel (USA)

mit allen akademischen Privilegien u. s. sof. zu verk. VHB 180 000 DM, amtlich registriert und juristisch anerkannt.

Anfragen unter Tel. 02 61 / 2 79 78

Konkurs unabwendbar?

Nehmen Sie Kontakt mit Ihrem neuen Geschäftsführer auf.

Zuschriften unter G 6441 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DRINGEND GESUCHT

von einer unabhängigen internat. Kauforganisation, die Höchstpreise zahlt und sof. Entscheidungen trifft über d. Erwerb v. Lagerbeständen hochwert. Geschenkartikel: Aufgegebene, i. Überfluß vorhandene od. liquidierte Serien, Geschenkartikel/Neuheiten a. d. Sektor Schreibmaterial/Bürobedarf/Büroausstattungen o. ä. sind unsere Spezialität.
Rufen Sie uns doch gleich an:
Martin Abramson/Andrea Conrad
Tel. 00 44 / 61 / 8 34 / 37 79
Telex: 6 65 534 ROHMAR
Post. Anschrift: R.M.S. Wholesalers international, 9 Chapel Walks, Manchester M2–1HN/England

Exportprofi

(Marktmanagement) für Nahen Mittl. Osten sowie Südostasien und Afrika, sucht Konatkt zu deutschen mittelständischen Unternehmen (Investitionen + Konsumgüter) zu einer kooperativen Zusammenarb.: Erschließung neuer Märkte, Mehrverk. i. bestehend. Märkten, Export, Aus- u. Aufbau etc.
Zuschr. erb. u. C 65 265 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Übernehme Repräsentanz u. Beratung von Geschäftsbeziehungen u. -kontakten im In- und Ausland in nahezu sämtl. Branchen. Dabei findet eine langjährige Auslandserfahrung ihre vorteilhafte Berücksichtigung. Geschäftsbeziehungen lassen sich somit leichter und für beide Parteien zufriedener herstellen und fortsetzen.

Angebote und Anfragen unter N 6314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spezialist

f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Internationale Firmengruppe sucht Zusammenarbeit für den Vertrieb ihrer in Deutschland bereits bekannten, hochqualifizierten Sicherheitsprodukte. Kauf, Beteiligung, Kooperation möglich.

Angebote erbitten wir an die von uns beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter P 6315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Indien

Brauchen Sie Unterstützung in lfd. Geschäften, Abwicklungsschwierigkeiten (Im./Exp.)? Dt. Exportkfm. hilft Ihnen. Eig. Büro in N. Delhi. Selbst ganzen Juni in Indien.
P. Mühlhausen
29 Rue Meingue, F - 75019 Paris.
Tel. 208.17.02, Telex 211 754 sonic f

هكذا من الأصل

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung trauert um ihren ehemaligen Hauptgeschäftsführer

Dr. med. Rolf Schlögell

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft, Inhaber der Ehrengabe der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

der am 8. Mai 1984 nach einem schweren, mit hoher Selbstdisziplin ertragenen Leiden verstorben ist.

Rolf Schlögell, der von 1951 bis 1977 Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gewesen ist, hat seine volle Schaffenskraft mehr als 35 Jahre dem ärztlichen Berufsstand gewidmet. Als Mann der ersten Stunde hat er Aufbau und Rechtsstellung des kassenärztlichen Organisationswesens entscheidend mitgeprägt. Durch seinen hervorragenden Sachverstand, seine Einsatzbereitschaft und sein Engagement hat er sich große Verdienste um die deutsche Ärzteschaft erworben.

Auch international war Rolf Schlögell ein gesuchter und anerkannter Sachverständiger, der den deutschen Ärzten im Ausland vor allem nach dem Kriege wieder zu Ansehen verholfen hat.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung verliert mit Rolf Schlögell einen außergewöhnlichen Mann. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. med. H. W. Muschallik
Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dr. med. E. Fiedler
Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, den Tod unseres langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn

Dr. med. Rolf Schlögell

Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Träger der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft

anzuzeigen, der am 8. Mai 1984 nach langer schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Der verehrte Verstorbene gehörte seit 1969 dem Aufsichtsrat an, seit 1979 als Vorsitzender.

Trotz vielfältiger Aufgaben stellte Dr. Schlögell sein fundiertes Wissen, seine langjährige Erfahrung und seine unermüdliche Schaffenskraft in den Dienst der Bank. Dabei hat er sich als eine von hohem politischen Engagement bestimmte starke Führungspersönlichkeit erwiesen.

Er war dem Vorstand jederzeit ein kluger Ratgeber und guter Freund.
Er hat sich in hohem Maße um die Bank verdient gemacht.

Der allzu frühe Verlust dieses hervorragenden Mannes trifft uns schwer.
Die Erinnerung an ihn wird in unserem Hause stets lebendig sein.

Deutsche Apotheker- und Ärztebank EG

Aufsichtsrat Vorstand Mitarbeiter

Dr. med. Rolf Schlögell

* 7. Januar 1921 † 8. Mai 1984

Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Träger der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft

Die Freien Berufe betrauern den Tod ihres langjährigen Präsidenten und gedenken in Dankbarkeit eines aufrechten Mannes, der sich bis in die letzten Lebenswochen aufopfernd für eine unabhängige Berufsausübung in einer Gesellschaft freier Menschen eingesetzt hat.

Bundesverband der Freien Berufe BFB

Professor J. F. Volrad Deneke
Präsident

Dietrich Rollmann
Hauptgeschäftsführer

Statt Karten!

Unruhig ist unser Herz
bis es ruhet in Dir, o Gott

Kurz vor Vollendung des 90. Lebensjahres nahm Gott der Allmächtige nach einem erfüllten Leben meinen lieben Vater, Schwiegervater, unseren guten Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Dr. Josef Pulte

Landwirtschaftsdirektor a. D.

Träger des Großen Bundesverdienst-Kreuzes der Bundesrepublik Deutschland, des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse 1914–1918 und anderer hoher in- und ausländischer Orden und Ehrenzeichen, zu sich in sein ewiges Reich.

Wir nehmen in Liebe und Dankbarkeit von ihm Abschied.

Hans-Erwin Pulte
Hedy Pulte geb. Grünewald
Hans Ulrich Pulte
Matthias Pulte

2000 Hamburg 55 (Caprivistraße 21)
Attendorn-Helden, den 4. Mai 1984

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Beisetzung in seiner sauerländischen Heimat im engsten Familienkreise statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
– 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Ein heißes Eisen: Heilpraktiker auf dem Prüfstand

Wer hilft, hat recht!

Die Schulmedizin hat es sich seit jeher mit den Heilpraktikern zu leicht gemacht. Offiziell darf man auch gar nicht miteinander reden; die Zusammenarbeit mit diesem staatlich sanktionierten Heilberuf ist den Ärzten sogar verboten: Das Standesrecht will es so. Die Patienten denken da ganz anders: Sie gehen in der Regel zu beiden, ohne diese „Grenzüberschreitungen" den jeweils konsultierten Therapeuten zu offenbaren. Die Heilpraktiker schätzen, daß 80 Prozent ihrer Patienten zuvor mit dem gleichen Leiden auch schon beim Arzt waren. Mindestens genauso viele bleiben bei der Doppelstrategie: Sie vertrauen sich den Heilpraktikern und Ärzten gleichzeitig an – so eine Schätzung der Heilpraktiker. Zunächst muß der medizinische Ur-Konflikt quantitativ gesehen werden. Den 7000 Heilpraktikern stehen über 150 000 Mediziner gegenüber. Schon von daher ist der Vergleich David gegen Goliath gerechtfertigt.



Manfred Köhnlechner
FOTO: FRANZ HUG

Dann freilich geht es ums Substanstielle. Der Dr. med. paukt mindestens fünf Jahre in der Alma mater, während die Heilpraktiker den staatlichen Zulassungsschein schon nach einer Überprüfung erhalten, deren intellektuellen Anforderungen wohl jeder Führerscheininhaber gewachsen ist. Noch schlimmer: Vollmundige

Praxis extra – ZDF, 22.05 Uhr

Anzeigen weisen seit Jahren auf den bequemen Weg, Heilpraktiker zu werden: übers Fernstudium. Dieser Wildwuchs wird auch vom Heilpraktiker-Verband kritisiert. Man fordert sogar eine geregelte Ausbildung oder eine standardisierte Prüfung, um eine Mindestqualifikation zu garantieren. Die Regierung wagt sich an dieses heiße Eisen jedoch nicht heran, und zwar nicht erst seit heute. Immerhin gibt es in der Bundesrepublik sechs Heilpraktikerschulen, die der Verband leitet und die eine dreijährige Grundausbildung offeriert. Um die Zulassung zu bekommen, ist allerdings der Besuch dieser Lehrstätten nicht Pflicht.

Da es immer stärker um Existenzfragen geht, braucht man auf eine Entspannung des Heilpraktiker-Ärzte-Konflikts gar nicht zu hoffen. Die Ärzte treten sich bereits selbst auf die Füße, und die Hochschulen lassen außerdem in den nächsten Jahren noch größere Jungmediziner-Scharen auf die Patienten los. Auf der anderen Seite ist es nicht viel anders, wenn auch die Revierkämpfe begrenzter sind. Allein in Bayern sollen im letzten Jahr 150 Heilpraktiker das Handtuch geworfen haben, sie schlossen die Praxen.

Ein Kernproblem in allen Heilpraktikerdiskussionen: Während die Schulmediziner immer wieder behaupten, nur bewiesene Heilverfahren einzusetzen, sagt man den Heilpraktikern nach, mit falschen Hoffnungen und medizinischem Okkultismus das Geschäft zu machen. Beide Argumentationsschienen sind gewaltig verbogen. Hausärzte wenden häufig Außenseitermethoden an – das ureigenste Instrumentarium der Heilpraktiker. Und Heilpraktiker wiederum schicken ihre Patienten durchaus zum Röntgen, um genauer Bescheid zu wissen, welche Krankheit vorliegt.

Einen Appell zur Besinnung hat der liberale Erlanger Internist Professor Dr. Ludwig Demling kürzlich unter dem Titel „Wer hilft, hat recht" formuliert: „Wir sollten uns bei aller begründeten Hochachtung vor der exakten Forschung nicht zu schade sein, von der täglichen Praxis und ihrer Empirie zu lernen. Niemand hat noch die Wirksamkeit des Gebetes oder des Weihwassers statistisch überprüft, und dennoch kommen wenige auf die Idee, diese Lebenshilfen denen zu nehmen, die daran glauben. Das menschliche Leben ist mehr als ein naturwissenschaftliches Ereignis. Naturwissenschaftlich begründete Prophylaxe und Therapie sind *ein* Weg, um Gesundheit zu erlangen. Nur ein Narr kann glauben, dies sei der einzige." JOCHEN AUMILLER

KRITIK

Die Freiheit und die Nation

Die Deutschland-Diskussion, die das ZDF am 8. Mai, dem Jahrestag der deutschen Kapitulation, veranstaltete, stand unter dem Eindruck zweier ostwest-politischer Ereignisse von freilich sehr unterschiedlichem Stellenwert. Die UdSSR hatte ihre *Teilnahme an den Olympischen Spielen* abgesagt und – Rock-Sänger Udo Lindenberg war aus der „DDR" ausgeladen worden. Unter der Leitung von Klaus Bresser und Johannes Willms diskutierten die Politiker Eberhard Diepgen (Berlin), Oskar Lafontaine und Günter Gaus so wie die Professoren Josef Rovan (Frankreich), Wolfgang Seiffert und Michael Stürmer. Etwas verloren ebenfalls dabei der erst kürzlich aus der „DDR" ausgebürgerte Schriftsteller Erich Loest. Das Studio-Publikum bestand aus „DDR"-Aussiedlern und Schülern aus Mainz.

Zwei Fragestellungen beherrschten die Diskussion: Was kann man deutschlandpolitisch innerhalb dieser Rahmenbedingungen tun? Und in welcher Weise werden sich diese Bedingungen möglicherweise ändern? Michael Stürmer, Kanzler-Berater, dem zu Recht uneinheitliche Stellungnahmen in der Deutschlandfrage vorgeworfen wurden, machte in dieser Diskussion jedenfalls deutlich, daß er jede Art von Deutschlandpolitik befürwortet, so lange sie den Status *quo nur in keiner Weise* verändert.

Dynamischer sahen Günter Gaus und Wolfgang Seiffert die Chancen der Entwicklung. Gaus wies auf die Veränderungen im Nationalbewußtsein auch der Westdeutschen in den letzten Jahren hin. Gegen den heftigen Widerspruch des Franzosen Rovan, der jeden „Nationalismus", auch in Frankreich oder Polen, für ein tödliches Unheil hielt, bestand er auf den Möglichkeiten deutsch-deutscher Annäherung unter nationalem Vorzeichen und mit dem Ziel einer Auflösung der Blockbindung.

Wolfgang Seiffert wies auf eine Reihe von Änderungen der Lage der UdSSR und des Comecon hin, die die Sowjetunion zwingen könnten, ihre Westpolitik insgesamt zu verändern. Auf das eigentliche Thema „Deutschland – was ist das?" direkt angesprochen, bekannte sich der Berliner Diepgen zur deutschen Nation und zu deren Erhaltung; er sah sich bestätigt durch die Äußerungen der ehemaligen „DDR"-Bürger, die in der „DDR" ein stärkeres Nationalbewußtsein lebendig sahen als im Westen. Lafontaine gab zu, in Kategorien der Nation nicht denken zu können und steuerte statt dessen seine bekannten sicherheitspolitischen Parolen bei.

Einen markanten Endpunkt setzte Prof. Seiffert mit seinen drei Gründen für die Wiedervereinigung Deutschlands: 1. Die Teilung ist unnatürlich *und freiheitsfeindlich;* 2. nur auf dem Weg über die Einheit ist Freiheit für alle Deutschen möglich; 3. Europas Ordnung kann ohne die Lösung der deutschen Frage nicht stabilisiert werden. Deutschland bleibt, auch nach dieser Diskussion, was es immer war: Eine Nation auf dem Wege zu sich selbst; ein politischer Weg, der mehr denn je durch äußere Abhängigkeiten und innere Auseinandersetzungen geprägt ist.

BERNARD WILLMS

Auf nach Bali!

Die Regie des Films hatte Istvan Szabo (Oscar für „Mephisto") inne, aber man muß gleichzeitig den Kameramann Lajos Koltai nennen, denn kaum eine Produktion der jüngsten Zeit ist so bewußt auf der visuellen Erzählweise gegründet. Die Bilder sind sehr schön, sie erzählen das Leben der Balinesen, die Gewohnheiten, Gebete und Gebräuche, schildern überschwenglich die Schönheit des Landes, daß man schier an einen genialen Reiseprospekt zu denken wagt – nur: Es geht wieder einmal um die leidige Aussteigerei: **Bali (ZDF).**

Ein Mann macht einen Film über den Aussteiger Walter Spieß, der in den zwanziger Jahren auf Bali sein Glück gesucht hatte. Der Filmemacher gerät auf den Spuren des Vorbildes in dessen Sehnsüchte von dem einfachen Leben, dem heilen Palmenhain und dergleichen mehr. Er streunt auf den Südseeinseln herum, bis er auf Java einen Mann trifft, der – zwar ganz und gar ausgestiegen – von der simplen Frage gequält wird, wie denn eigentlich die Straße heißt, die schräg in den Berliner Savignyplatz mündet. Er hatte offenbar noch einen Koffer in Berlin. Der Filmer erkennt, daß man nicht aus sich selber aussteigen kann und kehrt heim. Ende.

Diese Story ist mit unerhörtem ästhetischen Aufwand in Szene gesetzt, das Auge schwelgt, im Hinterkopf rührt sich zaghaft Neckermann. Aber wie gesagt, es ist ein schöner Film. Ich werde Bali nicht so bald vergessen. VALENTIN POLCUCH

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
11.25 exclusiv
13.00 heute
13.20 ARD-Sport extra
Internationale Tennismeisterschaften von Deutschland

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die „Belle Epoque"
Musik um 1900
Sonderbare Träume eines Jazz-Pianisten
Buch und Regie: H. B. Theopold
Im Mittelpunkt dieses bunten Melodienreigens steht Salonmusik aus der Zeit um die Jahrhundertwende, mit Opernarien und Operettenszenen.
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Frust am Bau – behördlich verordnet
Erfahrungen freier Bürger in einem freien Land
Eine Rportage von Marie-Elisabeth Simmat
Erstaunlich verbissen hängt der deutsche Bürger, allen finanziellen Widrigkeiten zum Trotz, an seinem Traum vom eigenen Haus: Ist es ein Traum von der Freiheit, sich sein Haus nach den eigenen Vorstellungen bauen zu können?
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live mit Alfred Biolek und Gästen
Biolek präsentiert eine Welturaufführung: Auszüge aus einem Konzert, das der japanische Komponist und Dirigent Maki Ishii für „Kodo", eine traditionelle japanische Trommlergruppe, und die Schlagzeuger der Deutschen Oper Berlin komponiert hat, das zwei Tage nach der Sendunmg in Berlin *uraufgeführt wird./ Bios Gesprächs*gäste sind u.a. der bayerische Kultusminister Hans Maier, der auch als Orgelspieler einen Namen hat, und Dallas-Star Charlene Tilton, die ihre deutsche Synchronstimme kennenlernen wird. Am „Feiertisch" haben vier ehemals drogenabhängige Berliner, die *eine sehr erfolgreiche Selbsthilfe-Initiative* gegründet haben, Grund miteinander anzustoßen"
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Das umstrittene Genie – Salvador Dali wird achtzig Jahre alt/ Die Schönsten – Neue Häuser in alten Vierteln/ Sterbehilfe – Argumente eines Philosophen
22.30 Tagesthemen
23.00 Einmal im Leben
Dreiteiliger Fernsehfilm von Dieter Wedel, Günter Handke
Geschichte meines Eigenheims, 1. Teil
Der Film „Einmal im Leben" schildert die Geschichte des Ehepaares Semmeling, das, beunruhigt von Berichten über steigende Mieten und ständige Geldentwertung, verärgert über seinen Hauswirt und von der Bausparkasse ermutigt, sich entschließt, ein eigenes Haus zu bauen.
00.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Heutzutage Kinder kriegen?
2. Folge: Eltern sein dagegen sehr
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel
Mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Vicky Leandros, Tommy Steiner
anschl. heute-Schlagzeilen
18.08 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Opernball
Der Wiener Opernball zieht wieder einmal die Prominenz aus dem Ausland an und hält somit das Hotel Sacher und seinen Chefportier Huber auf Trab.
19.00 heute
anschließend Parteien zur Europawahl
19.30 Lach mal wieder
Günter Pfitzmann
Szenen – Sketche – Witze
Mit Lonny Kellner-Frankenfeld, Corinna GEnest, Evelyn Gressmann, Edith Hancke, Anja Kruse, Elisabeth Wiedemann, Herbert Bötticher u.a.
Regie: Wolfgang Spier
20.30 Mit musikalischen Grüßen, Ihr Reinhard Mey
21.00 Telemotor
Das Kraftfahrer-Magazin berichtet diesmal über den traurigen Verfall der guten Sitten unter den Verkehrsteilnehmern, untersucht *neue Trends auf dem Motorrad-*Markt, erstellt ein nicht ganz ernst gemeintes Psychogramm des Cabrio-Fahrers und bringt einen Testbericht über den neuen VW Jetta mit Formel E.
21.45 heute-journal
22.05 Praxis extra
Heilpraktiker – Medizinmänner der Nation?
Ein umstrittener Beruf in Test und Diskussion
Seit der enorme Tablettenkonsum der Deutschen in die Schlagzeilen geraten ist, steht auch die Diskussion um alternative Heilmethoden wieder hoch im Kurs. Teilnehmer der Hauptdiskussionsrunde: Prof. Dr. Siegfried Haeuszler, Mitglied des Bundesgesundheitsrates Kassenärztliche Vereinigung Nord-Württemberg, Dr. Norbert Kathke, Leiter des Städtischen Gesundheitsamtes München II, Berthold Mueßeneisen, Heilpraktiker, Dr. Ingeborg Retzlaff, Präsidentin der Landesärztekammer Schleswig-Holstein, Gerd Klindt, Journalist und ehemaliger Heilpraktiker, Dr. Manfred Koehnlechner, Heilpraktiker, Karl-Friedrich Liebau, Sprecher der Kooperation deutscher Heilpraktiker
anschl. heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Mann aus Alamo
Amerikanischer Spielfilm (1953)
1836 vor dem Sturm der Mexikaner auf das texanische Fort Alamo: Der Soldat Stroud (Glen Ford) soll die am Ox Bow lebenden Familien warnen. Er kommt zu spät. Alle sind tot, auch Strouds Frau und Kind. Eine Bande von Amerikanern in mexikanischen Uniformen sollen das Massaker angerichtet haben. Stroud will den Tod der Seinen rächen. Zunächst jedoch wird er für einen Deserteur gehalten.
21.30 Filmtip
21.45 Lebensbilder aus NRW
Ein Japaner in Düsseldorf
22.15 Nachtstudio
... verändern kann man eigentlich wenig
Zur Situation freier bildender Künstler
23.00 Sport im Westen extra
Hallenhandball: DHB-Pokal/ Viertelfinale
00.10 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler
18.45 Topfguckers Abenteuer
Zu Gast in Schleswig-Holstein
19.15 Abenteuer Südsee
20.00 Tagesschau
20.15 Meines Vaters Pferde
Deutscher Spielfilm (1953)
1. Teil: Lena und Nicoline
21.50 Kultur kontrovers: Sind Frauen wirklich dümmer?
22.35 Zoltan Kodaly
23.35 Letzte Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
Wer Gewalt sät
Videomarkt und Jugendschutz
18.45 Rundschau
Nachrichten, Berichte, Wettervorhersage
19.00 Damals Tagesgespräch
Rebellion der Verlorenen (2)
Fernsehfilm in drei Teilen von Wolfgang Mengenach dem Roman von Henry Jaeger
20.25 Ice Birds
Klettern im Eis der Montmorency Falls von Quebec
20.45 Wege des Glaubens
Jüdisches im Christentum
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Gloria
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Drehbuch und Regie: John Cassavetes
23.45 Rundschau
23.50 Actualités

SÜDWEST
19.00 Regionales
19.25 Nachrichten
19.30 Die zerbrochene Teetasse
Englischer TV-Film
20.25 Geliebtes Trier
21.10 Sport unter der Lupe

Angeboten, ausgebootet

rr – Rückblende: Oktober 1983. Viertausend sorgfältig destillierte Blauhemden begaffen in Ost-Berlins Friedrichstadt-Palast den frisch importierten West-Peacenick Udo Lindenberg. Auf dem Höhepunkt jener von der „DDR + DKP"-GmbH gegängelten Demokampagne gegen die Nachrüstung lupften die Genossen für Momente die Mauer, um Udo II. als „nützlichen Idioten" (Lenin) fürs Agitprop-Poesie-Album posieren zu lassen. Als Honorar für Lindenbergs Kniebeuge vor den Apparatschicks gab es deren leeres Versprechen für eine Sommer-Tournee durch die volkseigenen Gaue in Honeckers Stasi-Idylle.

Es waren jene späten Herbsttage, in denen kampagnenbeseelte Profi-Resolutionäre nach Pankow pilgerten, um immer nur wieder die Pershings zu beschimpfen und dafür ihre genasführte Gesinnungsklientel das SS-20-Schweigen zu lehren. Honecker lächelte mit Petra Kelly um die Wette für die „Tagesthemen". Wie weit das schon wieder zurückliegt!

Lindenberg kehrte damals beglückt aus „Honey-Land" (O-Ton Udo) ans heimische Noten-Pult zurück, war es ihm doch gelungen, sein Schallplatten-Marketing hüben wie drüben als Friedensengelei zu kaschieren. Sogleich machte sich der rührige Alt-Rocker daran, eine Grußadresse an den neuen, vom ZK auf Zack gebrachten FDJ-Manager zu komponieren. Mit dem Haurück-Song „Hallo DDR" investierte Lindenberg eine Ladung Streicheleinheiten als Vertrauensvorschuß in die versprochene Rundreise – an die freilich keiner glaubte außer ihm selbst.

Nun stehen die Pershings, und die SS-20-Strategen haben kein Interesse mehr an den gefallenen Friedensengeln. Die nützlichen Idioten sollen jetzt draußen bleiben. Pankow winkte Udo also ab. Lindenbergs „neues Angebot", so ließ die FDJ verlauten, „erscheint uns ungeeignet, es durch die Republik reisen zu lassen".

Einen Trost hat Udo immerhin: Er hatte recht, als er sich als einen „politisch immer verdammt grünen Jungen" bezeichnete.

Offenheit der Kunst ja, aber nur wenn sie parteikonform ist: „DDR heute" in Worpswede und Bremen

Mit beschränkter Handlungsfreiheit

„Mit dieser Ausstellung möchten wir eine Übersicht über die bildende Kunst der heutigen DDR geben, wie sie in dieser Konzeption und Konzentration erstmalig in der Bundesrepublik zu erhalten ist", lassen die Worpsweder Kunsthalle Friedrich Netzel und die „Freunde und Förderer der Villa Ichon in Bremen e. V.", in deren Räumen „DDR heute – Malerei/Graphik/Plastik" zu sehen ist, den Besucher wissen. Außerdem schreiben sie noch: „Wir danken dem Präsidium der Deutschen Kommunistischen Partei, das uns die ihr vom Verband (Bildender Künstler der DDR) zur Verfügung gestellte Ausstellung vorbehaltlos überließ."

Warum die DKP das „vorbehaltlos" tun konnte, verrät das Kleingedruckte im Katalog: „Die Zusammenstellung der Ausstellung und die Bearbeitung der Kurzbiographien erfolgte durch den Verband Bildender Künstler der DDR in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kunstausstellungen der DDR." Wer nun hofft (oder befürchtet), daß da im Katalog ein paar Worte stehen könnten, die nicht der Sprachregelung der „DDR" unterliegen, sieht sich schnell eines anderen belehrt. Der einzige Katalogbeitrag stammt von Willi Sitte, dem Präsidenten des „Verbandes Bildender Künstler der DDR".

Als die Worpsweder Kunsthalle 1978 zum ersten Mal „Malerei und Graphik der DDR" ausstellte, fand sich im Katalog noch der eingeklebte Zettel: „Dieser Katalog, auf dessen Inhalt wir keinen Einfluß nehmen konnten, wurde vom Verband Bildender Künstler der DDR herausgegeben." Heute scheinen solche Vorbehalte unnötig.

Damals waren es 99 Werke von 14 Künstlern, diesmal werden 66 Gemälde, Zeichnungen und Plastiken sowie Graphiken aus sechs Mappen von 53 Künstlern gezeigt. Nur zwei von ihnen – Trakia Wendisch und Wolfgang Leber – empfingen nicht die höheren Weihen eines „DDR-Künstlers", die Beteiligung an der „IX. Kunstausstellung der DDR" 1982/83 in Dresden. Dafür können 28 Kunstwerke in Worpswede und Bremen dieses „Prädikat" vorweisen.

Das alles macht deutlich, daß es sich hier in erster Linie um eine politische Demonstration und nur in zweiter Linie um eine Kunstausstellung handelt. Das betont auch Willi Sitte: „Das Bedürfnis der Künstler, mit ihren Arbeiten nicht nur in unserem Lande, sondern auch international zu wirken, entsteht aus dem Wunsch, daß ihre Werke, in denen sie sich engagiert mit den Kämpfen um die Erhaltung des Friedens, um Sozialismus und Demokratie in unserer Welt auseinandersetzen, auch hinauswirken wollen in die Welt." Wobei Sitte natürlich den „Frieden", den „Sozialismus und die Demokratie" meint, die in Ost-Berlin, Moskau oder Warschau exekutiert werden.

Als Aufgabe und Funktion des Künstlers in der „DDR" bezeichnet es der Verbandspräsident, „die Menschen mit sich selbst, mit ihrem Land, ihrer Geschichte in Übereinstimmung zu bringen, ihnen Kraft, Mut und Zuversicht zu vermitteln. Und sie haben dort, wo es nötig ist, zu beunruhigen, zu warnen und zu mahnen. Beide Aufgaben sind politisch." Wobei dieses „politisch" jedoch nicht als Kritik an den politischen Verhältnissen verstanden werden darf. Die Kunst hat das „Schmücke-Dein-Heim" des Kommunismus zu sein. Künstler, die diesen Frondienst verweigern – und die gab es immer in der „DDR" – sind in solchen Devotional-Präsentationen wie in Bremen und Worpswede nicht zu finden. Ihnen läßt die „DDR" statt dessen Haftstrafen, Ausweisung oder Abschiebung zuteil werden.

„DDR heute" sagt deshalb nur wenig über die heutige „DDR". In den Bildern und Plastiken herrscht eine wohlfeile Unverbindlichkeit vor, wie sie für Sittes kraftmeiernde, nackte „Bergarbeiter in der Kaue", Heisigs zigste Version der „Pariser Kommune" oder die „privaten Mythologien" in Hachullas „Hochwasser" oder Mattheuers „Immerwährender Hoffnung" typisch ist. In solche und andere Bilder läßt sich viel hineininterpretieren. Und da, wo man kritische Ansätze zu erkennen glaubt, weiß die offizielle Interpretation diese Hinweise stets als Brandmarkung des Klassenfeindes zu deuten.

So darf der Künstler mit an den Leib gefesselten Armen, der halb verdeckt hinter anderen symbolischen Figuren auf Arno Rinks „Versuchung" (die der Katalog weder abbildet noch verzeichnet) zu erkennen ist, natürlich nicht als Gleichnis für den Künstler in der „DDR" genommen werden. Und die Tristesse der Großstadtstraßen auf Nuria Quevedos oder Konrad Knebeis Gemälden erzählt nicht von der inhumanen Vernachlässigung und dem Verfall der alten Stadtkerne, der für die „DDR" typisch ist, sondern soll als Bekenntnis zur Heimat verstanden werden.

Da die Offenheit nach außen zwar deklariert, aber nur parteikonform goutiert wird, neigen viele Künstler der „DDR" zur Nabelschau. Selbstporträts, oft mit bedeutungsträchtigem Beiwerk, sind ein erstaunlich häufiges Sujet. Da malt sich Gudrun Brüne „Selbst mit Vorbildern"; Rosa Luxemburg, Paula Modersohn-Bekker und Altdorfers „Alexanderschlacht" sind die Vorbilder. Dagmar Stoev entwirft ihr „Selbstbildnis mit Bildern", Volker Stelzmann zeigt sich als „Maler und Muse" und Sighard Gille mit Frau beim „Frühstück". Die Maltechniken schwanken zwischen altmeisterlicher oder neusachlicher Genauigkeit und einer spätimpressionistischen Pinselführung. Ein paar Ikonen dürfen nicht fehlen, so der wacker einherschreitende Lenin bei Joachim Jansong oder der mit Heinrich Heine plaudernde Marx von Arno Mohr.

Wenn Sitte die „Vielfalt der Inhalte und Weite der Formen" beschwört, so ist das lediglich die Verklärung einer Gemischtwarenhandlung mit beschränkter Handlungsfreiheit. Wer keine Vorstellung von der gegenwärtigen Kunst in der „DDR" hat, wird sie durch diese Ausstellung nicht gewinnen. Was fehlt, sind vor allem die Ansätze zu einem freieren Umgang mit den formalen Mitteln – wie sie z. B. Kurt Teubner, Hermann Glöckner, Lüder Baier oder Klaus-Joachim Albert auf der IX. zeigten.

An Ausstellungen mit „DDR-Kunst" mangelt es im übrigen in der Bundesrepublik nicht. Im letzten Jahr waren – nach einer unvollständigen Liste – allein in 22 Städten solche Einzel- und Gruppenausstellungen zu sehen. Dazu kamen noch mindestens acht Ausstellungen in 13 Städten, an denen ein oder mehrere Künstler aus der „DDR" beteiligt waren. Da diese Präsentationen entweder mit Hilfe der DKP oder des „Staatlichen Kunsthandels der DDR" organisiert wurden, waren sie allesamt unkritisch und apologetisch. Auch in dieser Hinsicht ist die Ausstellung in Bremen und Worpswede alles andere als eine Ausnahme (bis 27. Mai; Katalog 20 Mark). PETER DITTMAR

Kampf um Frieden und Sozialismus auch im Privaten: „Frühstück" von S. Gille, aus der Worpsweder Ausstellung FOTO KATALOG

Fontanes Briefe sollen endlich erschlossen werden

„Sind noch mehr da?"

Zu den noch immer nicht voll ausgeschöpften Quellen deutscher Literaturwissenschaft gehören die Briefe Theodor Fontanes: Mit äußerster Sorgfalt kultivierte der Dichter sein Leben lang die Leidenschaft, Briefe an seine Familie, an Bekannte oder Freunde, wie etwa Storm und Heyse, zu schreiben. Seine hinterlassenen Briefschaften sind so zahlreich, daß diese Erbmasse für die Nachwelt noch immer nicht voll zu überschauen ist: Die Schätzungen bewegen sich zwischen 6000 und 7000 Briefen, während Gotthard Erler, Herausgeber mehrerer Fontane-Briefausgaben in der „Bibliothek deutscher Klassiker", Berlin/Weimar, ihre potentielle Gesamtzahl gar auf 10 000 schätzt. Man mag es nicht glauben, aber diese Literaturgeschichte – immerhin zählen die Briefe Fontanes zu den Meisterwerken in der Geschichte der Briefliteratur – ist bisher noch nicht erschlossen.

Diese Kultur-Lücke soll nun geschlossen werden, und zwar vom Institut für Deutsche Philologie der Universität München. Koordinator und Spiritus rector der hiermit befaßten Arbeitsgruppe ist Professor Walter Müller-Seidel, der mit einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt zunächst eine Bestandsaufnahme aller heute verfügbaren Fontane-Briefe erarbeiten will.

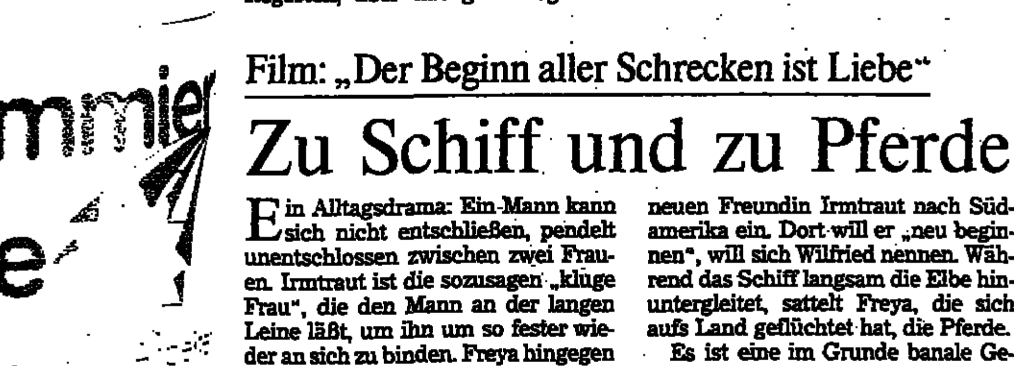
Zu seinem Team zählen Experten der Fontane-Forschung: Professor Charlotte Jolles (London), Jutta Neuendorff (Berlin) und Rainer Bachmann, der als früherer Mitarbeiter der Nymphenburger Verlagsanstalt, München, erhebliche Vorarbeiten in das Projekt einbringen konnte, da er über rund 4000 auf Karteikarten erfaßte Briefe verfügte.

Der Plan zu diesem Vorhaben wurde erstmals 1975 auf einem in Tutzing veranstalteten Kolloquium über „Probleme der Brief-Edition" erörtert. Schon damals wurden Postulate an einen solchen Brief-Katalog aufgestellt, der weder Kommentar noch Regesten, aber mit größtmöglicher Genauigkeit für jeden einzelnen aufgenommenen Brief alle verfügbaren Daten wie Aufbewahrungsort, Absendedatum, Absendeort, Adressat und auch die in den Briefen erwähnten Namen enthalten sollte.

Wie umfangreich die Recherchen sind, kann man daraus ersehen, daß bereits 1905, also sieben Jahre nach dem Tode des Dichters, die erste Sammlung seiner „Familienbriefe" ediert wurde, denen 1910 als zweite Sammlung die „Briefe an Freunde" folgten. „Sind noch mehr da? Man soll sie herausgeben!" verlangte Thomas Mann in seinem 1910 in Hardens „Zukunft" erschienenen Aufsatz. Und 1954, also fast ein halbes Jahrhundert später, kommentierte wiederum Thomas Mann die damals gerade erschienenen „Briefe an Friedländer", Auslöser einer Art Fontane-Renaissance: „Es sind Briefe, wie heute kein Mensch sie mehr schreibt, gearbeitete Briefe, in ihrer Privatheit künstlerisch betreut."

Mittlerweile konnten der Projektleiter und seine Mitarbeiter immerhin rund 6400 dieser Meisterwerke „dingfest" machen. Die Drucklegung des noch zu erstellenden Gesamt-Briefverzeichnisses soll dann 1985 erfolgen. „Das Verzeichnis wird ein Band von schätzungsweise 1200 Seiten werden, und es ist als Arbeitsinstrument für die Forschung gedacht, solange keine Gesamtbriefausgabe existiert – nicht als bibliophile Gabe für Freunde Fontanes", so Professor Müller-Seidel.

Im übrigen weist er darauf hin, daß die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der „DDR" in Sachen Fontane schon seit den sechziger Jahren ganz ausgezeichnet sei: „Wir arbeiten mit starker Unterstützung des Fontane-Archivs in Potsdam, unter anderem nahmen wir an zwei Kolloquien teil." Außerdem bereitet Müller-Seidel ein Fontane-Kolloquium der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg v. d. H. vor, das Anfang September stattfinden wird. Wichtigstes Tagungsthema: die Briefe Fontanes. ANNE BORN



Film: „Der Beginn aller Schrecken ist Liebe"

Zu Schiff und zu Pferde

Ein Alltagsdrama: Ein Mann kann sich nicht entschließen, pendelt unentschlossen zwischen zwei Frauen. Irmtraut ist die sozusagen „kluge Frau", die den Mann an der langen Leine läßt, um ihn um so fester wieder an sich zu binden. Freya hingegen ist die „starke Frau", die an den Partner im Mann appelliert, eine, die mit Argumenten überzeugen will – und natürlich prompt verliert. Männer lieben es nun einmal nicht kompliziert.

Helke Sander, die Regisseurin, ist gleichzeitig auch die Hauptdarstellerin, spielt die Freya in ihrem Film „Der Beginn aller Schrecken ist Liebe". Diese Freya steckt mitten drin in einer sich auflösenden Beziehung. Sie leidet sichtbar, hörbar, will nicht wahrhaben, daß nun alles zu Ende sein soll. Sie, die so Aktive, fordert verzweifelt Reaktionen heraus, erwartet „Rückkoppelung". Doch ihr Freund (Lou Castel) – ein weichlicher Typ, der sich als Mitarbeiter bei Amnesty International vehement für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzt – verhält sich bei seinen Love-Stories wenig loyal: Wenn es schwierig wird, entzieht er sich einfach, ohne Rücksicht auf das angerichtete Seelen-Chaos. „Ich muß geliebt werden", gibt er zu seiner Entschuldigung an – und stürzt sich wieder in die nächste Verbindung.

Doch Freya ist hartnäckig, eine fast rührende Utopistin. Sie grübelt, stellt alles in Frage, entzweit sich vor lauter krampfhaften Bemühungen mit ihrer nächsten Umgebung. Doch ihr heftigster Wunsch: „Erklär es mir, das steht mir in einer Demokratie zu", wird von dem Mann ignoriert. Der Anti-Held namens Traugott schweigt. Am Ende schifft er sich mit seiner neuen Freundin Irmtraut nach Südamerika ein. Dort will er „neu beginnen", will sich Wilfried nennen. Während das Schiff langsam die Elbe hinuntergleitet, sattelt Freya, die sich aufs Land geflüchtet hat, die Pferde.

Es ist eine im Grunde banale Geschichte, die von der Sander als trokkene Lehrgeschichte ausgebreitet wird, die in keinem Moment durch Sentimentalität gefährdet ist. Nie sind es saftige Bilder des Lebens, die Unmittelbarkeit ausstrahlen, immer gewollt kühle Konstruktionen, in denen sich all diese emanzipierten Frauen aus Hamburg mit ihren Passionen bewegen wie geborene Statisten.

Ungenießbar wird das Opus aber erst dadurch, daß es die Regisseurin zu Höherem treibt, nämlich hin zur Politik. Die Geschichte einer mißlungenen Zweierbeziehung muß dazu herhalten, wieder einmal den ganzen Katalog linker Reizthemen durchzuhecheln.

Über den ganzen Film hinweg sind Dokumentarkürzel aus unserer jüngeren und jüngsten Vergangenheit verstreut, man sieht NS-Aufmärsche, zerbombte Städte, an die Wände gesprühte Friedensparolen und Kanzler-Visiten. Die Filmemacherin versucht Parallelen zu ziehen, Opfer und Täter werden gesucht und dingfest gemacht.

Wenn dann der Film auch noch vor lauter Women's-Lib-Parolen resolut auf papierene Trockenheit gebracht wird, dann versteht man, warum Traugott das Weite sucht. Neudeutscher Kinoernst *und* neudeutsches Emanzentum, das ist einfach zuviel. Da leert sich der Zuschauerraum im Handumdrehen. ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Zum Auftakt der „Rheinland-Pfälzischen Musiktage": Tourneestart des Londoner BBC-Orchesters

Heiteres Spiel mit Spätwerken und Götterlieblingen

Wer Rheinland-Pfalz für ein Entwicklungsland halten sollte, gleich hinter den sieben Bergen, kann sich den Blickwinkel derzeit korrigieren lassen von der flächendeckenden Kulturoffensive, die im Mai und Juni als „Rheinland-Pfälzische Musiktage" zum dritten Mal das Land überzieht. Mit rund dreißig Veranstaltungen zwischen Betzdorf und Wörth gestehen die Mainzer ein, daß sie zwar ein ganze Reihe von Kulturzentren haben, aber das eine, große, in die ganze Region ausstrahlende nicht. Zudem rücken sie ihrem spezifischen Süd-Nord-Gefälle von dicht besiedeltem Süden und menschenarmen Hunsrück, Eifel und Westerwald zu Leibe. Der Prophet kommt zum Berge. Statt die 500 Musikfreunde in entfernte Konzerthallen zu locken, fährt man ihnen das Hundert-Mann-Orchester vor die Tür der Schulaula.

Die 15 000-Seelen-Gemeinde Wittlich, 40 Kilometer vor Trier am Fuße der Vulkaneifel, als Beispiel. Dort begann das Sinfonieorchester der BBC London eine Europatournee durch 17 Städte und vier Länder, und wer davon vier Konzerte allein auf sein vergleichsweise kleines Bundesland zieht, wie das Mainzer Kultusministerium als Oberveranstalter der Musiktage, trägt sicher ein gutes Stück von den Lasten einer solchen Tournee.

Ziemlich neu dürften die Erfahrungen für beide Teile gewesen sein. Für Sir John Pritchard und seine Mannen, die sicherlich nicht oft in der Atriumhalle eines Gymnasiums spielen. Aber auch die Wittlicher selbst geben sich, wie ihr Bürgermeister versicherte, ansonsten mit Kammermusik zufrieden, entwickeln da aber bemerkenswerten Ehrgeiz.

Daß der Rezensent, nachdem er zuvor im zehn Kilometer entfernten Zeltingen, unten an der Mosel, den kulinarischen Reizen der Landschaft nachgegangen war, später auch den Hotelier unter den Zuhörern sah, gehört ins Bild dieser respektablen rheinland-pfälzischen Kulturinnovation.

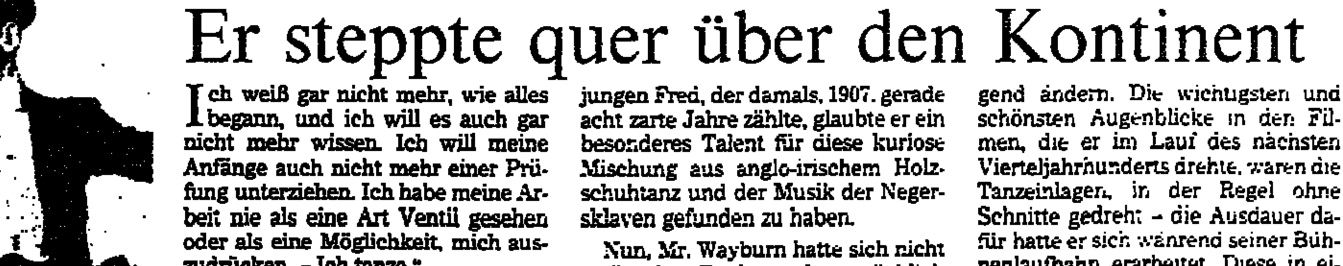
Deren Probleme sind denn auch mehr minimalstrategischer Natur: Wie bringt man solch stolzes Orchester auf dem provisorischen Podium unter? Die kleinere Mozart-Besetzung, schön und gut, aber den großen Klangkörper für Bartóks Concerto für Orchester von 1943? Doch die Professionalität dieser Londoner Musiker ist offenbar überhaupt nicht zu tangieren, nicht einmal von mangelnder Ellbogenfreiheit.

Nichts, was nicht auch für ein mondänes Musikzentrum gut genug gewesen wäre: Sir John dirigierte Mozarts „Prager Sinfonie" mit nachtwandlerisch sicherem Instinkt für die richtigen, lebendig pulsierenden, atmenden Mozart-Tempi. Seine geistige Souveränität strapaziert nicht die Bezüge. Wer Beethoven seinen Schatten auf die dunkle Einleitung zurückwerfen ließe, verkennte da schließlich auch einiges. Pritchard entfaltet die Partitur und ihre syntaktischen Verbindungen, aber durch die solide Faktur hindurch klingt alles auf, was in Mozarts späten Sinfonien die pure, weltzugewandte Heiterkeit des Götterlieblings zunehmend verdrängt.

Das BBC-Orchester steht in der Londoner Orchester-Hierarchie zur Zeit weit oben. Wo sich schon bei Mozart die vorzüglichen Bläser prächtig in Szene setzen konnten, weil Pritchards Anspruch auf klangliche Ausgewogenheit in einer höchstens ein wenig baßlastigen Akustik kaum Probleme hatte, wieviel mehr da noch bei Bartók. Das „Giuoco delle coppie", das Spiel der Paare, geriet zur perfekten Demonstration virtuoser Bläserkünste.

Und im übrigen ließ Pritchard keinen Zweifel, daß es sich, die Elegia als Nachwehen oder dunkle Vorahnung von Leid einmal ausgenommen, bei diesem Bartókkonzert um ein Spätwerk von mal sublimierter, mal sich deftig aufspielender Heiterkeit handelt, und solche Serenität hat Pritchard allemal im Griff. Dazwischen gestellt war Delius mit seinem Nachtstück „Paris – The Song of a great City" von 1899.

Dreißig Konzerte an mehr als zwanzig verschiedenen Orten mit allerhand Uraufführungen in den kommenden Wochen und in erster Linie „einheimischen" Orchestern, die kürzlich aufgestockte Staatsphilharmonie an der Spitze: Rheinland-Pfalz geht mit der Musik über die Dörfer. Aber das meint hier ganz gewiß nichts Ehrenrühriges. DIETER SCHÜREN



Der Film hat mit ihm das Tanzen gelernt: Fred Astaire wird heute 85 Jahre alt

Er steppte quer über den Kontinent

Ich weiß gar nicht mehr, wie alles begann, und ich will es auch gar nicht mehr wissen. Ich will meine Anfänge auch nicht mehr einer Prüfung unterziehen. Ich habe meine Arbeit nie als eine Art Ventil gesehen oder als eine Möglichkeit, mich auszudrücken. – Ich tanze."

Bescheidene Worte, so bescheiden, daß sie schon fast wieder anmaßend wirken. Sie wurden von einem Mann geschrieben, der Filmgeschichte ganz besonderer Art gemacht hat: Fred Astaire. Heute feiert der Tänzer seinen 85. Geburtstag. Sicherlich sind die Sätze auch zu verstehen als endgültige Antwort auf die von Reportern bis zum Überdruß gestellte Frage, wie er denn nun eigentlich zum Tanz gekommen sei. Deshalb also noch einmal in kurzen Zügen die Geschichte: Begonnen hat alles in der New Yorker Tanzschule eines gewissen Ned Wayburn, die Fred Austerlitz gemeinsam mit seiner Schwester Adele besuchte. Mr. Wayburn – man mag das glauben oder nicht – soll den Steptanz erfunden haben, und in dem jungen Fred, der damals, 1907, gerade acht zarte Jahre zählte, glaubte er ein besonderes Talent für diese kuriose Mischung aus anglo-irischem Holzschuhtanz und der Musik der Negersklaven gefunden zu haben.

Nun, Mr. Wayburn hatte sich nicht getäuscht; Fred wurde tatsächlich zum Steptalent der frühen Showbusineß-Jahre. Er änderte den Namen Austerlitz (der Vater war aus Österreich eingewandert) um in das amerikanischen Zungen gefälligere Astaire und steppte quer über den Kontinent nach Hollywood. Dort kreierte er in den Filmen der dreißiger Jahre erstmals etwas, was wirklich den Namen Tanzchoreographie verdient. Vor Astaire hatte es etwas Derartiges nicht gegeben im jungen Film, denn niemand hatte den Tanz als eine dem Medium angemessene Ausdrucksform ernst genommen. Man war froh, daß der Film das Sprechen gelernt hatte, und da man beim Tanzen nicht redet, war das für die neuerfundenen „talkies" nicht weiter interessant.

Das sollte sich mit Astaire grundlegend ändern. Die wichtigsten und schönsten Augenblicke in den Filmen, die er im Lauf des nächsten Vierteljahrhunderts drehte, waren die Tanzeinlagen, in der Regel ohne Schnitte gedreht – die Ausdauer dafür hatte er sich während seiner Bühnenlaufbahn erarbeitet. Diese in einem einzigen „take" aufgenommenen Nummern, mitunter bis zu zehn Minuten lang, forderten ihm und seinen Partnerinnen – darunter vor allem der großartigen Ginger Rogers – wahrlich das Letzte ab.

Fred Astaire gehört zu jenen Menschen, die ihre berufliche Karriere alterslos durchlaufen – ein beneidenswerter Umstand in der Welt des schönen Scheins. Ganz offensichtlich hat dieser Mann, dem der Tanzfilm und der Filmtanz so viel zu verdanken haben, ein besonders enges Verhältnis zu Terpsichore. Und zwar so eng, daß in dieser Beziehung kein Platz für einen dritten zu sein scheint. Denn ein ebenbürtiger Nachfolger ist weit und breit nicht zu sehen ... RAINER NOLDEN

Mit Terpsichore auf du und du: Fred Astaire FOTO: CAMERA PRESS

JOURNAL

Startschuß für Berliner Kulturforum 1985

AP, Berlin

Voraussichtlich Mitte nächsten Jahres soll im Berliner Tiergartenviertel mit dem Bau des Kulturforums am Kemperplatz begonnen werden. Dies beschloß jetzt der Senat in Berlin. Die verabschiedete Konzeption beruht auf Entwürfen des Wiener Architekten Hans Hollein. Nicht verwirklicht werden dagegen Pläne des verstorbenen Baumeisters der Philharmonie, Hans Scharoun. Das Kulturforum soll zur 750-Jahrfeier der Stadt 1987 im wesentlichen fertiggestellt sein. Für die baulichen Maßnahmen sind Gesamtkosten in Höhe von 31,7 Millionen Mark veranschlagt worden.

„DDR"-Tournee von Udo Lindenberg geplatzt

dpa, Berlin

Die für den Sommer dieses Jahres geplante Tornee des Rocksängers Udo Lindenberg in der „DDR" ist geplatzt. Der Sänger bedauerte die Absage des „DDR"-Jugendverbandes FDJ. Es tue ihm vor allem für die zigtausend jungen Leute in der „DDR" leid, wie Lindenberg verlauten ließ, er hoffe aber, daß „es irgendwann mal klappt". Er fügte hinzu, er habe klare Bedingungen gestellt: Open-Air-Konzerte, für jeden Interessierten zugänglich, also Karten im freien Verkauf. „Darauf hatten die FDJ und ich uns im Oktober vergangenen Jahres auch mündlich geeinigt."

PEN setzt sich für türkische Autoren ein

dpa, Darmstadt

Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik hat in einem offenen Brief an den Staatspräsidenten der Türkei dafür appelliert, die Strafverfolgung gegen Mitglieder der suspendierten Schriftstellergewerkschaft auszusetzen und verurteilte Autoren zu amnestieren. In dem vom PEN-Präsidenten Martin Gregor-Dellin unterzeichneten Schreiben, das in Darmstadt veröffentlicht wurde, wird daran erinnert, daß die Türkei während des Nationalsozialismus zu den Zufluchtstätten für deutsche Intellektuelle gehörte: „Daran erinnern wir uns, wenn wir nun umgekehrt in Ihrem Land Zustände beklagen müssen, die für viele unserer Schriftsteller-Kollegen existenzbedrohend sind."

33. Internationale Orgelwoche Nürnberg

DW. Nürnberg

Zum 33. Mal wird in Nürnberg eine Internationale Orgelwoche veranstaltet (23. Juni bis 7. Juli), dazu ein internationaler Orgel-Interpretationswettbewerb um den „Johann-Pachelbel-Preis". Zur Eröffnung werden Chor und Orchester des Norddeutschen Rundfunks Hamburg unter Roland Baader in St. Sebald Puccinis selten zu hörende Missa di Gloria aufführen.

Gold und Silber aus dem Alten Amerika

T. F. Pforzheim

Mehr als 150 seltene Schmuckstücke in „Gold und Silber aus dem Alten Amerika" zeigt das Schmuckmuseum in Pforzheim. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum Koblenz (wo sie zuerst gezeigt wurde, vgl. WELT v. 17. 10. 1983) und dem Deutschen Goldschmiedehaus Hanau. Die ältesten Stücke stammen wahrscheinlich aus vorchristlicher Zeit. Sie wurden in Peru gefunden. Andere Beispiele kommen aus Bolivien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Panama. Die Ausstellung ist bis zum 26. Mai zu sehen.

Rückblick auf Technische Hochschule von Danzig

ma. Stuttgart

An die Gründung der Technischen Hochschule Danzig vor 80 Jahren, aber auch an ihr geistiges Fortwirken erinnert bis zum 16. Juni eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek Stuttgart. Die drei Fakultäten der von Kaiser Wilhelm II. eröffneten Hochschule wurden bis 1944 von 16 000 Studenten besucht. Zu den Professoren gehörte der Nobelpreisträger Butenandt. Die Ausstellungsleitung erbittet Hinweise auf ihr noch unbekannte Dokumente.

Das Werk des Schweizer Malers Eugen Jordi

DW. Bern

Nach der vom Kunstmuseum Olten ausgerichteten Retrospektive hat nun der Verlag Paul Haupt, Bern, eine Monographie über den Schweizer Maler Eugen Jordi (1894–1983) herausgebracht. Jordi, ein Außenseiter im etablierten Kulturbetrieb, wurde erst in den letzten Lebensjahren zur Kenntnis genommen. Einprägsam sind seine Bilder von Berglandschaften und Industrieanlagen, von Menschen im Alltag der Straße, der Fabrik und des Verkehrs: eine ebenso realistische wie ungemütliche Interpretation der Wirklichkeit. Der von Andreas Jordi und Peter Killer edierte Band umfaßt 125 Seiten (46 Mark).

Sterbehilfe – auch das Recht sorgt für Rätsel

Von PETER SCHMALZ

Zwei Wochen beobachteten die Staatsanwälte im oberbayerischen Traunstein die erregte öffentliche Diskussion um den spektakulärsten Todesfall in ihrem Bezirk. Fernsehstationen in Japan und in den USA hatten schon über die Tote am Chiemsee berichtet, ehe die Staatsanwälte ein Aktenzeichen anlegten und gegen den Arzt Julius Hackethal ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Totschlag eröffneten.

Zur Eile bestand ohnehin kein Anlaß: Die einzige Flucht, die der Verdächtige angetreten hatte, war die in die Öffentlichkeit. Und Beweismaterial hat er selbst reichlich für die Ermittler gesammelt. Hackethal hatte auf eigene Kosten ein Kamerateam in seine kurz vor der Eröffnung stehende „Eubios-Klinik" geholt, um in Bild und Ton festzuhalten, wie die vom Krebs entstellte Patientin Hermy E. (69) nach drei Operationen und zahllosen Bestrahlungen den Arzt offensichtlich im vollen Besitz ihrer geistigen Kräfte um den erlösenden Todestrunk bat. Er übte mit der im Gesicht entsetzlich entstellten Frau das Schlucken, besorgte ihr Gift und ließ sie mit ihrer Ziehtochter und deren Freund allein. Wenig später schrieb er selbst in den Totenschein: „Vergiftung durch Zyankali". Und verständigte die Polizei.

Julius Hackethal, das enfant terrible der deutschen Mediziner, läßt sich durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht erschüttern. Er hat mit ihnen gerechnet. „Ich wollte mich absichern, denn ich mußte ja fürchten, daß man mich zu irgendeinem Zeitpunkt vor den Kadi zerren würde", rechtfertigte er den Film mit der Sterbewilligen. Vor der Aktion hatte er mit dem Münchner Staranwalt Rolf Bossi die möglichen juristischen Konsequenzen besprochen und bei der Gesellschaft für Humanes Sterben nachgefragt, ob ein derartiger Fall ihr gelegen käme.

Er kam. Er war sogar in mehrfacher Weise glänzend getimed. Da ist einmal das neue Haus mit 104 Betten, das Hackethal noch in diesem Monat am Chiemsee eröffnet. „Die schönste Klinik der Welt", durfte der Mediziner-Rebell im „Spiegel" jubeln, wenn er auch versichert: „Ich habe der Frau bestimmt nicht geholfen, um Werbung für meine Klinik zu machen."

Da war aber gerade auch in München der 101. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, dem Hackethal mit Geschick und Gespür ein Thema aufzwang. Und da steht am 27. Juni die Hauptverhandlung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes über den Krefelder Arzt Herbert Wittig an, der eine 77jährige Patientin auf deren ausdrücklichen Wunsch nicht am Sterben hinderte. Nach 20 Jahren werden sich Deutschlands höchste Richter erstmals wieder mit dem Problem der Euthanasie befassen. Ein Wort, das in diesem Land besonders belastet ist, seit die nationalsozialistischen Verbrecher das Leben in wert und unwert geteilt und 70 000 geistig und körperlich Behinderte getötet haben.

So werden in nächster Zeit hinter den Schwaden der Emotionalisierung die Konturen der ethischen und der rechtlichen Kompliziertheit der Sterbehilfe deutlich werden.

Selbsttötung ist straflos, falls der Entschluß auf einem frei verantwortlichen Willen beruht, die Tötung eines anderen ist dagegen unter Strafe gestellt. Soweit ist das Gesetzbuch deutlich. Auch beim „Töten auf Verlangen" zeigt das geltende Recht noch eine erkennbar klare Linie: Nach Paragraph 216 des Strafgesetzbuches wird dies mit einer Strafe zwischen sechs Monaten und fünf Jahren geahndet – und damit milder als der Totschlag. Hier bleibt, wie der Freiburger Professor Albin Eser, Direktor des Max-Planck-Instituts für Strafrecht, vor dem Chirurgenkongreß formulierte, „die grundsätzliche Unverbrüchlichkeit des Fremdtötungsverbots verankert."

Straflos bleibt dagegen die aktive Beihilfe zur Selbsttötung, falls der Entschluß zum Tod vom Betroffenen selbst zweifelsfrei geäußert wird. Das Recht hat damit „schon manches Rätsel" aufgegeben. Strafbar macht sich der Mediziner, wenn er die lebenserhaltende Maschine bei einem Unrettbaren abschaltet, straffrei aber geht die Schwester aus, die „vergißt", eine leere Sauerstofflasche zu ersetzen. Den Karlsruher Richtern steht angesichts der angeheizten Diskussion eine schwere Entscheidung bevor, bei der sie sich durchzuwinden haben zwischen der Forderung des Herzchirurgen Christian Barnard, der Arzt müsse im Ernstfall die Kompetenz haben, „für den Selbstmord das Rezept zu schreiben" und der Entschließung des Deutschen Ärztetags von 1981, in der eine Beteiligung des Arztes am Gnadentod „mit aller Entschiedenheit" abgelehnt wird.

Sie werden aber auch den Gedanken des Strafrechtlers Eser zu würdigen haben, der bei einer Freigabe der aktiven Euthanasie einen Dammbrucheffekt befürchtet: Das Unverbrüchlichkeitsprinzip des Lebensschutzes wäre durchbrochen.

Ob Julius Hackethal mit der Beschaffung des Giftbechers im Recht war, werden die Ermittlungen und möglicherweise ein Prozeß zeigen. Moralisch aber fühlt sich der streitbare Mediziner unangreifbar. „Diese Qualen zu verlängern", sagte er, „ist für mich keine Nächstenliebe, sondern bedeutet, Menschen im Stich zu lassen." Den Sterbefilm hat der Staatsanwalt gestern sichergestellt.

Amokläufer im Parlament von Quebec: 3 Tote

AFP, Quebec

Der kanadische Gefreite Denis Lortie (22), der am Dienstagabend im Parlament von Quebec ein Blutbad anrichtete, wollte die frankophone „Quebec-Partei" auslöschen. Dies geht aus den wirren Erklärungen hervor, die der Amokläufer vor seiner Tat auf einer Tonbandkassette einer örtlichen Rundfunkstation zugeschickt hatte. Im Kugelhagel der Maschinenpistole von Lortin starben drei Menschen, 12 wurden zum Teil schwer verletzt. Nach fünf Stunden konnte er im Keller des Gebäudes, wo er sich mit einer Geisel verschanzt hatte, von der Polizei überwältigt werden. Seinen Haß auf die Quebec-Partei begründete er damit, daß sie der französischen Sprache in der kanadischen Provinz „sehr geschadet" habe. Auf dem Band kündigte er an, er werde auf jeden schießen, der sich ihm in den Weg stellen sollte.

Inzwischen scheint klar, daß Lortie nicht zurechnungsfähig ist und es sich nicht um eine wohlvorbereitete Aktion handelte. In diesem Fall, so meinen Beobachter, sei es jedoch unerklärlich (die konservative Opposition hat bereits eine entsprechende Anfrage an Verteidigungsminister Jean-Jacques Blais eingereicht), wie der Soldat in der Wartungsabteilung des Militärstützpunktes Carp bei Ottawa beschäftigt sein konnte. Auf diesem Stützpunkt liegt unter anderem auch einer der Atombunker, der im Ernstfall Mitglieder der kanadischen Regierung aufnehmen soll.

Fischsterben

dpa, Freising

Ein verheerendes Fischsterben wird seit Montag abend in der Isar oberhalb von Freising beobachtet. Auf einer Flußbreite von 60 Metern trieben Tausende von toten oder unter Atemnot leidenden Äschen, Barben, Weißfischen und Hechten. Die Ursache war gestern noch unklar.

Notlandung

dpa, Madrid

Eine Lockheed Tristar der Düsseldorfer Fluggesellschaft LTU mit 70 Fluggästen an Bord ist am Dienstag auf dem Flughafen Mallorcas problemlos notgelandet. Eine der Turbinen der Maschine hatte kurz nach dem Start Richtung Düsseldorf wegen eines Vogels Feuer gefangen.

Diebe im Amtssitz

AFP, Madrid

Kunsträuber drangen in den Amtssitz des Madrider Regierungschefs ein. Laut Polizei wurde schon am Wochenende ein auf eine Million Pesetas (rund 20 000 Mark) geschätztes Porträt des Marques de la Ensenada gestohlen. Es hing in der Nähe des Büros des Ministers beim Ministerpräsidenten, Javier Moscoso.

Zehn-Millionen-Schaden

dpa, Bonn

Mindestens zehn Millionen Mark Schaden hat das Feuer im Bonner Stadttheater angerichtet, das am 4. Mai vermutlich durch einen Kurzschluß entstanden war. Der Spielplan soll, so ein Sprecher der Stadtverwaltung, durch Improvisation, die Verlegung von Aufführungsterminen und -orten weitgehend aufrechterhalten werden.

Expreß-Konkurrenz

dpa, Frankfurt

Der Airport-Expreß der Lufthansa, der täglich viermal den Raum Düsseldorf/Köln mit dem Frankfurter Flughafen verbindet, bekommt Konkurrenz. Von 1985 an will die Deutsche Bundesbahn (DB) auch Rhein-Main in ihr IC-Netz einbeziehen und den Flughafen stündlich mit einem Intercity-Zug ansteuern.

Verlobung in Brüssel

AFP, Brüssel

Prinzessin Astrid von Belgien (21), eine Nichte von Köig Baudouin, hat sich gestern in Brüssel mit Erzherzog Lorenz von Österreich-Este (28) verlobt. Nach Mitteilung des Hofs, soll die Heirat im Herbst in Brüssel gefeiert werden.

7000 Obdachlose

dpa, Rom

Durch das Erdbeben südlich von Rom sind mehr als 7000 Menschen obdachlos geworden. Nach einer ersten Bilanz der Schäden wurden über 80 Personen verletzt, zehn davon schwer. Die größten Schäden gab es in den Provinzen von Frosinonen in Süd-Latium, von Isernia in Molise und von L'Aquila in den Abruzzen.

3 Herzen in 4 Jahren

SAD, Cambridge

Einem 37 Jahre alten Engländer wurde gestern innerhalb von vier Jahren das dritte Herz eingepflanzt. Nach Auskunft der Ärzte verlief die Operation im Papworth Hospital nahe Cambridge so erfolgreich, daß der Patient nur einen halben Tag lang künstlich beatmet werden mußte.

ZU GUTER LETZT

„Ich hätte ihn gern behalten." Der Chefportier des Hamburger Bezirksamtes Wandsbek, Hasemann, laut „Bild"-Zeitung über die Beförderung des Bezirksamtsrates Lange zum Innensenator.

Ein Schrottplatz strahlt über den Rio Grande

Folgen des Kobalt-Unfalls in Mexiko immer noch unabsehbar

rpl. Mexiko City

„Beim Bäcker und in der Wäscherei halten die Leute Abstand. Von unserem Metzger haben sie sogar verlangt, daß er mir den Laden verbietet. Sie tun, als ob ich eine ansteckende Krankheit hätte." Alicia Sotelo aus Ciudad Juarez, der mexikanischen Grenzstadt am Rio Grande, wird behandelt wie eine Aussätzige. Dabei hat sie nichts Ansteckendes – ob sie krank ist, wird sich erst in ein paar Monaten, vielleicht aber auch erst nach vielen Jahren herausstellen. Alicia ist die Frau von Vincente Sotelo, jenes Mannes, der nach Meinung von US-Experten den bisher „schwersten Strahlenzwischenfall" Nordamerikas auslöste (siehe WELT vom 15. März), selber aber auch nur ein Opfer ist.

Der 29jährige Vincente Sotelo ist Elektriker im Krankenhaus von Ciudad Juarez. Um seinen spärlichen Wochenlohn von 35 Dollar aufzubessern, war er mit der Krankenhausverwaltung übereingekommen, daß er alles, was von der Klinik ausrangiert wurde, verwerten durfte. Dazu gehörten auch alte Geräte, die er mit einem Lastwagen des Krankenhauses zum Schrottplatz fuhr. Eines Tages schaffte er auch einen schweren Stahlkanister heran, für den ihm der Schrotthändler zehn Dollar gab. Beide wußten nicht, daß der Kanister Teil eines Kobalt-Bestrahlungs-Gerätes war, wobei bis heute nicht geklärt ist, wie der schwere Behälter zum normalen Schrott geraten konnte.

Tatsache ist jedoch, daß der Kanister mehr als 6000 streichholzkopfgroße Kügelchen des hochradioaktiven Kobalt 60 enthielt. Irgendwann brach der Kanister und Hunderte von Kügelchen rollten über die Ladefläche des Lastwagens, wurden über den ganzen Schrottplatz verstreut. Sie verseuchten alles in ihrer Umgebung: den Boden, den anderen Schrott, ja, sogar bei den Papieren im Büro des Unternehmens gaben die Geigerzähler später Alarm.

Heraus kam der Unfall nur durch Zufall. Der strahlende Schrott wurde in Stahlwerken in Ciudad, aber auch im 200 Kilometer entfernten Chihuahua weiterverarbeitet. Ein Lastwagen, beladen mit Stahl für eine amerikanische Baustelle, verfuhr sich, und geriet auf eine Straße zu einem Atomlabor. Dort schlugen in der Straße eingebaute Meßinstrumente aus. Amerikanische Experten haben, wie berichtet, inzwischen einige Baustellen ausgemacht, in denen der strahlende Stahl verwendet wurde. Unter Umständen müssen mehrere Gebäude, bis hinauf in den hohen Norden der USA, wieder abgerissen werden.

Inzwischen steht auch fest, daß mindestens 20 Arbeiter auf dem Schrottplatz hohe Dosen von Radioaktivität abbekamen. Bei vier von ihnen wurden gar Mengen festgestellt, die hundertmal das übersteigen, was als Höchstwert für Beschäftigte in amerikanischen Atomkraftwerken in einem Jahr festgelegt wurde. Einer von ihnen leidet unter ständig entzündetem Zahnfleisch, ein anderer hat ständig Nasenbluten. Ein behandelnder Arzt: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie an Krebs erkranken."

Doch die Arbeiter sind höchstwahrscheinlich nicht die einzigen, die den Strahlen ausgesetzt waren. Nachdem der Kanister aufgebrochen war, stand der völlig verseuchte Lastwagen noch lange Zeit in einem dichtbewohnten Viertel, bevor er, 20 Kilometer von Ciudad Juarez entfernt, mit Stacheldraht und Verbotsschildern umzäunt, isoliert wurde. „Auf dem Wagen spielten Kinder", erinnert sich Sotelo heute, „und da standen Leute dran und unterhielten sich."

Aber die Seuche verbreitete sich noch weiter. Beim Transport des Schrotts wurden offensichtlich die radioaktiven Kobalt-Kügelchen entlang der Straße zum Stahlwerk in Chihuahua verteilt. Acht kontaminierte Stellen, so Antonio Rotonda, Mitglied der mexikanischen Atom-Kommission, wurden bisher festgestellt. Eine Firma machte Tischbeine aus dem radioaktiven Stahl. Davon war auch eine größere Ladung über die amerikanische Grenze gegangen. Die US-Behörden behaupten heute, die verseuchten Lieferungen seien allesamt aufgetrieben und nach Mexiko zurückgeschickt worden. Dies gilt allerdings sicher nicht für rund 500 Tonnen Baustahl, die mit Schiffen in verschiedene Teile der USA gebracht wurden.

Die Behörden auf beiden Seiten der Grenze versichern, man habe die Situation im Griff, die Gefahr sei gebannt. Nach Informationen des US-Nachrichtenmagazins „Time" sind allerdings Experten auf der Straße nach Chihuahua immer noch mit der Suche nach den Strahlen beschäftigt. Mit Hilfe von hochempfindlichen Detektoren versuche man gar von Spezialflugzeugen aus kontaminierte Gebiete ausfindig zu machen.

Grund genug für die Gewerkschaft der Atom-Arbeiter, heftige Attacken gegen die Nukleare Sicherungskommission Mexikos zu fahren. Ihr Sprecher Antonio Ponce wirft den Verantwortlichen vor, immer schon zu lax gegenüber Unternehmen gewesen zu sein, die allzu sorglos mit gefährlichem Strahlenmaterial umgegangen seien. Währenddessen versuchen Fachleute den Schrottplatz zu entseuchen. Zur Zeit sind sie dabei, den Boden zentimetertief abzutragen. Sotelo und seinen Nachbarn aber wird langsam klar, daß all das ihnen nicht hilft. Sie haben Angst vor der Zukunft...



Zur Brutstätte des Verbrechens wurden die engen Gassen des „Ilot Chalon", in die kaum ein Sonnenstrahl dringt. FOTO: AP

Paris zieht mit Planierraupen in den Drogenkrieg am Gare de Lyon

„Ilot Chalon", eines der gefährlichsten Viertel der Hauptstadt, wird abgerissen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wer in Paris noch nach Erlebnissen sucht, wer wissen will, wie es zugeht, wenn Afrikaner und Araber sich einen Krieg um den einträglichsten Drogenmarkt der französischen Hauptstadt liefern, gegen den die Bandenkämpfe im Chicago der zwanziger Jahre wie Gauner-Komödien wirken. Wer sehen will, wie junge Menschen in dunklen Hauseingängen sich die tödliche Überdosis spritzen, wer den Geruch von Kot, schmutziger Wäsche, Rum und Merges-Würsten für den Duft des Abenteuers hält, und bei all dem noch glaubt, mit heiler Haut von seinem Ausflug in die Unterwelt wieder in die Zivilisation zurückkehren zu können, der gehe ins „Ilot Chalon". Wörtlich: auf das Chalon-Inselchen. Mit „Ilot" bezeichnet man in Frankreich meist Viertel, in denen es nicht mit rechten Dingen zugeht, die man besser meidet, über die Stadtväter und Polizeipräfekten aus schlechtem Gewissen hinwegsehen, die eben eine „Insel des Bösen" in einer sonst noch relativ anständigen Welt sind.

„Ilot Chalon", ein Konglomerat von schiefen, brüchigen Wohnhäusern aus der letzten Jahrhundertwende, durchschnitten von schmalen hohen Gassen, in die nie das Licht der Sonne fällt, liegt unmittelbar neben dem Gare de Lyon, von dem aus täglich Tausende von Passagieren in schnellen und superschnellen Zügen in den sonnigen Midi aufbrechen. Es wurde einst angelegt, um Familien der Angestellten der Staatlichen Eisenbahnen (SNCF) oder Elektrizitätswerke (EDF) billig unterzubringen. Schon damals waren sie ein Skandal. Der erste Plan der Stadt Paris, das fünf Hektar große Viertel abzureißen, stammt aus dem Jahre 1926.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bemächtigten sich Einwanderer aus den afrikanischen Kolonien der Insel, wobei sich schnell die handelstüchtigen Senegalesen zu Herren über die rund 6000 erbarmungswürdigen Einwohner aufschwangen. Später kamen allerlei gescheiterte Existenzen hinzu, Clochards, entlassene Strafgefangene, Deserteure der Kolonialarmeen. In den sechziger Jahren übernahmen die Maghrebiner aus Nordafrika die Herrschaft über die heterogene Inselbevölkerung. Sie waren es, die die Drogen mitbrachten und damit auch den Krieg.

Seit 1970 ist es im „Ilot Chalon" nie mehr zur Ruhe gekommen. Der mörderische Kampf um die Beherrschung des Drogenmarktes, der sich von Jahr zu Jahr ausdehnte, forderte stets neue Opfer. Niemand weiß genau, wie hoch ihre Zahl ist. Viele drogensüchtige junge Menschen sind auf nimmerwiedersehen in den Gassen des Ilots verschwunden. Unter ihnen dem Vernehmen nach auch der junge Prinz Lobkowicz, dessen Leiche Ende April in der Seine gefunden wurde (siehe WELT vom 8. 5.).

Erst seit 1978 wagte sich die Polizei in das Hornissennest. Bei insgesamt 44 Razzien nahm sie zahllose Dealer, Hausbesetzer und illegal eingereiste Ausländer fest, beschlagnahmte sie lächerliche Mengen von Heroin und Morphium. Aber kaum waren die Beamten verschwunden, nahmen die Händler wieder ihren Platz ein. Mord und Totschlag zwischen Arabern und Afrikanern steht weiterhin an der Tagesordnung. Die letzten gezählten Opfer: ein 34jähriger Algerier und der 21jähriger französische Student, Christophe Riviere, der sich in das Viertel gewagt hatte und von einer verirrten Kugel am Kopf getroffen, auf dem Bahnsteig des nahen Metro-Bahnhofs „Gare de Lyon" verblutete.

Immerhin scheint die Geduld der Pariser Stadtväter jetzt am Ende zu sein. Bürgermeister Chirac hat am 22. Februar im Stadtrat den Abriß des ganzen Viertels und seine Ersetzung durch einen Park mit 1200 Sozialwohnungen durchgesetzt. Die Arbeiten, auf sechs Jahre angesetzt, haben am letzten Freitag in der Zeit begonnen, in dem Christophe Riviere starb. Vielleicht war er der letzte Tote des „Ilot Chalon".

Experten warten auf Riesenrakete der Russen

A. BÄRWOLF, Hamburg

Acht Monate nach dem schweren Leck in einer Treibstoffleitung an Bord der sowjetischen Raumstation Saljut-7 scheint die technische Panne von damals, die fast zur Evakuation des Orbitalkomplexes geführt hätte, noch immer nicht überwunden zu sein. In vier Außenbordmanövern haben die Kosmonauten Lenid Kisim (42) und Wladimir Solowjew (37) das schadhafte Leitungssystem, durch das der hochgiftige Treibstoff für die Lagensteuerungsraketen fließt, repariert und nach Angaben aus Moskau eine Zusatzleitung im Triebwerksbereich installiert. Zudem starteten die Sowjets am Dienstag ein neues unbemanntes Transportschiff, Progress-21, das Nachschub zu der Station brachte, in der Kisim und Solojew seit dem 8. Februar zusammen mit dem Kardiologen Oleg Atkow leben.

Hochgiftiger Treibstoff

Die Reparaturarbeiten an Bord der experimentellen Erdaußenstation Saljut 7, die zusammen mit den angekoppelten Einheiten Sojus und Progress 29 Meter mißt und eine Masse von 32 770 Kilogramm ausmachen, sind wegen des hochgiftigen Treibstoffs so gefährlich. Die Sowjets verwenden in der Station und in den bemannten Zubringer-Raumschiffen Sojus Hydrazin als Treibstoff und Stickstofftetraoxid als Sauerstoffträger. Dies sind sogenannte hypergole Treibstoffe, die bei Kontakt zünden. Es ist die gleiche Treibstoffkombination, die auch von den Amerikanern für die Steuertriebwerke im Raumtransporter Space Shuttle verwendet wird.

Am 9. September vergangenen Jahres war in der Station, die seinerzeit mit den Kosmonauten Lachow und Alexander besetzt gewesen war, nach amerikanischen Informationen eine Leitung mit Stickstofftetraoxid gebrochen. Das Leck bedeutete höchste Alarmstufe. Lachow und Alexandrow bestiegen in Raumanzügen ihr angekoppeltes Rückkehrfahrzeug Sojus. Doch das Leck breitete sich nicht bis in die Station aus. Die Kosmonauten konnten die Leitung offensichtlich notdürftig reparieren, die Nachfolgemannschaft brachte sie dann in Ordnung.

Den Sowjets fehlen schnelle Computer

Raumfahrtsachverständige erwarten immer noch während des jetzt schon drei Monate anhaltenden Unternehmens eine größere Aktion der Sowjetunion mit neuen Elementen zum Bau einer permanenten Raumstation, in der bis zu einem Dutzend Kosmonauten ständig leben werden. Ein Element könnte der Start einer Riesenrakete sein, deren Tragkraft die der gegenwärtig eingesetzten Proton-Rakete wesentlich übersteigt. Offensichtlich haben die Sowjets größere Schwierigkeiten bei der Entwicklung eines Trägers, der in die Klasse der amerikanischen Super-Saturn fallen soll. Die Probleme könnten auf dem Gebiet der Elektronik liegen, weil hochwertige schnelle Computer benötigt werden, die zahlreichen Einzelelemente in kürzester Zeit elektronisch durchzuprüfen. Die aus Deutschland stammenden Konstrukteure der Saturn haben seinerzeit betont, daß die Saturn ohne die gleichzeitige Entwicklung schneller Computer nicht auf die Sekunde genau geflogen wäre.

In Amerika war nach den Apollo-Mondlandeflügen der Bau von Großraketen in der Größenordnung der Saturn-5 in Angriff genommen worden. An die Stelle dieser „Verlustgeräte" trat die Entwicklung des wiederverwendbaren Raumtransporters, der aber eine wesentlich geringere Last schleppen kann. In den USA mehren sich die Stimmen, die sich für den Bau neuer Großraketen einsetzten. Wahrscheinlich werden langfristig sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion große Trägerraketen und kleinere geflügelte Raumflugzeuge eingesetzt werden.

WETTER: Anhaltend kühl

Wetterlage: Mitteleuropa liegt weiter an der Südostflanke eines Hochs über den Britischen Inseln im Zustrom kalter Meeresluft.

Deutscher Wetterdienst 9. Mai 1984, nachm.

Vorhersage für Donnerstag

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden stärker wolkig mit gelegentlichen Schauern, im übrigen Bundesgebiet heiter bis wolkig. Tageshöchsttemperaturen zwischen 8 Grad im Norden und 13 Grad in den übrigen Gebieten. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 4 und null Grad, im Süden und in der Mitte örtlich leichter Frost. Schwacher bis mäßiger, tagsüber zeitweise auffrischender Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten

Im Süden allmählicher Temperaturanstieg, sonst wenig Änderung, für die Jahreszeit zu kalt.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	24°
Bonn	8°	Kopenh.	11°
Dresden	9°	Las Palmas	20°
Essen	7°	London	10°
Frankfurt	10°	Madrid	12°
Hamburg	8°	Mailand	13°
List/Sylt	8°	Mallorca	15°
München	9°	Moskau	21°
Stuttgart	10°	Nizza	19°
Algier	14°	Oslo	6°
Amsterdam	8°	Paris	10°
Athen	20°	Prag	7°
Barcelona	17°	Rom	22°
Brüssel	8°	Stockholm	7°
Budapest	10°	Tel Aviv	26°
Bukarest	18°	Tunis	23°
Helsinki	7°	Wien	7°
Istanbul	17°	Zürich	10°

* Sonnenaufgang am Freitag: 5.37 Uhr, Untergang: 21.01 Uhr; Mondaufgang: 16.05 Uhr, Untergang: 4.28 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Londoner City macht gegen Mullahs mobil

HELMUT VOSS, London

Londons patriotischstes Massenblatt ließ sich gestern die Gelegenheit nicht entgehen, einem unbeliebten ausländischen Staatsoberhaupt die Leviten zu lesen. „Khomeini", so der „Daily Express", „wird bald herausfinden, was ihm jeder britische Mann hätte sagen können: britische Frauen lassen sich nicht einschüchtern".

Der kernige Kommentar bezog sich auf einen Arbeitskonflikt, der zur Zeit eines der leichteren Tagesthemen in den Finanzbastionen der Londoner City ist. Die iranische Melli-Bank hat den weiblichen Angestellten in ihren Filialen in der City und im Stadtteil Kensington ausgerechnet zu Beginn der warmen Monate zur Auflage gemacht, sich bei der Arbeit mehr auf Mullah-Art herzurichten: dunkle Kleidung, die Haare unter Kopftüchern und die Arme unter langen Ärmeln verborgen, dazu „ein Minimum an Make-up".

In Kensington, wo hinter den Schaltern nur zwölf vorwiegend ausländische Damen ihrem Tagewerk nachgehen, hat die Belegschaft aus Furcht vor einer Kündigung bereits nachgegeben – wenn auch unter Protest.

„Ich bin Mohammedanerin und lebe seit 24 Jahren in England", erklärte die mit einem Engländer verheiratete, neuerdings von einem hellgelben Kopftuch teilverhüllte Iranerin Shahis Hughes, „ich finde die Anordnung idiotisch."

In der Hauptfiliale des iranischen Geldinstitutes in der City, im Zentrum der Stadt, die der Welt den Minirock und die „Page-three"-Pin-ups – die leichtbekleideten Mädchen von der Seite drei – beschert hat, tobt hingegen die offene Rebellion. Keine der fünfzig weiblichen Angestellten ist der Aufforderung, sich ab sofort „züchtiger" zu kleiden, bisher nachgekommen.

„Wozu haben wir schließlich vor sechzig, siebzig Jahren die Suffragetten gehabt?" schimpfte eine Melli-Mitarbeiterin im ärmellosen Sommerkleid im BBC-Fernsehen. Eine Kollegin, gekleidet in ein knappsitzendes, orangefarbenes Kostüm, wetterte: „Ich lasse mir nicht sagen, was ich zur Arbeit anzuziehen habe. So etwas hat es ja noch nie gegeben." Eine dritte Bankangestellte, eine 29jährige Programmiererin, protestierte: „Ich bin keine Mohammedanerin und sehe nicht ein, warum ich mich wie eine anziehen sollte."

Außer Englands Karikaturisten freut sich auch die Gewerkschaft für das Bank- und Versicherungswesen über den Ärger bei Melli. „Vor dieser Affäre", erklärte David Evans gestern der WELT, „waren weniger als 25 Prozent der Melli-Angestellten Mitglieder bei uns. Mittlerweile sind es über 50 Prozent. Notfalls wird gestreikt." (SAD)